

Regierungslehre.

Von

D. KARL SALOMO ZACHARIÄ

Großherzogl. Badenschem Geh. Rathe, ord. öffentl. Rechtslehrer
auf der Universität in Heidelberg, Command. des Großherzogl.
Bad. Ordens des Zähringer Löwens.

DRITTER UND LETZTER BAND.

Zweite Abtheilung.

H e i d e l b e r g.

Druk und Verlag von AUGUST OSSWALD.

1 8 3 2.

D. Karl Salomo Zachariä's

Großherzogl. Badenschen Geh. Rathes, ord. öffentl. Rechtslehrers
auf der Universität in Heidelberg, Command. des Großherz.
Bad. Ordens des Zähringer Löwen

Vierzig Bücher

vom

S t a a t e.

Fünfter und letzter Band.

Zweite Abtheilung.

Heidelberg.

Druk und Verlag von AUGUST OSSWALD.

1 8 3 2.

D. R. Salomo Nachf.

Gründungs- und Fortschritts-Comité der Universität in Halle
Halle, im Jahr des Abdruckes

Vierzig Bücher

von

S. Salomo

Fünftes Buch (Fünftes Heft)

Neue Aufl.

Preis 1 Thaler

Verlag von S. Salomo

1845

Staatswirtschaftslehre.

Von

DR. KARL SALOMO ZACHARIÄ.

Großherzogl. Badenschem Geh. Rathe, ord. öffentl. Rechtslehrer
auf der Universität in Heidelberg, Command. des Großherzogl.
Bad. Ordens des Zähringer Löwen.

Z w e i t e A b t h e i l u n g .

HEIDELBERG.

Druk und Verlag von AUGUST OSSWALD.

1 8 3 2.

Staatswirtschaftslehre.

Von

Dr. KARL SALOMO XACHARIÄ.

Gelehrter, Mediziner, C. A. Rath, ord. öffentl. Lehrer
an der Universität in Halle, ord. öffentl. Lehrer
an der Universität in Berlin.

Zweite Auflage.

VERLAGSSTELLE.

Druck und Verlag von Alfred Oetinger.

1873.

D I E
STAATSWIRTSCHAFTSLEHRE.

ERSTER HAUPTSTÜCK.

DIE

STAATSWIRTSCHAFTS-

LEHRE.

STAATSWIRTHSCHAFTSLEHRE.

ERSTES BUCH.

Die National- oder Volkswirth- schaftslehre.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Von dem Begriffe des Nationalvermögens

und

von dem Zusammenhange,

in welchem

der Staat mittelst dieses Begriffs mit dem

Erwerbe der Menschen steht.

284. Der Staat ist das Rechtsverhältniß, in welchem die Menschen in so fern stehn, als sie einer äusseren Gewalt unterworfen sind, sey es, daß diese

Gewalt, (welche, subjectiv betrachtet, die Machtvollkommenheit oder Souverainetät genannt wird,) von der Mehrheit der in diesem Verhältnisse stehenden Menschen, oder von einer besondern Körperschaft, oder von einem einzelnen Menschen ausgeübt werde; daß also die Verfassung des Staates eine Volksherrschaft, oder eine Adelsherrschaft, oder eine Einherrschaft sey. Das Subject, welchem die Machtvollkommenheit zusteht, wird der Herrscher, Selbstherrscher, Staatsherrscher, Souverain genannt.

285. Die Menschen, welche einem und demselben Herrscher unterworfen sind, bilden eine Gesamtheit oder eine Gemeinheit, eine moralische Person. Sie werden in dieser ihrer Eigenschaft ein Volk, eine Nation genannt. Sie haben diese Eigenschaft schlechthin (unbedingt) und von Rechtswegen. Denn sie haben dem Rechte nach, (*de jure*, wenn auch nicht immer *de facto*,) einen einzigen Willen; der Wille des Staatsherrschers, des Repräsentanten dieser Gemeinheit, ist dem Rechte nach zugleich als der Wille eines jeden einzelnen Bürgers, d. i. eines jeden einzelnen Mitgliedes der Gemeinheit zu betrachten. Ein Volk ist in rechtlicher Hinsicht einem einzelnen Menschen gleich zu achten. (*Est veluti homo arte factus.*)

286. Wenn und da ein Volk eine moralische Person, und zwar schlechthin und von Rechtswegen ist, so ist alles, was die Mitglieder der Nation an Kräften oder an Brauchlichkeiten samt oder sonders besitzen, das Eigenthum der Nation, beziehungsweise die Kraft und das Vermögen der Nation. (Beide zusammen, die Nationalkraft und das Nationalvermögen, werden die Nationalmacht genannt.) — Das Eigenthum an diesem Vermögen steht der Nation als einer Gesamtheit oder dem Staatsherrscher als dem Repräsentanten dieser Gesamtheit zu. Man kann den

Staatsherrscher in Beziehung auf dieses Eigenthum auch den Landesherrn nennen. Aber der Staatsherrscher ist nicht Staatsherrscher, weil er Landesherr ist; sondern er ist Landesherr, weil er Staatsherrscher ist.

287. Dieses Eigenthum des Staatsherrschers am Nationalvermögen hat nicht schon seinem Wesen nach den Sinn, als ob nicht die einzelnen Bürger ein Vermögen und ein Sondereigenthum an ihrem Vermögen haben könnten oder dürften. Eben so wenig hat es schon seinem Wesen nach den Sinn, als ob die einzelnen Bürger den Erwerb — die Production, den Handel mit dem Auslande — als eine gemeinschaftliche Angelegenheit betreiben müßten. Sondern an sich ist es nur das Herrscherrecht oder der Wille der Gesamtheit in seiner Beziehung auf das Nationalvermögen, dieses mag übrigens Gemeindegut oder Sondergut seyn, durch gemeinschaftliche oder durch getheilte Arbeit erworben werden. Wie weit sich dieses Herrscherrecht erstrecken, wie tief es in die Freiheit der Einzelnen eingreifen dürfe und solle, hängt von dem wirthschaftlichen Interesse der Nation und von dem Interesse ihrer Macht ab. Was in diesen Hinsichten das Beste ist, ist auch in rechtlicher Hinsicht das Richtige. Allerdings kann und soll der Staatsmann z. B. den Gewinn und Verlust einer Nation im Ganzen beurtheilen. Aber nur deswegen, weil er, wenn er das Ganze ins Auge faßt, desto besser ausmitteln kann, was den Einzelnen frommt.

288. Abgesehn von dem Verhältnisse, in welchem der Staatsherrscher zu dem Nationalvermögen steht, gilt von diesem alles das, was von dem Vermögen einer Privatperson oder von dem Vermögen überhaupt gilt. — Es wird, wenn man das Nationalvermögen für sich und nicht in Verhältniß zu dem Staatsherrscher betrachtet, durch den Begriff des

Nationalvermögens die rechtliche Verschiedenheit der Menschen, aus welchen das Volk besteht, gänzlich aufgehoben; es ist, als ob ein einzelner Mensch Eigenthümer dieses Vermögens wäre. Nur die Brauchlichkeiten also, welche die Nation wirklich (*in natura*) besitzt, so wie die Rechtsforderungen, die ihr, (der Gesamtheit oder einzelnen Bürgern,) gegen das Ausland zustehn, sind bei der Berechnung des Nationalvermögens in Anschlag zu bringen; nicht aber die Rechtsforderungen, welche ein Bürger gegen den andern hat. Denn niemand kann gegen sich selbst eine Rechtsforderung haben; was ein Bürger von dem andern zu fordern hat, ist auf der andern Seite von dem Vermögen des Schuldners und mithin von dem Nationalvermögen wieder in Abzug zu bringen. Eben so ist es, das Nationalvermögen für sich betrachtet, für den Bestand dieses Vermögens ¹⁾ gleichgültig, von wem, von welchem Stande oder von welchen Individuen, die Brauchlichkeiten besessen werden, aus welchen das Nationalvermögen besteht. Es kommen Beispiele in der Geschichte vor, daß in einem Lande das Grundeigenthum, wenigstens zu einem grofsen Theile, plötzlich in andere Hände überging. Als das weströmische Reich von Völkern deutschen Ursprungs erobert wurde, als Wilhelm der Eroberer der Herrschaft der Sachsen in England ein Ende machte, traf die Besiegten dieses harte Loos. Aber nicht die Veränderung in dem Grundbesitze war die Ursache, daß sich zugleich der Reichthum dieser

1) Für den Bestand dieses Vermögens. — Desto gröfser ist der Unterschied in einer jeden andern Beziehung, z. B. in Beziehung auf die Vermehrung des Nationalvermögens. Doch hier ist nur von den Folgerungen die Rede, die sich aus dem Begriffe des Nationalvermögens, dieses für sich betrachtet, ergeben.

Länder verminderte. Unter andern Umständen, — z. B. als in Frankreich in den Zeiten der Revolution so viele Nationalgüter an Privatpersonen veräußert wurden, — hat jene Veränderung Folgen der entgegengesetzten Art gehabt. — Man kann das Vermögen einer Nation an demselben Mafsstabe, wie das einer Privatperson, messen, mithin auch die Vermögensumstände zweier oder mehrerer Nationen mit einander vergleichen.²⁾ Man braucht zu diesem Ende nur die Brauchlichkeiten, die eine Nation besitzt, (die Grundstücke mit eingeschlossen,) samt den Kapitalien, welche die Nation im Auslande angelegt hat, nach den landüblichen Geldpreisen zu berechnen und sodann den Preis, den das Geld bei derselben Nation hat, nach dem landüblichen Geldpreise des Arbeitslohnes oder der Frucht zu bestimmen. Eben so gilt das, was oben von der Idee des Vermögens in Beziehung auf einzelne Menschen gesagt worden ist, dafs sie erst mit dem Gelde in Umlauf komme, auch von dem Nationalvermögen. Seitdem in Europa das Geld im Handel und Wandel und in der Staatshaushaltung eine so wichtige Rolle spielt, ertönen überall die Worte: Nationalvermögen und — Nationalschulden. — Die Staatsschulden oder, was dasselbe ist, (denn der Staatsherrscher vertritt die Nation,) die Nationalschulden haften auf dem Vermögen der Nation, wie die Schulden eines Privatmannes auf dessen Vermögen haften. Jedoch mit dem Unterschiede: Was die Nation sich selbst schuldig ist, d. i. was die Regierung von ihren Unterthanen geborgt hat, vermindert das Nationalvermögen nicht. Was

2) *Say (cours complet d'écon. polit. I, 150.)* läugnet die Möglichkeit einer solchen Berechnung und Vergleichung. — Freilich ist die Rechnung eben so schwierig, als unsicher. Aber unmöglich ist sie keineswegs.

von dem Nationalvermögen wegen der Staatsschulden abzuschreiben ist, das ist ihm, in so fern das Geld von den Unterthanen erborgt worden, wieder zuzuschreiben. Die Zinsen von diesen Schulden oder die zur Bezahlung dieser Zinsen zu entrichtenden Steuern ³⁾ sind zwar von dem Einkommen der einzelnen Bürger abzuziehen; aber das Einkommen derjenigen Bürger, welche die Gläubiger sind, wird zugleich um den Betrag dieser Zinsen vermehrt. Das Nationalvermögen also bleibt dasselbe; nur die Vermögensverhältnisse unter den einzelnen Bürgern haben sich verändert. (Das Sonderbarste bei der Sache ist, daß sich die Gläubiger selbst, als Steuerpflichtige, mitbezahlen müssen.) — Endlich, wenn das Vermögen einer Nation dem eines Privatmannes gleichzuachten ist, so kann eine jede Aufgabe der Nationalwirthschaftslehre in eine Aufgabe der Privatwirthschaftslehre verwandelt werden; so muß die Antwort dieselbe seyn, man mag die Aufgabe aus dem einen oder aus dem andern Standpunkte in Betrachtung ziehn. Z. B. ein Wirth thut — in der Regel — nicht wohl, wenn er das selbst producirt oder fabricirt, was er wohlfeiler von Andern kaufen kann. Handelt eine Nation klügllicher, wenn sie dasselbe thut?

289. Das Nationalvermögen kann aus drei Theilen oder Loosen bestehn, und bei allen cultivirteren Nationen zerfällt es in drei Theile oder Loose. — Der erste Theil begreift diejenigen Brauchlichkeiten unter sich, welche das Sondereigenthum der einzelnen Bürger sind, (die *res singulorum*;) der zweite diejenigen Brauchlichkeiten, von welchen

3) Es wird hier vorausgesetzt, daß die Zinsen Renten sind; daß also das Kapital dem Staate nicht aufgekündigt werden kann. Jedoch auch unter der entgegengesetzten Voraussetzung gelangt man zu demselben Resultate.

der Gebrauch allen Bürgern und wohl selbst den Fremden freisteht, (die *res communes vel publicas*;) der dritte diejenigen Brauchlichkeiten, welche das Sondereigenthum der Regierung — und der im Staate bestehenden Gemeinheiten — sind, (das *patrimonium reipublicae*.) — Jedoch die Nationalwirthschaftslehre hat das Nationalvermögen vorläufig nur seiner Einheit nach zu betrachten oder von jener Vertheilung des Nationalvermögens vorläufig abzusehn. Denn sie hat sich die Frage offen zu erhalten, ob und wie das Nationalvermögen zu vertheilen sey.

290. Die obige Untersuchung (§. 284 — 289.) ist von dem Staate in der Idee oder von der Rechtsidee des Staates ausgegangen. Mit dieser Idee und als Folgen derselben sind die Begriffe: Volk oder Nation, Nationalmacht, Nationalkraft, Nationalvermögen, gegeben. Jedoch, man kann bei der vorliegenden Untersuchung auch von dem entgegengesetzten Standpunkte ausgehn; man kann da anfangen, wo man auf dem ersteren Wege aufhört. Man kann, mit andern Worten, mit der Thatsache beginnen oder auch den Fall voraussetzen, daß die Menschen in Vereinen leben, in welchen ein jeder sein persönliches Eigenthum und sein Vermögen, (also sein Gesamtkapital, §. 109.) zu Gemeingut gemacht, gleichsam in die Gesellschaftskasse eingeschossen hat. Diese Thatsache oder diesen Fall vorausgesetzt, folgt von selbst, daß der Verein oder daß die in demselben stehenden einzelnen Menschen einem gemeinsamen Willen, einer äusseren Gewalt, (einer Staatsgewalt,) unterworfen seyn müssen. Denn, nur unter dieser Bedingung können die Individuen, aus welchen der Verein besteht, in dem Vereine gleichsam untergehn; nur unter dieser Bedingung kann alles das, was diesen Individuen gehört, schlechthin und allein Gemeingut seyn. Aber der Verein ist nach dieser Ansicht nicht

eine Gesamtheit, weil er einer äusseren Gewalt unterworfen ist; sondern er ist einer äusseren oder einer Rechtsgewalt unterworfen, weil er eine Gesamtheit ist, d. i. weil die Individuen, aus welchen er besteht, alles, was sie sind und besitzen, in Gemeingut verwandelt haben. Die Frage stellt sich nun so: Was hat die Menschen, (geborne Freiherren,) bestimmt, ihr gesamtes persönliches und dingliches Eigenthum in Gemeingut zu verwandeln? Sie ist, so gestellt, nicht eine Rechtsfrage, sondern eine Frage, welche in das Gebiet der Erfahrung gehört; sie enthält, so gestellt, die Aufforderung, das Daseyn und die innere Einrichtung der Staaten aus dem Interesse der Menschen — z. B. aus dem Interesse des Erwerbes — abzuleiten.

291. Zu Folge dieser Ansicht ist der Staat eine Actiengesellschaft. Die Actien oder die Einlagen der einzelnen Gesellschafter bestehen theils in dem persönlichen Eigenthume, (in den Kräften und Anlagen,) theils in dem Vermögen der Gesellschaftsglieder. Diese Actien können ihrem Betrage nach sehr verschieden seyn; und sie sind in einem jeden Staate von einem mehr oder weniger verschiedenen Betrage. In der Erfahrung stellt sich sogar das Verhältniß nicht selten so, daß die Actionäre nur zum Theile sowohl einen dinglichen als einen persönlichen Beitrag, die übrigen aber, (die Armen, die *Proletariü*,) nur einen Beitrag der letzteren Art zum Gemeingute leisten. Diese Verschiedenheit der Qualität und Quantität der einzelnen Actien ist die Ursache, daß in diesen Vereinen fast ohne Ausnahme und fast ununterbrochen Streit und Zwietracht herrscht. Während der eine Theil der Actionäre verlangt, daß das Stimmrecht mit der Qualität und Quantität der einzelnen Actien in Verhältniß stehn müsse, (ohne jedoch über die Bestimmung dieses Verhältnisses in sich selbst einig

zu seyn,) macht der andere Theil auf Gleichheit des Stimmrechts Anspruch. Wenn dennoch diese Vereine haltbarer und bleibender sind, als man unter diesen Umständen erwarten sollte: so kann die Ursache nur die seyn, daß die Gründe, welche die Menschen bestimmen oder nöthigen, in diese Actiengesellschaften zu treten, eben so mannigfaltig als dringend sind. — Von diesen Gründen können hier nur diejenigen angeführt werden, welche auf dem wirthschaftlichen Interesse der Menschen beruhn. Die hier zu lösende Aufgabe ist also die: Entspricht eine solche Actiengesellschaft dem wirthschaftlichen Interesse der Menschen? und auf welche Weise? oder, wie hier die Frage, damit sie desto methodischer beantwortet werden könne, gestellt werden soll: In welchen Beziehungen kann eine solche Gesellschaft überhaupt zu dem Erwerbe der Menschen stehn? (Allerdings geht diese Aufgabe nur auf eine Art der Gründe, welche die Menschen bestimmt haben, sich in Staaten zu vereinigen. Aber die Gründe dieser Art sind die Hauptgründe. Die Stämme, welche mit den Fesseln der bürgerlichen Ordnung noch gänzlich oder noch fast unbekannt sind, sind zugleich die ärmsten. Wann ahnet ein Stamm zuerst den Begriff eines Nationalvermögens? Wann er sein Jagdrevier oder seine Weideplätze gegen auswärtige Feinde zu vertheidigen genöthiget ist. Mit einem Worte, der Erwerb vereinigt und entzweit die Menschen.)

292. Es können nun die Menschen, indem sie ihr gesamtes persönliches und dingliches Eigenthum in Gemeingut verwandeln, diesen ihren Verein in dem Interesse des Erwerbes auf eine dreifache Weise gestalten; sie haben die Wahl unter drei verschiedenen Grundgesetzen. — Entweder ist die Uebereinkunft die: Es soll unter uns alles Sondereigenthum wegfallen; wir wollen gemein-

schaftlich arbeiten, oder es sollen Alle für Einen und ein Jeder soll für Alle arbeiten; das, was wir erwerben, soll unter die Einzelnen, nach Maßgabe ihres Bedürfnisses, vertheilt werden. Oder das Grundgesetz des Vereines ist das: Ungeachtet und unbeschadet der unter uns bestehenden Gütergemeinschaft soll einem jeden das, was er producirt oder sonst erwirbt, als Sondergut gehören. Die unter uns bestehende Gütergemeinschaft oder die öffentliche Macht soll nur einem jeden Einzelnen die vollste Freiheit des Erwerbes und die vollste Sicherheit des Erworbenen verbürgen. Oder endlich, die Uebereinkunft kann so lauten: Einem jeden soll zwar das, was er producirt oder sonst erwirbt, als Sondereigenthum gehören; aber das Vermögen der Einzelnen soll nicht bloß in dem Sinne Gemeingut seyn, daß ein jeder dem Gemeinwesen die Opfer zu bringen hat, ohne welche die öffentliche Macht ausser Stand seyn würde, den Erwerb und das Vermögen der Einzelnen gleichmäÙig zu schützen; sondern noch überdies in dem Sinne, daß ein jeder bei seinem Erwerbe nicht bloß sein Privatinteresse, sondern zugleich das Interesse des gesamten Vereines zu bezwecken und zu befördern hat, daß mithin der Vorstand des Vereines, der Staatsherrscher, berechtigt und verbunden ist, dem Erwerbe oder dem Arbeitsfleiß der Einzelnen die Richtung zu geben, welche dem Interesse des gesamten Vereines entspricht. — Die Actiengesellschaft, welche der Staat genannt wird, ist in einer jeden von diesen drei Grundformen eine auf den Erwerb berechnete Gütergemeinschaft. Aber eine jede von diesen drei Grundformen glaubt das ihnen gemeinschaftliche Ziel auf einem andern Wege erreichen zu können und zu müssen. Die erste und die zweite Grundform sind einander schlechthin entgegengesetzt; die dritte ist beziehungsweise sowohl

der ersten als der zweiten verwandt. Eine jede von diesen drei Grundformen kann übrigens in der Erfahrung in den mannigfaltigsten Gestalten und Verbindungen vorkommen. — Mit dieser Verschiedenheit der Grundverfassungen, welche jene Actiengesellschaft haben kann, ist zugleich die Verschiedenheit der Systeme gegeben, welche über die Nationalwirthschaft, — d. i. über die Art, wie eine Nation ihr Vermögen zu erhalten und zu vermehren, oder wie der Staatsherrscher für die Erhaltung und Vermehrung des Nationalvermögens Sorge zu tragen hat, — aufgestellt werden können. Es giebt also drei Systeme der Nationalwirthschaft; das System der Erwerbsgemeinschaft, das der Erwerbsfreiheit und das der Erwerbsvormundschaft. Die Darstellung und Prüfung dieser Systeme ist die Hauptaufgabe der Nationalwirthschaftslehre. In der Abtheilung, welche der Lösung dieser Aufgabe gewidmet ist, wird zugleich die Verschiedenheit jener Grundformen deutlicher hervortreten.

293. Wie eine jede zahlreichere Gesellschaft, so bedarf auch die in Frage stehende Gesellschaft einer Organisation, einer Regel für die Bedingungen, von welchen die Lebensthätigkeit der Gesellschaft abhängt. — Man darf wohl behaupten, daß ein jedes von jenen Systemen der Nationalwirthschaft seine besonderen Ansprüche an die Staatsverfassung mache, keines derselben in Anwendung gebracht werden könne, ohne daß es einen eigenthümlichen Einfluß auf die Verfassung des Staates hätte. Denn ein jedes dieser Systeme stellt die Vermögensverhältnisse und mit diesen die Machtverhältnisse unter den Bürgern und unter den verschiedenen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft auf eine ihm eigenthümliche Weise. Jedoch im Einzelnen kann von diesem Einflusse erst weiter unten, bei der Darstellung jener Systeme, die

Rede seyn. — Wie aber auch die Verfassung beschaffen seyn möge, welche sich eine Nation giebt oder gegeben hat, allemal ist sie zugleich eine Ausgabe, welche die Nation aus dem Gemeingute zu bestreiten hat. Kann und soll auch diese Ausgabe der Nation mittelbar, d. i. durch die Vortheile vergütet werden, welche die Verfassung dem Erwerbe gewährt? Die Arbeiten, welche zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten erforderlich sind, sind an sich allemal nur unproductive Arbeiten. Die wohlfeilste Verfassung, die Verfassung, welche mit der wenigsten Arbeit auskommen kann, ist daher in wirthschaftlicher Hinsicht die vollkommenste. Doch gute Arbeit ist selten wohlfeil. Wo das Regieren ein Monopol ist, kann es sogar ohne Mafs und Ziel vertheuert werden.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von dem Erwerbe einer Nation.

294. Die menschliche Gesellschaft hat sich — in dem Interesse des Erwerbes — in Nationen gespalten. Diese haben den Erdboden dem Eigenthume nach unter sich getheilt; sie haben über den Erdboden ein Netz — freilich mit Maschen von einer sehr ungleichen Gröfse — geworfen. Der wesentliche Unterschied zwischen diesem und dem ursprünglichen Zustande der menschlichen Gesellschaft ist nur der: Nun giebt es — zu einer und derselben Zeit — so viele einzelne Menschen und so viele Grundeigenthümer, als es Nationen giebt. — So wie man also

die einzelnen Menschen, wenn ihr Erwerb in Frage steht, theils vereinzelt, theils im Verhältniß zu einander zu betrachten hat: so hat man, auch wenn von dem Erwerbe einer Nation die Rede ist, dieselbe Verschiedenheit des Standpunktes der Untersuchung zum Grunde zu legen.

I. Von dem Erwerbe einer Nation, diese vereinzelt betrachtet.

295. Eine Nation kann reich werden und reich seyn, ohne dafs sie mit andern Nationen in Verkehr steht; — ganz so, wie ein Mensch, oder, um die Analogie noch einleuchtender zu machen, ein Familienvater, der auf einer Insel getrennt von der übrigen menschlichen Gesellschaft lebte, dennoch reich werden und reich seyn könnte. China ist ein reiches Land, (wie dessen starke Bevölkerung beweist,) und gleichwohl scheint es eine Grundmaxime der chinesischen Regierung zu seyn, den Handel mit dem Auslande möglichst zu beschränken. Großbritannien würde auch dann nicht aufhören, ein reiches Land zu seyn, wenn es auf seinen auswärtigen Handel verzichten müfste.⁴⁾ — Der Sinn des aufgestellten Grundsatzes ist jedoch nicht der, dafs für den Wohlstand einer Nation der auswärtige Handel gleichgültig sey. Nur dem Irrthume sollte vorgebeugt werden, als ob der Wohlstand einer Nation von ihrem auswärtigen Handel wesentlich abhängе.

296. Vereinzelt (isolirt) betrachtet, kann

4) *Britain independent of commerce etc.* By *W. Spence*. — *Commerce defended etc.* By *James Mill*. — *Agriculture the Source of the Wealth of Britain.* By *W. Spence*. (Diese drei Flugschriften sind zu London 1808 8. herausgekommen.)

eine Nation nur durch den *objectiven* Erwerb, nur durch Production und Fabrication, reich werden; — ganz so wie ein Familienvater, der vereinzelt stände, nur auf dieselbe Weise, d. i. nur durch Production und Fabrication, sich bereichern, d. i. in den Stand gesetzt werden könnte, seine Bedürfnisse auf das vollkommenste zu befriedigen. Die Mitglieder einer Nation sind als solche so viele Arbeiter und Diener, die derselbe Herr — die Nation oder der Staatsherrscher — zu unterhalten hat. Nicht dadurch kann der Herr reich werden, daß er seine Arbeiter und Diener gut lohnt, sondern nur dadurch, daß diese durch ihre Arbeiten und Dienste sein Vermögen, d. i. die Masse der ihm gehörenden Brauchlichkeiten, vermehren. Eben so hat man das Vermögen eines jeden einzelnen Bürgers nur als eine besondere Kasse oder als eine besondere Erwerbsanstalt desselben Herrn zu betrachten. Dieser kann nicht schon dadurch reich werden, daß er Geld aus der einen Kasse in die andere legt, oder daß er die und die Brauchlichkeiten, die er bisher in der einen Erwerbsanstalt benutzt hat, nun in einer andern benutzt, z. B. eine Herde von dem einen seiner Grundstücke auf das andere versetzt. — (Von dem Verhältnisse, in welchem die verschiedenen Arten der Production, dieses Wort in seiner weiteren Bedeutung genommen, zu dem Reichthume einer Nation stehn, ist schon oben §. 71 — 72. gehandelt worden.)

297. Darum ist jedoch der wechselseitige subjective Erwerb der Bürger, oder der Tauschverkehr unter ihnen, nicht etwa für den Wohlstand der Nation gleichgültig. Er ist sogar, wie sich die Verhältnisse in der Erfahrung stellen, für die Vermehrung des Nationalvermögens von nicht geringerer Erheblichkeit, als der objective Erwerb. Ohne Handel und Wandel würden z. B. die Arbeiten nicht ihrer

PUT PUT
LON LON

1000 + 1000 2000 + 1000 3000 + 1000

PUT PUT PUT
LON LON LON

1000 + 1000 2000 + 1000 3000 + 1000

Verschiedenheit nach vertheilt werden können, und mithin alle die Vortheile, welche diese Vertheilung gewährt, für die Nation verloren seyn. Ohne Handel und Wandel würde das Grundeigenthum mit dem wirthschaftlichen Interesse der Nation in Widerspruch stehn. Denn der eine Boden trägt diese, ein anderer andere Früchte; der eine enthält diese, ein anderer andere Schätze. — Eben so wenig hat der §. 296. aufgestellte Grundsatz den Sinn, als ob die unproductiven Arbeiten schlechthin keinen Beitrag zum Nationalwohlstande leisteten, sondern nur auf die Seite der Ausgaben der Nation zu setzen wären. Sie können dennoch für die Production mittelbar vortheilhaft, ja selbst unentbehrlich für sie seyn. Die Arbeit des Staatsbeamten, obwohl an sich unproductiv, gewährt den productiven Arbeitern die Sicherheit, ohne welche sie nicht produciren könnten. Die Arbeit der Aerzte und Wundärzte, obwohl ebenfalls an sich unproductiv, besiegt oder mindert die physischen Uebel, mit welchen die Productivkraft der Menschen zu kämpfen hat. Durch die Arbeit der Geistlichen wird Treu' und Glaube, wird eine jede wirthschaftliche Tugend geheiligt. Mit einem Worte, nicht mit den unproductiven Arbeiten, nur mit dem Müßiggange steht der Nationalwohlstand schlechthin in Feindschaft. — Der §. 296. aufgestellte Grundsatz hat also nur den Sinn, daß eine Nation, abgesehn einstweilen von dem Verkehre mit dem Auslande, nur durch Production, nicht aber den, daß sie durch Production allein reich werden könne. Auch das liegt in jenem Grundsatze, daß, immer unter derselben Voraussetzung, eine jede andere Erwerbsart, eine jede andere Arbeit zur Vermehrung des Nationalwohlstandes nur in so fern beitrage, als sie die Production befördere, also nicht an sich, sondern nur beziehungsweise für den Nationalwohlstand

einen Werth habe. Z. B. die Staatsbeamten mögen auch noch so gute Arbeit liefern, die Ueberzahl, das Uebermafs der Besoldungen wirkt allemal auf den Nationalwohlstand nachtheilig.

298. Ob oder wie das Nationalvermögen unter die einzelnen Bürger *vertheilt* sey, ist für den Nationalwohlstand nur in so fern bedeutsam, kommt also in der Nationalwirthschaftslehre nur in so fern in Betrachtung, als die in dieser Beziehung möglichen Fälle ihrer Verschiedenheit nach auf die Production — unmittelbar oder mittelbar — einen verschiedenen Einflufs haben; — ganz so, wie den Arbeitern, die ein Privatmann anstellt, nichts daran liegt, aus welcher Kasse sie ihren Lohn beziehn, wenn er sie nur bezahlen kann, wenn also nur sein Einkommen nicht versiegt. Von diesem Standpunkte aus sind mithin in der Nationalwirthschaftslehre alle die Fragen zu betrachten, welche die Vertheilung des Nationalvermögens und die Art der Vertheilung betreffen.

299. Nicht eben so ist es, — fortdauernd abgesehn von dem auswärtigen Handel, — für den Nationalwohlstand gleichgültig, auf welche *Art der Production* eine Nation ihr Vermögen und ihre Arbeit verwendet; — ganz so, wie ein Mensch, der geschieden von der menschlichen Gesellschaft lebte, nicht unter den verschiedenen Arten der Production nach Gefallen wählen könnte, sondern seine Arbeit vor allen Dingen auf die ihm unentbehrlichen oder unentbehrlicheren Brauchlichkeiten zu verwenden hätte. Das ändert sich zwar, so wie die Nation mit andern Nationen in Handelsverbindungen tritt. Denn von nun an ist nicht mehr der Gebrauchswerth, sondern der Tauschwerth der Brauchlichkeiten, welche die Nation producirt,

der Mafsstab des Nationalwohlstandes. Diese Veränderung kann jedoch nur unter einer dreifachen Bedingung statt finden; — erstens, dafs der Handelsverkehr mit dem Auslande frei ist; zweitens, dafs die Brauchlichkeiten, welche die Nation producirt, auch im Auslande einen Tauschwerth haben; drittens, dafs die Nation mit den auswärtigen Producenten derselben Brauchlichkeiten, (z. B. wegen der Frachtkosten,) Preis halten kann.

II. Von dem Erwerbe der Nationen mittelst des wechselseitigen Tausch- und Handelsverkehrs.

300. Es soll hier nur der Fall, der gewöhnlichste, in Betrachtung gezogen werden, da einzelne Bürger des einen Staates mit der Regierung oder mit einzelnen Bürgern eines andern Staates in einen Tausch- oder Handelsverkehr treten.⁵⁾ Uebrigens ist der in Frage stehende Erwerb auch in der Art möglich, dafs eine Regierung von der andern ein Einkommen, (Subsidien, Contributionen, etc.) bezieht, oder dafs die Regierung allein mit dem Auslande Handel treibt,⁶⁾ oder dafs ein Stamm unter der unmittelbaren Leitung seines Oberhaupts mit den Fremden handelt.⁷⁾

5) Das Wort: Nation, wird also in den folgenden Paragraphen dieser Abtheilung die einzelnen Mitglieder der Nation bezeichnen.

6) Dieser Fall tritt oder trat in den Missionen in Südamerika und in Kalifornien ein.

7) Auf diese Art handeln einige Stämme in Amerika mit Fremden. Das Oberhaupt bestimmt die Waarenpreise; dann beginnt der Handel mit den Einzelnen. Das Oberhaupt bezieht für seine Aufsicht oder für die zum Handel gegebene Erlaubniß eine Abgabe von den fremden Kaufleuten; oft sein ganzes hoheit-

301. Eine jede der verschiedenen möglichen Arten des subjectiven Erwerbes (§. 119.) kann auch in dem Verkehre zwischen zwei Nationen vorkommen. — So können z. B. die Einwohner des einen Landes im Auslande arbeiten und für ihre Arbeit einen Lohn beziehen, mit welchem sie ins Inland zurückkehren. Zur Aerndtezeit kommen eine große Anzahl Schnitter aus Württemberg nach Baden, um hier für Lohn Getraide zu schneiden. — Eben so können die Kapitalisten eines Landes ihre Kapitalien im Auslande anlegen. Und gerade dieser Fall ist dormalen in Europa besonders häufig. Unter den größeren europäischen Staaten giebt es keinen, welcher nicht tief verschuldet wäre; die Schuldbriefe sind bald insgesamt, bald wenigstens zum Theil in den Händen auswärtiger Kapitalisten. (Jedoch die Anlehne der europäischen Staaten haben die Verschiedenheit dieser Staaten fast aufgehoben. Bei dem Schicksale eines jeden einzelnen europäischen Staates sind die Kapitalisten aller übrigen europäischen Staaten unmittelbar oder mittelbar betheiligt. Mit den Papieren eines Staates fallen oft die Papiere aller übrigen.) — Aber die bei weitem erheblichste Art des Tauschverkehrs unter den Nationen ist der Waarentausch oder der Handel.

302. Das Wesen dieser Erwerbsart ergibt sich aus dem, was oben (z. B. §. 191. 222. 259.) über den Waarentausch überhaupt gesagt worden ist, von selbst. Denn was von der Gattung gilt, gilt auch von der Art. — Der auswärtige Handel setzt schon irgend einen andern Erwerb, und namentlich Production, voraus. Großbritannien ist nicht deswegen reich, weil sein Handel

liches Einkommen. (Das *jus vectigalium* mag auch anderwärts dieses Ursprunges gewesen seyn.)

mit andern Nationen so bedeutend ist; sondern dieser ist so bedeutend, weil Großbritannien so viel producirt. Selbst der Zwischenhandel, ⁸⁾ d. i. die Art des Handels, da eine Nation mit ihrem Kapitale die Waaren einer andern Nation kauft, um sie wieder an eine dritte Nation zu verkaufen, macht keine Ausnahme von der Regel. Das Kapital, mit welchem der Zwischenhandel betrieben wird, besteht doch allemal in Brauchlichkeiten, welche die Nation entweder selbst producirt oder von Andern erworben haben muß. Eine jede Nation ist daher bei dem Wohlstande aller der Nationen betheiligt, mit welchen sie in Handelsverbindungen steht. ⁹⁾ Denn wer

8) Man verwechsle mit dem Zwischenhandel nicht den Waarentransit, d. i. die Durchfuhr der Waaren, die eine Nation gegen die Waaren einer andern Nation vertauscht, durch das Land eines dritten Volkes. Auch der Waarentransit ist weder vortheilhafter noch weniger vortheilhaft, als irgend ein anderes Tauschgeschäft mit Ausländern, ja als irgend ein anderes Tauschgeschäft. Der fremde Fuhrmann oder Schiffer muß das bezahlen, was er im Lande verzehrt etc. Aber das, was er verzehrt, würde auch ohne ihn im Lande verzehrt oder würde ins Ausland ausgeführt werden. — Doch die Regierungen sehen oft die Sache anders an, — wegen der Durchgangszölle, d. i. wegen einer Abgabe, welche ihr Maß nur in der Furcht hat, die Fuhrleute zu vertreiben.

9) Seitdem sich die Vereinigten Staaten Nordamerika's vom Mutterlande losgerissen haben, ist der Handel Großbritanniens mit diesen seinen ehemaligen Colonien ohngefähr in dem Verhältnisse gestiegen, in welchem die Bevölkerung und der Wohlstand der V. St. zugenommen hat. Und doch prophezeite man in den Zeiten der nordamerikanischen Revolution Großbritanniens Untergang. — Eine schlechte Aerndte in Deutschland und in den Fruchtländern der Ostsee, hat allemal Noth und Elend in den britischen Fabrikstädten zur Folge. — Man hört so oft Klagen über den Handelsneid der Briten. Allerdings wetteifern die britischen Fabrikherren mit denen des Festlandes. Das thun auch diese und billig. Aber lächerlich ist der Wahn, daß die

nichts zu vertauschen hat, kann nichts eintauschen. — Auch bei dem auswärtigen Handel können und sollen beide Theile, die Käufer und die Verkäufer, gewinnen. Wenn der auswärtige Handel grössere Gewinne abzuwerfen scheint, als der innere, so ist ein Grund davon der, daß das in jenem angelegte Kapital zwar nicht grösser, doch in einer geringeren Anzahl von Händen ist, als das Kapital, mit welchem dieser betrieben wird, ferner der, daß bei dem auswärtigen Handel der Gewinn oder, richtiger, die Versicherungsprämie mit der grösseren Gefahr in Verhältniß stehen muß, welcher der Kaufmann bei diesem Handel ausgesetzt ist.¹⁰⁾ — Für den Gewinn, den der auswärtige Handel abwerfen kann und soll, ist es gleichgültig, ob die Nation mit den Producten ihres Landes, oder mit den Erzeugnissen ihres Kunstfleisses, oder mit Waaren, die sie von einer dritten Nation eingetauscht oder eingekauft hat, handelt. Der Handel im Ganzen ist allemal ein beider Theilen gewinnbringender Tausch. Nur in dem Sinne kann ein Handel vortheilhafter, als der andere seyn, daß er sicherer (oder auch gewagter) oder stetiger oder lebhafter ist, oder daß er einen rascheren Umsatz des in ihm angelegten Kapitals gestattet. (Der innere Handel hat alle diese Vortheile zusammen vor dem auswärtigen voraus; und nur deshalb hat

britischen Kaufleute ihre Waaren, nur um die Fabriken des Festlandes zu Grunde zu richten, unter dem Kostenpreise loszuschlagen.

10) Die Leipziger Handlungen, welche ihre Waaren an Kaufleute aus der Türkei absetzen, machen, scheinbar, sehr hohe Gewinne. Aber, man ziehe die Versicherungsprämie ab, so bleiben nur die gewöhnlichen Zinsen.

die Eintheilung des Handels einer Nation in den inneren und in den auswärtigen einen Sinn.)

303. Um nicht von der herkömmlichen Methode störend abzuweichen, habe ich in dem Obigen die Lehre von dem Erwerbe einer Nation so vorgetragen, daß ich die Nation als eine Gesamtheit, gleich als einen einzelnen Menschen, betrachtete. Jedoch, indem man diese Methode des Vortrages befolgt, setzt man schon voraus, daß die Einheit der Nation oder die Gütergemeinschaft, welche unter den Mitgliedern eines Staatsvereines besteht, die Selbstständigkeit der Einzelnen in Beziehung auf den Erwerb aufhebe. Nun hat aber der Staatsverein nicht schon seinem Wesen nach diese Folge. (§. 287.) Vielmehr kann man eine Nation, ungeachtet und unbeschadet ihrer Einheit, in die einzelnen Menschen, aus welchen sie besteht, den Erwerb einer Nation in den Erwerb ihrer einzelnen Mitglieder auflösen. Man kann also auch die Frage: Wie erwirbt eine Nation? vorläufig auf die Frage zurückführen: Wie erwirbt ein einzelner Mensch, sey es, daß er in einer Staatsverbindung stehe oder nicht? Und man sollte jene Frage auf diese Weise behandeln, weil man sonst Gefahr läuft, eine Frage schon vorläufig zu entscheiden, welche erst im Verlaufe der Untersuchung entschieden werden kann; weil überdies die Frage, so gestellt, aus dem Dunkel hervortritt, in welches sie sonst gehüllt ist oder sonst leicht gehüllt werden kann.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Darstellung der Systeme der National- wirthschaft.

I. System der Erwerbsgemeinschaft.

304. Nach diesem Systeme sollen die Staatsgenossen samt und sonders auf gemeinschaftlichen Gewinn und Verlust arbeiten, sey es, daß sie dieselben Arbeiten gemeinschaftlich verrichten oder daß sie die verschiedenen Arbeiten, mit welchen sie ihren Bedarf an Brauchlichkeiten erwerben, unter sich vertheilen; der Verdienst kommt dann, wie in einer Haushaltung, in eine gemeinschaftliche Kasse; aus dieser beziehen die Einzelnen nach ihrem Bedürfnisse ihren Unterhalt. Die Leitung dieser Erwerbsanstalt kann entweder einem Einzelnen oder einem Ausschusse anvertraut seyn, oder von dem Willen der gesamten Gemeinde abhängen. In den ersten beiden Fällen kann man sich eine solche Anstalt am besten unter dem Bilde eines großen Haushaltes denken. — So eifrige und so beredte Vertheidiger auch dieses System, und gerade in den neuesten Zeiten, ¹¹⁾ gefunden hat, so steht es doch theils mit den Gründen, welche für das Sondereigenthum überhaupt sprechen, theils mit dem wirthschaftlichen Zustande der heutigen europäischen Staaten so unbedingt in Widerspruch, daß es unnöthig ist, hier bei der Darstellung dieses Systemes zu verweilen, oder unten, bei der

11) Von dem Engländer *Owen* und von den St. Simonisten wird dieses System als das einzige Mittel zur Wiedergeburt der bürgerlichen Gesellschaft gepredigt.

Beurtheilung der Systeme der Nationalwirthschaft, auf dasselbe zurückzukommen. Dafs das Sondereigenthum den *Consensus gentium* für sich hat, ¹²⁾ ist zugleich der schlagendste Beweis, dafs es eine in dem Interesse der menschlichen Gesellschaft nothwendige Einrichtung sey.

305. Doch kommen Beispiele vor, dafs einige Stämme oder Nationen das System der Erwerbsgemeinschaft — schlechthin oder theilweise — befolgt haben oder noch jetzo befolgen. — In den unermesslichen Ebenen, welche in dem nordwestlichen Amerika liegen, beziehen die dort lebenden Stämme der Indianer ihre Nahrung und Bekleidung fast allein von den Bisons, einer Büffelart. Zu der Jagd dieses Thieres zieht jedesmal der ganze Stamm aus. Ebenso vereinigt in Neu-Süd-Wallis die Jagd der *Kangaroo's* die Eingebornen, die sonst weder Oberhäupter haben, noch in gröfseren und bleibenden Verbindungen leben, von Zeit zu Zeit zu gemeinschaftlichen Unternehmungen. ¹³⁾ Wenn unsere Vorfahren zur Zeit des Tacitus die Felder der Gemarkung

¹²⁾ Auch die Römer leiteten das Sondereigenthum *ex jure gentium* ab. §. 11. *J. de rerum divis.*

¹³⁾ *The present State of Australia etc. By Rob. Dawson. Lond. 1830. 8.* — Diese gemeinschaftlichen Erwerbsunternehmungen waren wohl hin und wieder die erste Veranlassung, dafs sich Stammesverbindungen bildeten, oder dafs diese Verbindungen mehr und mehr die Gestalt eines Staatsvereines annahmen. Man hat gefunden, dafs auf der Nordküste von Amerika diejenigen Stämme der Esquimaux, welche vom Wallfischfange leben, schon einige Fortschritte in der Civilisation gemacht haben. Diese Art der Fischerei erfordert einen bleibenden Aufenthalt, gemeinschaftliche Anstalten. Vgl. des Kapitäns Franklin zweite Reise nach der Nordküste von Amerika.

gemeinschaftlich bestellten, ¹⁴⁾ so hatte sich diese Einrichtung vielleicht aus ähnlichen gemeinschaftlichen Jagden entwickelt. — Entwickelter oder zweideutiger bietet sich uns jenes System in der Verfassung des altperuanischen Reichs dar. Der Fruchtboden war in drei Theile geschieden. Von dem einen Theile bezogen die Inkas, von dem andern die Tempel, (die Tempel der Sonne,) den Ertrag; von dem dritten Theile erhielt ein jeder einzelne Hausvater ein Loos, das *Tapu* genannt wurde. Die beiden ersteren Theile wurden von dem Volke, d. i. von den verschiedenen Abtheilungen des Volkes gemeinschaftlich bestellt. Dagegen bestellte zwar ein jeder Hausvater sein ihm von dem dritten Theile gewordenen Loos. Aber es gab kein Erbrecht. Bei der Geburt eines Sohnes erhielt der Vater ein neues *Tapu*, welches in der Folge, wenn der Sohn herangewachsen war, dessen Ausstattung bildete. Eben so erhielt der Vater wegen einer Tochter ein halbes *Tapu*; doch wenn sich die Tochter verheirathete, fiel dieses Stück Landes wieder an den Staat zurück. Mit einem Worte, alle Privatländereien waren nur Dienstgüter. ¹⁵⁾ — In der vergleichungsweise vollkommensten Gestalt erscheint dasselbe System in den einst spanisch-südamerikanischen Missionen. Einige Mönche, die Missionarien, gebieten über eine Anzahl zum Christenthume bekehrter Indianer. Was diese erwerben, ist Gemeingut, wird in den Magazinen der Mission aufbewahrt. Aus diesen Vorräthen werden die einzelnen Indianer mit Nahrung und Kleidung versehen. Gegen einen Theil dieser Vorräthe werden die Waaren

¹⁴⁾ *Tac. Germania. c. 26.*

¹⁵⁾ Siehe Robertson's Geschichte von Amerika. — *Lettres Américaines. Par le Comte J. P. Carli. Paris. II. T. 1788. 8.*

eingetauscht, deren die Mission noch sonst bedarf.¹⁶⁾
 — Endlich kann man mit dem Systeme der Erwerbs-
 gemeinschaft vielleicht auch die Willkühr in Verbin-
 dung setzen, mit welcher in so vielen Staaten die
 Regierung über das Vermögen der einzelnen Bürger
 schaltet. Ein jeder Bürger arbeitet und erwirbt zwar
 auf eigene Rechnung; aber das Erworbene wird von
 der Staatsgewalt als Gemeingut behandelt. Selbst
 den Volksherrschaften ist diese Ansicht nicht fremd;
 oder vielleicht liegt sie diesen gerade am nächsten.¹⁷⁾

II. Das System der Erwerbsfreiheit.

306. Man sollte erwarten, daß das System der
 Erwerbsfreiheit das gemeine Recht der Nationen seyn
 werde. Denn liegt es nicht dem Menschen am näch-
 sten? ist es nicht das einfachste, man kann sagen,
 das natürlichste? Verwandelt es nicht Feindschaft
 in Wetteifer? und enthält es daher nicht das Mittel,
 einen friedlichen Verkehr unter den Nationen einzu-
 leiten und zu erhalten? Jedoch die Menschen lieben
 das Künstliche; ¹⁸⁾ sie sind schon aus Mißtrauen

16) Die neuesten (mir bekannt gewordenen) Nachrichten
 von diesen Missionen stehen in v. Kotzebue's zweiter Reise
 um die Welt. Sie betreffen die Missionen in Kalifornien.

17) In dem atheniensischen Freistaate hatten die 1200
 reichsten Bürger gewisse bestimmte Staatsausgaben auf ihre Ko-
 sten zu bestreiten, z. B. die Schiffe für die Kriegsflotte zu bauen
 und auszurüsten. Man nannte die Verbindlichkeit zur Bestrei-
 tung einer solchen Ausgabe eine *λειτουργία*. Diese Bürger waren
 wieder in gewisse Körperschaften (*συμμοχταί*) eingetheilt. —
 Wenn ein Bürger behauptete, daß nicht er, sondern daß der
 und der Bürger noch zu den Reichsten gehöre, so konnte er
 diesen zu einem Vermögenstausche zwingen.

18) Vielleicht ein Hauptumstand! An das System der
 Bevormundung des Erwerbes reihen sich so viele — scheinbare

kriegerisch gesinnt; nur mit denen braucht man zu wetteifern, die uns gleichstehn, der Sieger kann die Früchte seines Sieges in Trägheit genießen.¹⁹⁾ Darum sind vielleicht gerade die naturgemäße Beschaffenheit und der friedliche Geist des Systemes der Erwerbsfreiheit die Hauptursachen, daß dieses System fast nur bei den Nationen Beifall gefunden hat, welche entweder zu arm waren, um von der Beschränkung der Erwerbsfreiheit Vorthail ziehn zu können, oder zu wenig cultivirt, um auf eine künstlichere Bewirthschaftung des Nationalvermögens zu verfallen.²⁰⁾ — So einfach übrigens auch dieses System ist, so wird doch eine ausführlichere Darstellung desselben hier um so mehr an ihrer Stelle seyn, da sich die Vorschriften und Forderungen dieses Systemes einerseits weiter und andererseits nicht so weit erstrecken, als man auf den ersten Blick anzunehmen geneigt seyn könnte.²¹⁾

307. Die Bedingung und Grundlage der Erwerbsfreiheit ist die *persönliche Freiheit*, das Vermögen, welches der Mensch von Natur hat, über seinen Körper, über seine Kräfte und Anlagen, nach Gefallen zu schalten und zu walten.

— Triumphe der Staatsklugheit, reiht sich die Nothwendigkeit, die Zahl der Beamten zu vermehren.

19) Gewerbsvorrechte sind an sich nichts anderes als Ruhekissen der Faulheit.

20) Vgl. oben in der Einleitung den Abschnitt: Zur Geschichte der Staatswirthschaftslehre.

21) Eine sehr ausführliche und wohlgerathene Darstellung dieses Systemes findet man in der neuesten Ausgabe von *M' Culloch's Principles of polit. Econ.* — Eine andere Frage, (sie gehört in die angewandte Staatswirthschaftslehre,) ist die: Wie ist dieses System ins Werk zu setzen, wenn bisher das entgegengesetzte befolgt worden ist? Jedoch auf diese Frage kann hier nicht eingegangen werden.

Es hat also der Staat, (zufolge des vorliegenden Systemes,) einen Jeden in dem vollen Genusse dieser Freiheit zu schützen. — Daher entsprechen die Gesetze, welche die Bürger gegen willkührliche Verhaftung sichern, (die *Habeas - corpus - Acte*,) oder die Zulässigkeit der persönlichen Haft in Schuldsachen beschränken oder Freiheitsstrafen mit Sparsamkeit zumessen, zugleich dem Interesse der Erwerbsfreiheit. — Aus demselben Grundsatz kann man die Folgerung ableiten, dafs selbst die Dienste, welche dem Staate zu leisten sind, nicht gezwungene, sondern freiwillige Dienste seyn sollen, dafs sie nöthigenfalls zu lohnen oder zu vergüten sind. Daher würde z. B. die Anwerbung zum Kriegsdienste gegen ein Handgeld den Vorzug vor der Conscription verdienen, wenn diese nicht andere entscheidende Gründe für sich hätte.²²⁾ Auf jeden Fall aber hat der Staat dem Conscriptionssysteme eine solche Einrichtung zu geben, dafs es dem Nationalwohlstande so wenig als möglich nachtheilig werde. — Mit demselben Grundsatz ist eine jede Art und Gestalt der erblichen oder lebenswierigen Knechtschaft schlechthin unvereinbar. Allerdings steigt, wo es Freie und Unfreie giebt, die persönliche Freiheit im Werthe oder in der Meinung. Wir sind Alle zum Arbeiten verurtheilt, weil bei uns Niemand zum Arbeiten verdammt ist. Vielleicht aber ist eben deswegen das Gefühl für den Werth der persönlichen Freiheit bei uns weniger scharf, die Achtung für diejenigen, welche in dem vollen Genusse dieser Freiheit sind, (oder die Achtung für den grundherrlichen Adel,) bei uns weniger lebhaft, als

22) In Grossbritannien wird das Heer noch jetzt auf die erstere Weise ergänzt. — Siehe über den Zusammenhang der Zusammensetzung des Heeres mit der Nationalwirthschaft: A. Smith, III, Bd. S. 1. ff.

bei unsern Voreltern. Die vielen Abstufungen in der Hörigkeit, welche in dem älteren deutschen Rechte vorkommen, sind ein Beweis, wie hoch unsere Voreltern die persönliche Freiheit schätzten; da sie selbst die verschiedenen Grade der persönlichen Abhängigkeit so genau von einander unterschieden.²³⁾ Doch das vorliegende System der Nationalwirthschaft bezweckt das Interesse Aller, den gemeinsamen Wohlstand. In dem Geiste dieses Systemes sind sogar die Dienstverträge zu verwerfen, welche den Diener auf eine unbestimmte Zeit oder auf die Zeit seines Lebens binden.²⁴⁾ — Endlich umfaßt die persönliche Freiheit auch das Recht, müßig zu gehn. So gefährlich auch dieses Recht für den öffentlichen und für den Privatwohlstand zu seyn scheint, so sind doch die Bedürftigkeit und die Genußliebe der Menschen eine in der Regel genügende Schutzwehr gegen diese Gefahr, wenn anders nicht der Staat selbst, (z. B. durch Armengesetze, welche den Müßiggang befördern,) dem Feinde Beistand leistet. Allerdings ist es für den Wohlstand einer Nation nichts weniger als gleichgültig, ob nach der Religion, zu welcher sich die Nation bekennt, die Zahl der Festtage groß oder

23) Jedoch hängen diese Abstufungen zugleich mit dem Verhältnisse zwischen den Grundherren und den Grundholden zusammen. — Bemerkenswerth ist, daß auch bei den Römern die Freigelassenen erst dann in verschiedene Klassen eingetheilt wurden, als das Gewicht des römischen Bürgerrechts zugenommen hatte. — Der Stolz, mit welchem z. B. in Westindien die Weissen auf die farbigen Menschen herabsehn, steht in Verhältniß mit dem Werthe, den diese auf die lichtere Farbe setzen.

24) »On ne peut engager ses services qu'à temps, ou pour une entreprise déterminée.« Code civil des Franç. Art. 1780.

gering sey u. s. w. ²⁵⁾ Doch hier binden andere Rücksichten der Regierung die Hand. (Der Güter Höchstes ist nicht Geld.) Aber so weit geht allemal das Recht, wenn auch nicht immer die Macht der Regierung, die Festtage nicht in gesetzliche Feiertage zu verwandeln.

308. In der persönlichen Freiheit ist unmittelbar die Freiheit des Auswanderns begriffen. ²⁶⁾ Mit dieser steht wieder die Freiheit der Einwanderung in Zusammenhang; ferner die Gleichheit der In- und Ausländer in Beziehung auf das bürgerliche Recht! — Indem der Staat den Ausländern gestattet, sich im Auslande aufzuhalten oder niederzulassen, indem er sie in Beziehung auf das bürgerliche Recht den Inländern gleichstellt, setzt er die Nation in den Stand, sich durch die Kapitalien oder durch den Kunstfleiß oder durch die Arbeit der Ausländer zu bereichern. Sey es auch, daß die, welche eingewandert sind, in der Folge wieder auswandern und den im Lande gemachten Gewinn mit sich nehmen, (was ihnen zu thun frei stehn muß, weil sie sonst das Land meiden würden,) die Vortheile, den ihr bisheriger Aufenthalt dem Lande gewährt hat, sind dennoch bleibend.

25) Die griechische Kirche macht noch immer von dem Julianischen Kalender Gebrauch. So geschieht es, daß die 40tägigen Fasten vor Ostern, die z. B. in Rußland sehr streng gehalten werden, nicht selten in die Zeit des Jahres fallen, in welcher der Landmann das Feld zu bestellen hat und daher nahrhafter Speisen besonders bedarf. Die Nachricht, die vor einiger Zeit in öffentlichen Blättern stand, daß in Rußland der neue oder Gregorianische Kalender eingeführt worden sey, hat sich nicht bestätigt.

26) So wie in dieser die Freiheit von einer jeden wegen des Auswanderns zu entrichtenden Steuer, von der *gabella emigrationis*.

Denn ihnen verdankt das Land die Sammlung neuer Kapitalien, vielleicht die Entstehung neuer Erwerbszweige. — Im übrigen können Auswanderungen, nach Verschiedenheit der Fälle, für den Wohlstand einer Nation eben so wohl vortheilhaft als nachtheilig seyn; denn sie können das Land eben so wohl von seiner überschüssigen Bevölkerung befreien, als ihm Kapitalisten oder brauchbare Arbeiter etc. entziehen. Jedoch, wann und wo die Auswanderung ein Uebel ist, gehört dieses Uebel zu denen, welche man eben so leicht überschätzen, als schwer verhindern kann. Wenn z. B. ein englischer Fabrikherr seine Anstalt nach Frankreich oder nach Belgien versetzt, so findet er in seinen neuen Umgebungen selten oder nie die Gelegenheiten und Hülfsmittel wieder, welche er in seinem Vaterlande benutzen konnte. Oder seine Mitwerber in England gewinnen bald durch neue Erfindungen oder Entdeckungen den Vorsprung vor ihm. Will man der Nation den Alleinhandel mit einer gewissen Art von Fabrication zusichern, so genügt es nicht, den Fabrikanten das Auswandern zu verbieten; auch der Literatur, auch dem Handel mit den Maschinen, welche zur Fabrication der Waare verbraucht werden, muß man Fesseln anlegen.²⁷⁾ Der Rechtsfrage nicht zu gedenken, welche hier absichtlich unbeachtet gelassen wird.

309. Alle die Sachen, welche nach Naturgesetzen erworben werden können, soll das Gesetz für erwerblich erklären.

27) Die englischen Fabriken baumwollener Zeuge haben an denen des Festlandes gefährliche Nebenbuhler. Aber desto mehr hat die Ausfuhr der englischen baumwollnen Garne zugenommen. Denn jene Fabriken des Festlandes beziehen gewisse Arten dieses Garnes, die sie nicht eben so gut und wohlfeil spinnen können, aus England.

Sie sollen Privateigenthum und *nur* Privateigenthum seyn oder werden können. — Es soll also nach dem Systeme der Erwerbsfreiheit 1) kein Gemeingut geben, nicht Sachen, welche das Eigenthum des Gemeinwesens, der Nation, Allen zum Gebrauche offen stehn. Jedoch sind von dieser Regel diejenigen Sachen (Grundstücke) auszunehmen, ohne deren gemeinschaftlichen Gebrauch die Mitglieder des Gemeinwesens nicht unter sich oder mit dem Auslande verkehren oder nicht in dieser ihrer Eigenschaft zusammentreten könnten; also z. B. Land- und Wasserstraßen, *) öffentliche Plätze, Gebäude für öffentliche Versammlungen. Unter besonderen Umständen kann noch die Ausnahme hinzukommen, daß sich ein gewisses Bedürfnis der Individuen nur mittelst eines Gemeingutes befriedigen läßt. Diese Ausnahme tritt z. B. nicht selten bei Quellen und Brunnen ein. Zweifelhafter ist es, ob mit demselben Grunde Nationalwaldungen vertheidigt werden können. — Eben so wenig darf nach dem Systeme der Erwerbsfreiheit 2) der Staat ein Sondereigenthum besitzen; er soll nur Steuern einnehmen und die eingenommenen Steuern wieder ausgeben. Jedoch sind von dieser Regel die Grundstücke und Brauchlichkeiten auszunehmen, welche Staatsgut seyn müssen, damit die Regierung überhaupt gleich als ein einzelner Mensch schaffen und wirken, oder damit sie den Pflichten Genüge leisten könne, welche sie gegen die Nation auf sich hat; also z. B. Regierungsgebäude, Zeughäuser, öffentliche Kunstsammlungen. Nur darüber kann gestritten werden und darüber wird gestritten, wie weit sich diese Ausnahme in einzelnen Fällen oder Beziehungen erstrecke. — Uebrigens ist

*) Vgl. den Straßen- und Wegebau. Von K. Arnd. 2te Aufl. Darmst. 1831. 8.

alles dieses auch auf die Eigenthumsrechte der im Staate bestehenden Gemeinheiten anwendbar.

310. Dem jeweiligen Eigenthümer einer Sache muß unbeschränkt das Recht zustehn, über die Sache zu verfügen, also die Sache zu veräußern oder die Gestalt derselben zu verändern. — Daher sind weder Familienfideicommissse und Majorate, noch Lehne, noch Grundzinsen, (beide Worte in ihrer weitesten Bedeutung genommen,) noch Frohnen, die auf einem Grundstücke als dingliche Lasten haften, mit dem Systeme der Erwerbsfreiheit vereinbar. Jedoch lassen sich die Dienstbarkeiten des römischen Rechts, (*quae in patiendo vel non faciendo consistunt*,) auch nach diesem Systeme rechtfertigen, da sie nach den in der Erfahrung bestehenden Verhältnissen dem Interesse des Eigenthumes sogar entsprechen ²⁸⁾ — Andererseits sollen die Gesetze Niemanden von der Erwerbung irgend einer Sache ausschließen. Es darf z. B. nach dem vorliegenden Systeme nicht Adelsgüter in dem Sinne geben, daß gewisse Güter (Grundstücke) nur von Leuten adelicher Geburt erworben werden könnten.

311. Eben so müssen die Gesetze den jeweiligen Eigenthümer einer Sache ermächtigen, diese auf eine jede mögliche und ihm beliebige Weise zu nutzen und zu gebrauchen. — Daher liegt z. B. in dem Grundeigenthume zugleich das Recht, das Wild, das sich auf dem Grundstücke befindet oder betreffen läßt, zu vertreiben oder zu erlegen, wenn auch das

28) Siehe den III. Band der vierzig Bücher vom Staate S. 138. und: Ueber die unbeschränkte Theilbarkeit des Bodens. Von H. L. v. Ulmenstein. Berlin 1827. 8.

Recht zu jagen, weil das Wild in einem gewissen Sinne Gemeingut ist, — weil also ein Nothstand eintritt, — an gewisse Bedingungen gebunden werden kann. So steht ferner den Naturalabgaben der Grund entgegen, daß sie die freie Benutzung der Grundstücke doch allemal in einem gewissen Grade erschweren. — Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die in diesem und in dem vorigen Paragraphen aufgestellten Regeln nicht den Verbindlichkeiten entgegen gehalten werden können, welche der Eigenthümer als solcher übernommen hat. Diese treffen nur den Eigenthümer für seine Person, so wie dessen allgemeine Rechtsnachfolger. Sie sind nicht Beschränkungen des Eigenthumes, nicht gegen den dritten Besitzer rechtskräftig.

312. Nach dem vorliegenden Systeme steht es einem jeden Bürger zuvörderst in *dem* Sinne frei, mit seiner Arbeit oder mit seinen Kapitalien nach Gefallen zu werben und zu erwerben, daß die Regierung sich eines jeden Gewerbes zu enthalten hat.²⁹⁾ Erwerbsfreiheit ist Freiheit des Privaterwerbes. Ueberdies aber artet ein Gewerbe, das der Staat treibt, fast immer — *de jure* oder *de facto* — in eine Erwerbsgewalt aus.³⁰⁾ — Wenn daher das Bergwerksregal oder das Salzregal, oder das Postregal, oder das Münzregal, oder das Tabacksmonopol eine Vertheidigung zuläßt, so kann

29) Derselbe Satz wird in der Lehre vom Staatshaushalte wiederholt, aber von einem andern Standpunkte aus, in Betrachtung gezogen werden.

30) Warnend ist der Zustand Aegyptens unter seinem dormaligen Herrscher. Hier kann man die Folgen, welche aus Regierungsmonopolen entstehen, im Großen kennen lernen.

diese wenigstens nicht aus dem Systeme der Erwerbsfreiheit entlehnt werden. Schon der Fruchthandel, welchen der Staat zu treiben genöthiget ist, wenn er seine Ausgaben in Geld zu bestreiten hat, seine Einnahmen aber zum Theil in Früchten erhält, ist nach diesem Systeme verwerflich. — Nach demselben Systeme aber ist der Staat weder verpflichtet noch berechtigt, irgend ein Gewerbe oder irgend eine Gewerbsunternehmung aus dem öffentlichen Schatze oder durch die Ertheilung gewisser Vorrechte zu unterstützen. *) Die Regierung darf und soll in dem Kampfe um Geld und Gut nicht Parthei nehmen, sondern nur in der Eigenschaft des Friedensrichters auftreten. Sie kann nicht Alle, also soll sie Niemanden begünstigen. (Eine Vergünstigung, die Allen widerfährt, hört auf eine Vergünstigung zu seyn.) Ueberdies giebt sich eine Regierung, welche von jener Regel abweicht, allemal den Menschen Preis, welche ihr goldne Berge von Entwürfen versprechen, die doch an sich nur Seifenblasen sind. Hiermit soll jedoch nicht der Pedanterei der Systemsucht das Wort gesprochen seyn. Vorschüsse, welche die Regierung z. B. dem Handelsstande macht, können nach Zeit und Umständen auch das vorliegende System wo nicht für sich, doch nicht gegen sich haben. War z. B. die französische Regierung zu tadeln, als sie im Jahre 1830 dem Handelsstande mit 5 Millionen *Francs*, die zu Darlehen an diesen Stand bestimmt waren, zu Hülfe kam?

313. Dieselbe Freiheit (s. die §. 312. zu Anfang aufgestellte Regel,) fordert das vorlie-

*) Patente, welche das Eigenthum an einer Erfindung sichern, sind jedoch unter dieser Regel nicht begriffen. Sie sind *juris*.

gende System auch in *dem* Sinne für einen jeden einzelnen Bürger, daß die Gesetze einen jeden zu ermächtigen haben, seine Arbeit oder sein Kapital zu einem jeden ihm beliebigen Gewerbe zu verwenden, das gewählte Gewerbe nach Gefallen zu betreiben, die getroffene Wahl in einem jeden Augenblicke zu verändern. — Nach diesem Systeme also sind z. B. Zünfte und Innungen,³¹⁾ Gewerbsordnungen, ferner Schauanstalten, in wie fern sie öffentliche Anstalten sind, (mithin auch die Censur,) und eben so Prüfungen, von welchen das Recht, einen gewissen Stand oder Beruf zu erwählen, abhängig gemacht würde, als so viele Fesseln der Erwerbsfreiheit, zu verwerfen. Wenigstens muß sich eine besondere Gefahr, eine Gefahr, die nur mit Hülfe des Staates beseitiget werden kann, nachweisen lassen, wenn es erlaubt seyn soll, eine Ausnahme von der obigen Regel zu machen.³²⁾ — Auch auf den Staatsdienst erstreckt sich jene Freiheit,

31) Die das Zunftwesen betreffenden Fragen der Nationalwirthschaftslehre sind von mehreren Schriftstellern, z. B. von Markus Mayer, von Rau, von Langsdorf, ausführlich erörtert worden. Auch abgesehn von dem Systeme der Erwerbsfreiheit kann man sich gegen das Zunftwesen schon auf die Erfahrung berufen. In Frankreich ist die Aufhebung der Zünfte im Großen und mit dem vollständigsten Erfolge durchgeführt worden. Die vornehmsten Fabrikstädte Englands sind die, in welchen es keine Zünfte giebt. Unter den Gründen, welche für die Zünfte angeführt worden sind, dürfte nur der von Gewicht seyn, daß sie der Uebervölkerung vorbeugen. Behält man sie bei, nun so muß man sich auch mit ihren Gebrechen versöhnen. Es ist eben so leicht, einen Mohren weiß zu waschen, als die Handwerksmißbräuche abzustellen.

32) Vgl. unten §. 317. — Ein solcher Grund tritt bei Apothekern, bei Aerzten und Wundärzten ein.

jedoch mit der Einschränkung, daß der Staat, wie ein jeder Dienstherr, berechtigt ist, diejenigen, welche bei ihm Dienste suchen, den geeigneten Prüfungen zu unterwerfen.³³⁾ Ueberhaupt, wenn und wo der Staatsdienst eine Erwerbsart, ein Mittel, sein Auskommen bleibend zu finden, ist, tritt er unter die Herrschaft derselben Gesetze, unter welchen eine jede Art des Erwerbes steht, oder wird die Nothwendigkeit, diese Gesetze auf ihn anzuwenden, desto einleuchtender. Hat nicht der Staatsdienst in den heutigen europäischen Staaten auch deswegen eine ganz andere Bedeutung und Organisation, als z. B. in den altgriechischen Freistaaten, weil in jenen Staaten die Staatsdiener einen besondern Stand und einen Stand, der aus der öffentlichen Kasse besoldet wird, bilden?

314. Das System der Erwerbsfreiheit stellt den Handel mit dem Auslande dem innern Handel schlechthin gleich. Für beide verlangt es die vollkommenste Freiheit. Wenn es, wie jetzt allgemein zugegeben wird, für den Nationalwohlstand vortheilhaft ist, den innern Handel frei zu lassen; so ist es eine wahre Inconsequenz, diese Freiheit nicht auf den auswärtigen Handel zu erstrecken. Ist denn, vorausgesetzt, daß die Nationen in einem schlechthin friedlichen Verhältnisse zu einander stehn, der Handel jenseits der Landesgrenze etwas anderes, als der diesseits der Grenze? — Es könnten also, zufolge der dem auswärtigen Handel, wie dem innern, zu gewährenden Freiheit, z. B. auf

33) Irgend eine andere Beschränkung der »Studienfreiheit« kann nur durch die obervormundschaftliche Gewalt gerechtfertigt werden, welche der Staat über Minderjährige auszuüben befugt ist.

die Waaren, welche aus dem Auslande eingeführt oder ins Ausland ausgeführt werden, zwar Abgaben gelegt werden; jedoch nur kraft desselben Grundes und unter denselben Bedingungen, kraft dessen und unter welchen überhaupt Abgaben gerechtfertiget werden können. Eben so sind Zollvereine zwar allemal in so fern eine Wohlthat, als sie den Handel unter den in dem Vereine begriffenen Staaten entfesseln; schlechthin aber nur dann, wenn sie auch den Handel der vereinten Staaten mit dem Auslande nur mit solchen Abgaben belasten, welche sich als Abgaben und nicht bloß als Mittel, den Kunstfleiß im Innern zu begünstigen, rechtfertigen lassen. Hat ein Staat Colonien, so hat sich das Mutterland, nach demselben Grundsätze, mit den Handelsvortheilen zu begnügen, welche ihm die Gemeinschaft der Sprache, der Gewohnheiten und Bedürfnisse ohnehin gewährt.

315. In dem Geiste der §. 307 — 314. aufgestellten Grundsätze ist das gesamte bürgerliche Recht des Staates zu fassen, ist das Verfahren in bürgerlichen Rechts-sachen zu ordnen. — Um diesen so folgenreichen Satz wenigstens mit einem Beispiele zu erläutern, will ich des Zusammenhanges gedenken, in welchem das Erbrecht mit der Erwerbsfreiheit steht. Der Tod ist die bewegende Kraft, welche die Kapitalien unaufhörlich und unaufhaltsam aus einer Hand in die andere treibt, sie gleichsam im Schweben und Schwanken erhält, das Erworbene von Zeit zu Zeit wieder ins Freie fallen läßt. Da soll nun das Erbrecht diesen ewigen Wechsel des Besitzes an eine Regel binden, welche, indem sie einerseits einem Jeden die vollste Freiheit zusichert, über sein Vermögen auf den Todesfall zu verfügen und andererseits den Nachlaß eines ohne Testament Verstorbenen

nach dessen vermuthbarem Willen vertheilt, das Eigenthumsrecht selbst der Schranken entlediget, welche ihm die Natur gesetzt hat, und zugleich jenen Wechsel in einen Bestimmungsgrund zum Erwerbe verwandelt. ³⁴⁾

316. Weiter ist es eine Pflicht des Staates, für die strenge Vollziehung der von seinen Gerichten in bürgerlichen Sachen gesprochenen Urtheile oder der sonst zur Vollziehung geeigneten Urkunden Sorge zu tragen. Zwar kann es in einzelnen Fällen für den Schuldner vortheilhaft seyn, wenn ihm Zahlungsfristen gesetzt, oder wenn seine Liegenschaften, Schulden halber, auf Zieler versteigert werden. Aber eine jede Nachsicht dieser Art schwächt allemal den Privatercredit im Ganzen. Es ist daher mehr als zweifelhaft, ob es nicht besser seyn würde, diese Abweichungen vom strengen Rechte schlechthin zu untersagen. ³⁵⁾

317. Eben so nimmt das System der Erwerbsfreiheit den *Schutz des Staates*

34) In Frankreich ist die Zahl derer, welche in die öffentlichen Versorgungsanstalten aufgenommen oder auf öffentliche Kosten beerdigt werden müssen, bedauerlich groß. — Sollte nicht wegen dieses Uebelstandes den Gesetzen Frankreichs einige Schuld in so fern beizumessen seyn, als diese einen sehr großen Theil des Nachlasses, den Kindern als Pflichttheil vorbehalten? Siehe den *Code civil*. Art. 913. Weit eher läßt sich nach den Grundsätzen der Wirthschaftslehre das englische Recht vertheidigen, wenn es weder den Kindern noch andern Verwandten einen Pflichttheil zubilliget. Wer schlechthin auf eigene Rechnung wirthschaftet, wirthschaftet in der Regel am besten.

35) Also z. B. den Art. 1244. §. 2. des *Code civil* gänzlich zu streichen.

für den Erwerb und für das Vermögen der einzelnen Bürger in Anspruch. Jedoch kann diesem Anspruche oder diesem Schutze des Staates eine Deutung oder eine Ausdehnung gegeben werden, welche mit jenem Systeme keinesweges vereinbar ist. — Kein Zweifel, daß auch nach dem Systeme der Erwerbsfreiheit der Erwerb und das Vermögen der Einzelnen gegen Gewaltthätigkeiten oder Betrügereien durch Strafen zu sichern sind. — Kein Zweifel ferner, daß der Staat, auch nach diesem Systeme, theils zum Vortheile derer, welche sich selbst zu schützen nicht im Stande sind, theils in Fällen, in welchen eine gemeine Noth nur mit gesamter Hand abgewendet oder bekämpft werden kann, von seinem Schutzrechte Gebrauch zu machen hat, sey es, daß die Gefahr in der Handlungsweise der Menschen oder in den Gesetzen, oder in einem Nothstande ihren Grund und Ursprung habe; wenn schon in einzelnen Fällen (*in hypothesis*) über die Anwendbarkeit dieser Regel gestritten werden kann. Kann man es z. B. — das System der Erwerbsfreiheit fortdauernd vorausgesetzt, — mißbilligen, wenn die Gesetze Großbritanniens die Arbeitszeit der Kinder in den Fabriken auf gewisse Tagesstunden beschränken, oder wenn dieselben Gesetze den Fabrikherren untersagen, ihre Arbeiter, statt in Geld, in Lebensmitteln oder in andern Lebensbedürfnissen zu bezahlen, ³⁶⁾ oder wenn gegen herumschweifendes

36) Diese Art der Bezahlung wird das *Truck-System* genannt. Im Jahr 1834 ist eine Parlamentsakte gegen diesen Mißbrauch erlassen worden. Sie nimmt die stärkere Parthei gegen die schwächere in Schutz. — Kann man aber mit demselben Grunde auch die Gesetze vertheidigen, welche Vertragszinsen einem Zinsfusse unterwerfen? Siehe den III. Band der vierzig Bücher vom Staate, und: *Defence of Usury. By*

Gesindel, oder wenn gegen Feuer- oder Wassergefahr von dem Staate Vorkehrungen getroffen werden? — Abgesehn von diesen Fällen, kann und soll der Staat den einzelnen Bürgern die Vorsorge für ihre Sicherheit überlassen, sich darauf beschränkend, daß er die Mittel vermehrt oder vervollkommnet, deren sie sich für diesen Zweck bedienen können.³⁷⁾ — Endlich läßt sich mit dem obigen Grundsatz auch nicht die Ansicht vertheidigen, nach welcher der Staatsverein eine allgemeine Versicherungsanstalt ist, ein Verlust also, der Einzelne durch einen Unfall trifft, auf Alle zu vertheilen seyn würde. Es muß einem Jeden freistehn, seine Gebäude oder seine Fahrnis gegen Feuersgefahr oder seine Felder gegen Hagelschlag, (wo und von wem er will,) zu versichern. Ist der Staat statt der Einzelnen vorsichtig, errichtet er z. B. eine Brandversicherungsanstalt, welcher ein jeder Hauseigenthümer beizutreten hat, so überschreitet er die Grenzen seiner Rechte.³⁸⁾ Nur in dem Sinne soll er eine Ver-

Jer. Bentham. III. Ed. Lond. 1816. 8. Vgl. Edinb. Review. Vol. 27. — De l'usure considérée dans ses rapports avec l'économie politique, la morale publique et la législation. Par Lucas. Par. 1829. 8.

37) Grund- und Hypothekenbücher. Das Notariat etc.

38) Er macht sich überdies einer Menge Ungerechtigkeiten im Einzelnen schuldig. Er muß von allgemeinen Regeln ausgehn, die gleichwohl in vielen Fällen nicht zutreffen. — Schriften: Ueber die Vorzüge der gegenseitigen Brandassecuranzen vor Prämiengesellschaften. Von Bernoulli. Basel 1827. 8. *Traité des assurances terrestres. Par H. Quérault. Par. 1828. 8.* — Die »cameralistischen« Schriftsteller der vorigen Periode haben viel Unheil gestiftet. Ihnen war die Wohlfarth — das zeitliche und ewige Wohl — der Menschen der Zweck der Staaten, der Staat Alles in Allem. Weil die Regierungen vormals zu wenig gethan hatten, verlangten nun

sicherungsanstalt seyn, dafs er einem Jeden zum Ersatze des Schadens verhilft, der ihm von Andern zugefügt worden ist, auch einem Jeden den Schaden ersetzt, den er selbst, (z. B. durch Gesetze, die in das Eigenthum der Einzelnen eingreifen,) verursacht hat.

318. Endlich ist es auch nach dem Systeme der Erwerbsfreiheit dem Staate unverwehrt, den Wohlstand der Nation mittelbar, (indirect,) d. i. ohne dafs er zu diesem Ende von Zwangsmafsregeln Gebrauch macht, zu befördern. Belobungen, Prämien, Ehrenauszeichnungen, öffentliche Ausstellungen der Kunsterzeugnisse des Landes und eine Menge anderer Mittel, die einem Jeden von selbst beifallen, stehen dem Staate für diesen Zweck zu Gebote. Doch giebt es auch Mittel, welche, obwohl dieser Art, dennoch von zweifelhaftem Werthe sind. Soll z. B. die Regierung die Waaren, deren sie bedarf, im Inlande einkaufen, wenn diese Waaren im Auslande besser oder wohlfeiler zu haben sind?

319. Alles dieses zusammengenommen, müfste die bürgerliche Gesellschaft, wenn ihr wirthschaftlicher Zustand dem Systeme der Erwerbsfreiheit entspräche, ein Bild darbieten, in welchem Alles lebte und webte, Alles sich regte und bewegte, ein Bild, auf welchem die einzelnen Gestalten und ihre Verhältnisse zu einander unaufhörlich wechselten. Auch den Staat würde dieses allgemeine Drängen und Treiben erfassen; oder vielleicht würde er von nun an nur eine untergeordnete Offenbarung des allgemeinen Lebens der Nation seyn. (Und erblickt man nicht schon jetzo in mehreren europäischen Staaten Erschei-

jene Schriftsteller zu viel von ihnen. Diese Ideen spucken noch jetzo in vielen Köpfen.

nungen, welche an diesen Zustand der Dinge erinnern?) — Man nehme ferner an, daß alle Nationen diesem Systeme huldigten, unter allen ein ununterbrochen lebhafter Verkehr bestände: da würden alle Nationen der Erde genöthiget seyn, im Werben und Erwerben, (und was stände nicht mit dem Erwerbe im Zusammenhange?) mit einander zu wetteifern. Da würde eine jede bedeutendere Veränderung, die in dem wirthschaftlichen Zustande einer einzelnen Nation vor sich ginge, von allen andern Nationen mehr oder weniger, am meisten von den nächst wohnenden, gefühlt werden. Da würde der alte Arbeitsherr, der Erdboden, eine jede einzelne Nation zu den Arbeiten verwenden, welche sie nach ihren Anlagen, nach den Erzeugnissen und Hilfsmitteln ihres Landes, am besten verrichten könnte. — Doch ist es erlaubt, diesen Träumen nachzuhängen? Oder gleicht vielleicht der Zustand von Europa schon in einem gewissen Grade jenem Bilde?

III. Das System der Erwerbsvormundschaft.

320. Obwohl das System der Erwerbsvormundschaft die mannigfaltigsten Gestalten annehmen kann und in den mannigfaltigsten Gestalten in der Erfahrung vorkommt, so ist doch nicht eine jede Abweichung von dem Systeme der Erwerbsfreiheit schon als eine Bevormundung des Erwerbes und noch weniger schon als eine eigenthümliche Form des Systemes der Erwerbsvormundschaft zu betrachten. Das System der Erwerbsfreiheit kann mit einzelnen Abweichungen von der Regel, insbesondere mit solchen bestehn, welche auf einem Nothstande beruhn. So kann oder muß während einer Hungersnoth Manches geschehn, was die Erwerbsfreiheit verletzt,

ohne dafs man diese Ausnahmen aus dem Systeme der Erwerbsvormundschaft abzuleiten hätte. Von einer Verschiedenheit der Formen dieses Systemes aber kann nur in so fern die Rede seyn, als das System auf verschiedene Zwecke berechnet werden kann und ein jeder dieser Zwecke einen eigenthümlichen, einen in die gesamte Bewirthschaftung des Nationalvermögens eingreifenden Plan zu befolgen nöthiget.

321. Das System der Erwerbsvormundschaft nähert sich in einer jeden von den Gestalten, die es annehmen kann, dem Systeme der Erwerbsgemeinschaft, wenn auch bald mehr, bald weniger. Denn es geht nicht, wie das System der Erwerbsfreiheit, von der Grundansicht aus, dafs der Erwerb einer Nation weiter nichts sey, als der Erwerb ihrer einzelnen Mitglieder, gestellt unter den Schutz des Staates. Vielmehr betrachtet es die Nation auch in Beziehung auf den Erwerb als ein Ganzes, den Staat in seiner Einheit und Abgeschlossenheit als den Zweck, den Erwerb der Nation als das Mittel, wenn es auch den einzelnen Mitgliedern des Staates noch immer diejenige Erwerbsfreiheit läfst, welche mit dem Interesse des Staates, bewandten Umständen nach, vereinbar ist. Allemaal aber mufs nach diesem Systeme ein Theil der Nation seine Erwerbsfreiheit dem Ganzen zum Opfer bringen, mufs der Staat für gewisse Erwerbszweige oder für gewisse Stände der bürgerlichen Gesellschaft und gegen die übrigen Parthei nehmen, kann er nicht die Erwerbsfreiheit Aller gleichmäfsig begünstigen. Die Gesetze Grossbritanniens hatten für das Interesse der Fabrication und für das des auswärtigen Handels Parthei genommen. Da kamen die Landeigenthümer und sprachen: Was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig! Sind jene Erwerbsarten begünstiget, so gebührt dem Landbaue ebenfalls Begünstigung. Und sie erlangten

die Kornbill! Nun erhoben aber die Fabrikherren und die Fabrikarbeiter und mit ihnen die Kaufleute ein Klaggeschrei, (und dieses Klaggeschrei ertönt fortdauernd,) entgegnend: Indem das Gesetz auch die Landeigenthümer begünstiget, nimmt es die Gunst zurück, die uns bisher widerfuhr. Seitdem die Kornbill die Fruchtpreise und mithin den Arbeitslohn gesteigert hat, kann der inländische Fabrikant nicht mehr mit dem auswärtigen Preis halten, oder er ist genöthiget, Menschenarbeit durch Maschinenarbeit entbehrlich zu machen, d. i. die Fabrikarbeiter zu Tausenden ausser Brod zu setzen. Haben die Landeigenthümer vormals gelitten, so sind jetzo wir der leidende Theil. (Die Klage ist vollkommen gegründet. Aber wo liegt das Heilmittel? Nur in der Erwerbsfreiheit!)

322. Dieses vorausgesetzt, dürften sich die verschiedenen möglichen Formen des Systemes der Erwerbsvormundschaft auf folgende drei Grundformen zurückführen lassen: Die Bevormundung des Erwerbes kann entweder 1) das Interesse der Staatsverfassung oder 2) das wirthschaftliche Interesse (die Geldmacht) der Regierung, wenn und in wie fern dieses Interesse, zufolge der in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse, von dem wirthschaftlichen Interesse der Nation verschieden ist,³⁹⁾ oder 3) das wirthschaftliche Interesse der Nation, diese in Verhältniß zu andern Nationen betrachtet, zum Zwecke haben.⁴⁰⁾ —

39) Ich werde dieses Interesse der Regierung in der Folge, um Worte zu sparen, das Privatinteresse der Regierung nennen.

40) Eben so werde ich dieses Interesse das auswärtige Interesse der Nation nennen.

Man sieht leicht, dafs nur die dritte Grundform im Allgemeinen dargestellt und beurtheilt werden kann. Die beiden ersten setzen schon gewisse bestimmte Thatsachen und Verhältnisse voraus, von welchen ihre Ausbildung so wie ihr Werth abhängt. (Daher wird über den Werth dieser beiden Grundformen schon in dem vorliegenden Hauptstücke das Erforderliche bemerkt werden.)

A) Von der Bevormundung des Erwerbes in dem Interesse der Staatsverfassung.

323. In dieser Gestalt lag das System der Erwerbsvormundschaft einst der Nationalwirthschaft der Spartaner zum Grunde. Lykurg wollte durch seine Anordnungen die Spartaner nicht zum Erwerben antreiben, sondern sie vom Erwerben abhalten; er wollte den Waarentausch mit dem Auslande nicht befördern, sondern möglichst verhindern. Die Spartaner sollten ein Heldenvolk seyn; ein jeder einzelne Spartaner sollte dem Bilde eines homerischen Helden gleichen. Darum fürchtete Lykurg den Durst nach Reichthümern, die Liebe zum Genusse. Darum ging sein Plan dahin, einem jeden Bürger ein zwar genügendes, doch mässiges Besitzthum zu verschaffen, alle Spartaner den Vermögensumständen nach gleichzustellen, alle diese Verhältnisse zu verewigen. Die gleiche Vertheilung der Ländereien, die gemeinschaftlichen Mahlzeiten, das aus Eisen geprägte Geld, diese und mehrere andere Einrichtungen waren insgesamt auf die Ausführung jenes Planes berechnet.⁴¹⁾

41) Siehe Manso's Sparta. *Plutarchi Lykurgus* und dessen *Agis* und *Kleomenes*. (Des Unterschieds zwischen den Spartanern und den Lacedämoniern habe ich hier um des-

Dieser grofse Gesetzgeber des Alterthumes scheint sich auch in Beziehung auf die Nationalwirthschaft die Gesetzgebung der Kretenser zum Muster gewählt zu haben.⁴²⁾ Denselben Ansichten von der Gefährlichkeit des Reichthumes und des Luxus huldigten die griechischen Weltweisen;⁴³⁾ nicht sowohl durch das Ansehn der spartanischen Gesetzgebung bestimmt, als weil ihnen überhaupt der Bürger mehr, als dessen Habe, galt.

324. Eben so berechnete ein anderer nicht minder grofse Gesetzgeber des Alterthumes, Moses, seine das Nationalvermögen betreffenden Gesetze und Einrichtungen auf das Interesse der Verfassung. Nicht den Handel begünstigen die mosaischen Gesetze; Moses verbot sogar den Israeliten, einander Geld auf Zinsen zu leihen. Eben so wenig kennen diese Gesetze den Stand der Handwerker als einen besondern Stand; sondern darauf ist der Plan der mosaischen Gesetzgebung berechnet, dafs alle Israeliten, die vom Stamme Levi allein ausgenommen, Grundeigenthümer und Landbauer seyn sollen. Die Verfassung vereinigte in sich, auf eine eigenthümliche Weise, die Theokratie und die Demokratie; die Volksgemeinde bestand aus den einzelnen Grundeigenthümern. Zwar ging Moses nicht so weit, dafs er, wie Lykurg, für ewige Zeiten auf die Gleichheit der Grundloose Bedacht genommen hätte. Wohl

willen nicht gedacht, weil er für diesen Theil der Gesetzgebung kaum von Bedeutung war.)

42) Siehe *Aristot. Polit. I, 7.* — Auf der Insel Kreta scheint es sogar nur einen *Ager publicus* gegeben zu haben, der von Leibeigenen bestellt wurde. Siehe Ebend. und Manso's Sparta. I. Bd. II. Thl. Siebente Beilage.

43) Siehe *Plato de rep. lib. III. IV.* Ebend. *de legibus. lib. VIII.* *Arist. Polit. I, 4.*

aber sorgte er dafür, daß die Grundstücke auf die Dauer bei demselben Geschlechte blieben. ⁴⁴⁾

325. In den Monarchien oder Aristokratien, in welchen das Volk auf eine väterliche Weise geleitet wird, erstreckt sich diese Leitung fast unausbleiblich auch auf die Bevormundung des Erwerbes, ist diese Erwerbsvormundschaft zugleich eine Hauptstütze der Verfassung. — In keiner Verfassung dieser Art erstreckt sich wohl diese Vormundschaft so weit, als in der chinesischen Verfassung. Da werden z. B. die Landeigenthümer zur Bestellung ihrer Felder durch Strafen angehalten; da ist es den Handwerkern und Künstlern bei Strafe untersagt, von den gesetzlichen Formen und Mustern abzuweichen; da werden die Waarenpreise von Staatswegen bestimmt. ⁴⁵⁾

326. Wenn und in wie fern das System der Erwerbsvormundschaft in einem gegebenen Falle durch das Interesse der Staatsverfassung bedingt ist, hängt der Werth dieses Systemes theils von der Nothwendigkeit oder von dem Werthe der Verfassung, auf welche es berechnet ist, theils von der näheren

44) Nach Lykurgs Gesetzgebung erhielten die Spartaner, welche nicht als Erben zu einem Grundstücke gelangten, ihr Loos aus dem Gemeindelande, *ex agro publico*. Nicht so nach dem mosaischen Rechte. Eben so ist das mosaische Erbrecht von dem spartanischen wesentlich verschieden. Uebrigens gehört die mosaische Gesetzgebung zu den so seltenen, welche allein den Ackerbau begünstiget haben. — Vgl. J. D. Michaelis mosaisches Recht. §. 38. ff. §. 73. 74. 78. 156.

45) *Ta — Tsing — Leu — Lee ou les lois fondamentales du Code pénal de la Chine*. Aus dem Chinesischen ins Englische übersetzt von G. Th. Staunton und aus dem Englischen ins Französische von Felix Renouard de Sainte Croix. Par. 1812. II. Tom. 8. Siehe I^{re} Divis. Sect. 97. III^{me} Divis. Sect. 153. 156.

oder entfernteren Verbindung ab, in welcher das Mittel mit seinem Zwecke steht. Als die Spartaner im Genusse des Sieges, den sie im peloponnesischen Kriege davon getragen hatten, der alten Genügsamkeit vergaßen, den Reiz des neuen Reichthumes kennen lernten, als der Ephorus Epitades das Gesetz erwirkte, daß es einem Jeden frei stehn solle, über seinen Nachlaß zu verfügen: ⁴⁶⁾ da ging mit der bisherigen Gleichheit der Vermögensumstände auch die Verfassung unwiderbringlich zu Grunde. Die Israeliten, aus ihrem Wohnlande vertrieben, haben dennoch ihr Gesetz zu retten vermocht.

B. Von der Bevormundung des Erwerbes in dem Privatinteresse der Regierung.

327. In dieser Gestalt kommt das System der Erwerbsvormundschaft z. B. so vor, daß ein Volk, welches das Land eines andern Volkes erobert hat, die Besiegten für sich arbeiten läßt. — Das altpersische Reich wurde von einem Bergvolke gestiftet. Die Sieger, ein stehendes Heer, wurden in die einzelnen Provinzen des Reichs verlegt, von welchen sie unterhalten werden mußten. Die Abgaben, (welchen nur die Besiegten unterworfen waren,) bestanden in Lieferungen. ⁴⁷⁾ — Auf eine ähnliche Weise stellte sich das Lehenssystem in England, (unter William dem Eroberer und unter seinen nächsten

46) Aus Haß gegen seinen Sohn. *Plutarchi Agis und Kleomenes* zu Anfang.

47) Siehe Heeren's Ideen über die Politik und den Handel der vornehmsten Völker des Alterthumes. — *Essai historique sur la législation de la Perse etc. Par Gaudin. Par. 1789. 8.*

Nachfolgern,) im Königreiche Jerusalem, in Neapel und Sicilien. Anderwärts, z. B. in Frankreich, in Deutschland, gehörte dieses System mehr zu denen, welche die Freiheit des Erwerbes in dem Interesse der Verfassung beschränken.

328. Ein anderes Beispiel, wie das Privatinteresse der Regierung zu einer eigenthümlichen Bevormundung des Nationalerwerbes führen kann, liefert die Geschichte der Staaten deutschen Ursprungs während des Mittelalters. Die Regierungen jener Staaten begünstigten damals fast ohne Ausnahme das Emporkommen der Städte. Nicht als ob sie die Idee einer Nationalwirthschaft gefaßt hätten. Zu dieser Idee erhoben sie sich erst später und zwar so, daß sie das wirthschaftliche Interesse der Städte mit der Zeit in das der Nation verwandelten. Sondern während des Mittelalters begünstigten sie die Städte, d. i. die Fabrikation und den Handel nur deswegen, weil die Städte williger und reichlicher steuerten, als das Land; weil die Regierungen des Beistands der Städte, als eines Gegengewichts gegen die Aristokratie, bedurften.

329. Zur Beurtheilung dieser und ähnlicher Fälle hat man nicht die Grundsätze der Nationalwirthschaftslehre anzuwenden. Die Mafsregeln, welche eine Regierung in ihrem Privatinteresse zur Bevormundung des Erwerbes ergreift, sind zu billigen oder zu mißbilligen, je nachdem der Zweck zu billigen oder zu mißbilligen ist. Indem in den deutschen Staaten die Regierungen das Interesse der Städte zu dem ihrigen machten, trugen sie zu dem Gelingen des Planes bei, welchen der Bürgerstand jener Staaten, anfangs schüchtern und einseitig, dann muthiger und consequenter, verfolgte, die gemeine Freiheit und die Einheit der Nation wiederherzustellen. Was einst in

den Staaten deutschen Ursprungs geschah, geschieht jetzo in Rußland oder wird jetzo in Rußland versucht.

C. Von der Bevormundung des Erwerbes in dem auswärtigen Interesse der Nation.

330. Der Plan, den Erwerb einer Nation in ihrem auswärtigen Interesse zu bevormunden, kann auf zwei einander zwar verwandte, aber dennoch von einander wesentlich verschiedene Zwecke berechnet seyn. Entweder kann bei diesem Plane der Zweck nur der seyn, die Nation in Beziehung auf ihren Erwerb und mithin in Beziehung auf ihren Wohlstand von dem Auslande möglichst unabhängig zu machen; oder der Plan kann noch überdies darauf gerichtet seyn, die Nation auf Kosten anderer Nationen zu bereichern.⁴⁸⁾ In seiner Beziehung auf den ersteren Zweck ist der Plan ein Vertheidungssystem; in seiner Beziehung auf den letzteren Zweck ist er ein System des Angriffs. (Zwar scheint noch ein dritter Fall denkbar zu seyn. Es kann eine Regierung dem Handel mit dem Auslande auch zu dem Ende Fesseln anlegen, damit sie andere Regierungen nöthige, den auswärtigen Handel der Fesseln zu entledigen, mit welchen ihn diese Regierungen belastet haben. Allein dann ist das Streben der Regierung auf Erwerbsfreiheit gerichtet. Die Bevormundung des auswärtigen Handels ist nur eine vorübergehende Maßregel; die Regierung führt nur, um einen Angriff von sich abzuwehren, einen Angriffs-

48) Nicht immer wird diese Verschiedenheit der Fälle von den Schriftstellern gehörig herausgehoben. Man spricht gewöhnlich nur, nach dem Vorgange A. Smith's, von dem sogenannten Handels- oder Commercialsysteme.

krieg. Uebrigens ist diese Mafsregel nicht ihren Folgen nach ein besonderes System.)

331. Das erstere System — das System der möglichsten Ausschliessung der Waareneinfuhr — geht, streng genommen, von dem Grundsatz aus: Alles, was eine Nation selbst produciren und fabriciren kann, soll sie nicht aus dem Auslande beziehen, sondern selbst produciren oder beziehungsweise fabriciren. Die Mittel, welche eine Regierung anwenden kann und beziehungsweise anzuwenden hat, um dieses System in Vollziehung zu setzen, sind bekannt. Sie hat z. B. die Einfuhr aller der Waaren, welche im Inlande producirt oder fabricirt werden können, entweder schlechthin zu verbieten oder mit Zöllen zu belegen, welche so hoch sind, dafs der auswärtige Producent nicht mit dem inländischen Preis zu halten vermag. Sie hat ferner die In- oder Ausländer, welche das Land mit einem neuen Gewerbe bereichern, oder neue Erwerbsvorthelle dem Lande zuwenden wollen, durch die Verleihung der etwa erforderlichen Vorrechte, so wie durch andere Vergünstigungen zu unterstützen. Sie hat sogar diejenigen Gewerbsunternehmungen, welchen, so vortheilhaft sie auch sind, dennoch die Unterthanen aus Mangel an Kapital nicht gewachsen sind, auf eigene Kosten zu machen; z. B. ein Landgestütte anzulegen, Schaafte einer edleren Rasse aus dem Auslande kommen zu lassen, Fabriken, besonders solche, die ein grosses Kapital erfordern, selbst zu errichten.⁴⁹⁾ Die Blüthe oder die Krone dieses Systemes war das Continentalsystem. Eine

49) Die Geschichte der Nationalwirthschaft liefert eine gute Anzahl von Sonderbarkeiten, zu welchen die Regierungen durch dieses System verleitet worden sind. (Der Seidenbau in Deutschland. Die Runkelrübenzuckerfabriken etc.)

Folgerung aus demselben Systeme ist das Colonialsystem der europäischen Seemächte, weil und in wie fern es die Colonien auf den Handel mit dem Mutterlande beschränkt. ⁵⁰⁾ — Uebrigens sind die Grundsätze des vorliegenden Systemes nur bedingungsweise gültig. Bei der Anwendung dieses Systemes kommt Alles auf Zeit und Umstände an; da ist Alles Kunst oder Künstelei. *Naturam furca expellas, tamen usque recurret!* (Dasselbe gilt von der Form des Systemes der Erwerbsvormundschaft, von welchem im folgenden Paragraphen die Rede seyn wird.)

332. Das andere System — oder das System des der Nation im auswärtigen Handel zu verschaffenden Uebergewichts — geht von dem Grundsatz aus: Soll eine Nation reich werden, so muß der Geldwerth der Waaren, die sie aus dem Lande ausführt, den Geldwerth der Waaren, die sie in das Land einführt, übersteigen, oder, wie man sich auszudrücken pflegt, so muß sie die Handelsbalance für sich haben. Ganz so wird ein Producent reich, wenn er viel Geld einnimmt und wenig ausgiebt, oder ein Kaufmann, wenn er wohlfeil einkauft und theuer verkauft. — Dieses System beschränkt zwar eben so, wie das vorige, die Waareneinfuhr. Denn wie könnte eine Nation zu einer ihr vortheilhaften Handelsbalance gelangen, wenn sie vieler ausländischen Waaren bedürfte? Jedoch beschränkt es zuvörderst diese Regel. Denn es begünstiget vielmehr die Einfuhr solcher Waaren, welche, sey es unverändert oder sey es in einer veränderten Gestalt, mit Vorthail wieder ausgeführt werden können. (Es begünstiget, mit andern Worten,

⁵⁰⁾ Siehe oben den II. Bd. der vierzig Bücher vom Staate. S. 46.

theils den Zwischenhandel, theils die Einfuhr der rohen Stoffe, welche im Lande verarbeitet, als Fabrikate zu einem höheren Preise im Auslande abgesetzt werden können.) Sodann aber macht dieses System von einigen besondern Mitteln Gebrauch, welche unmittelbar die Begünstigung der Ausfuhr bezwecken; als da sind z. B. Prämien, welche auf die Ausfuhr gesetzt werden, Zollfreiheiten, deren der inländische Schiffer vor dem auswärtigen genießt, Handelsverträge, durch welche die Regierung für ihre Unterthanen gewisse Monopolien oder andere Handelsvorthelle im Auslande zu erlangen sucht. ⁵¹⁾

333. Diese Form des Systemes der Erwerbsvormundschaft (§. 332.) war auch auf die neuesten Zeiten das *Non plus ultra* oder das höchste Gut der europäischen Handelspolitik. Sie hat auch jetzo noch ihre Freunde und Vertheidiger. ⁵²⁾ Da ihr jedoch eine auffallend irrige, eine schon oft in ihrer Unhaltbarkeit dargestellte Ansicht von der Natur des Geldes zum Grunde liegt, so würde man sich die Mafsregeln, durch welche einige Staaten, (die vereinigten Staaten Nordamerika's, Rußland,) die Einfuhr ausländischer Waaren erst in den neuesten Zeiten erschwert haben,

51) In dem letzt verflossenen Jahrhunderte war es der Triumph eines Diplomaten, einen Handelsvertrag abzuschliessen, welcher seine Nation gegen die andere in Vortheil stellte. (*Quantum est in rebus humanis inane!*) Berühmt ist der *Assiento*-Vertrag zwischen Großbritannien und Spanien vom Jahr 1713.

52) Sie wird z. B. in folgenden Schriften vertheidiget: Der geschlossene Handelsstaat. Von Fichte. Tübingen 1800. 8. (Ein Versuch, das sogenannte Handelssystem sogar als ein Rechtssystem zu begründen.) — *Analyse raisonnée des principes fondamentaux de l'écon. polit.* Par J. Dutens. Par. 1804. 8. Siehe auch oben die Einleitung. Anm. 35. (Von Gülich.)

mit Mühe erklären können, wenn nicht dieselben Mafsregeln eben so wohl nach der andern Form des vorliegenden Systemes (§. 331.) gerechtfertiget werden könnten. Aus einer Verschanzung vertrieben zieht sich der Feind in die andere zurück.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Zur Beurtheilung der Systeme der Nationalwirthschaft.

334. Aus den schon oben (§. 304. 322.) angeführten Gründen wird in dem vorliegenden Hauptstücke nur auf die Prüfung des Systemes der Erwerbsfreiheit so wie desjenigen Systemes der Erwerbsvormundschaft, welches auf das auswärtige Interesse der Nationen berechnet ist, eingegangen werden. Ueberdies wird auch das letztere nur in der Form beurtheilt werden, in welcher es den Erwerb einer Nation, um ihn von andern Nationen unabhängig zu machen, bevormundet. In seiner andern Form, in welcher es die Nation auf Kosten anderer Nationen zu bereichern beabsichtigt, ist es schon oft genug geprüft und widerlegt worden. In der That, wenn das Geld nur eine Brauchlichkeit, wie eine jede andere Brauchlichkeit ist, wenn der Waarentausch oder der Handel im Großen nur dadurch bereichert, daß er gegen gewisse Brauchlichkeiten zu dem Besitze von Brauchlichkeiten einer andern Art verhilft: so kann jenes System in dieser Form unmöglich haltbar seyn. Das Metallgeld ist

eine Waare, welche man, (ausgenommen durch Papiergeld,) nicht einmal aus dem Lande vertreiben kann, wenn man sie auch aus dem Lande vertreiben wollte; es ist ein Kunstwerkzeug, welches besser durch ein wohlfeileres ersetzt würde. Uebrigens ist mir in ganz Europa kein Finanzminister (oder Staatshaushalter) bekannt, welcher des Rechnens so wenig kundig wäre, dafs er die Handelsbalance gegen sich hätte. Wo soll denn der Reichthum am Ende herkommen?

335. Wenn in einem Rechtsstreite Beweis zu führen ist, so betrachtet der Richter die Frage: Wem liegt die Beweislast ob? billig als die Vorfrage. Auch was den vorliegenden Standpunkt betrifft, — ob das System der Erwerbsfreiheit oder das der Erwerbsvormundschaft den Vorzug verdiene, ⁵³⁾ — ist diese Frage billig die Vorfrage. Die Vertheidiger der Erwerbsfreiheit behaupten nur so viel, dafs es, ungeachtet die menschliche Gesellschaft in Nationen gespalten sey, bei den allgemeinen oder den Naturgesetzen des Erwerbes sein Bewenden behalte, dafs das Verhältnifs unter Nationen dem unter einzelnen Menschen schlechthin gleichstehe, dafs die Menschen Staatsvereine gestiftet haben, nicht um mit einander gemeinschaftlich zu erwerben, sondern nur um sich eines gemeinen Schutzes für ihren Privaterwerb zu versichern. Die Gegner also müssen entweder andere allgemeine Gesetze, als die oben in der allgemeinen Wirthschaftslehre gefundenen, für den Erwerb aufstellen, oder aber behaupten, dafs die

53) Unter dem Systeme der Erwerbsvormundschaft wird in diesem Hauptstücke nur diejenige Form dieses Systemes verstanden werden, auf welche die vorliegende Untersuchung im 334sten Paragraphen beschränkt worden ist.

Gültigkeit der obigen Gesetze im Staate und durch den Staat beschränkt oder aufgehoben wird. Sollte ihnen nun nicht, unter der einen und unter der andern Voraussetzung, der Beweis aufzuerlegen seyn? — Jedoch, hiervon abgesehn, soll die Untersuchung in dem folgenden so geführt werden, daß beide Systeme, das der Erwerbsfreiheit und das der Erwerbsvormundschaft, zuvörderst im allgemeinen, — also, daß der Erwerb und eben so der Staatsverein nur seinem Wesen nach in Betrachtung gezogen wird, — sodann aber mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, welche in der Erfahrung auf die Anwendbarkeit dieser Systeme Einfluß haben können, mit einander verglichen werden.

336. Im Allgemeinen nun, d. i. abgesehn von besondern Umständen und Verhältnissen, kann man erstens behaupten, daß es, um den Wohlstand einer Nation, als einer Gesamtheit, zu begründen und zu befördern, genüge, wenn der Staat das System der Erwerbsfreiheit befolgt. — Zum Erwerben brauchen die Menschen eben so wenig angespornt oder genöthiget zu werden, als zur Fortpflanzung ihres Geschlechts. Sie vermehren ihre Habe und sich selbst, wenn ihnen nur keine Hemmnisse und Hindernisse im Wege stehn. Ja, unter beiden, dem Geschlechts- und dem Erwerbstriebe, ist sogar der letztere der mächtigere Trieb. Denn er wird durch den ersteren selbst, so wie durch den Trieb der Selbsterhaltung, unaufhörlich angeregt. Fast immer ist die Zahl derer, welche leben wollen, größer, als die Zahl derer, welche leben können. — Eben so wenig bedürfen die Menschen eines Vormundes, der sie von der Art unterrichte, wie sie bei dem Erwerbe ihres Privatinteresses am besten wahrnehmen können. Wenn auch darüber gestritten

werden kann, ob nicht die Mehrzahl der Menschen in Beziehung auf ihre geistigen Interessen unter eine vormundschaftliche Leitung zu stellen sey, was den Erwerb betrifft, sind in der Regel alle Menschen höchst speculative Köpfe. Da hängt überdies der Erfolg von dem inneren Berufe, von der Lust und Neigung, ab. — Nur der Grund also bleibt für das System der Erwerbsvormundschaft übrig, daß die einzelnen Menschen, so sehr sie auch geneigt und so gut sie auch im Stande seyn mögen, in ihrem Privatinteresse zu werben und zu erwerben, dennoch in diesem ihrem Streben des Interesses der Gesamtheit uneingedenk seyn können und werden; daß also, wenn man den Erwerb der einzelnen Menschen seinem eigenen Laufe überlasse, zwar der Privatwohlstand fortschreiten, der Nationalwohlstand aber zurückgehen könne und werde. Die Antwort auf diese Einwendung, (wenn sie anders nicht das als erwiesen voraussetzt, was erst zu erweisen wäre,) ist die: Allerdings sorgen die einzelnen Bürger, indem sie mit ihrer Arbeit oder mit ihren Kapitalien werben, nur für sich und nicht für das Ganze. Allerdings ist die eine Art der Production an sich, d. i. in Beziehung auf den Gebrauchswerth der Producte für die Nation vortheilhafter als die andere, z. B. der Ackerbau in diesem Sinne vortheilhafter, als die Fabrikation.⁵⁴⁾ Aber, indem der einzelne Bürger nur für sich sorgt, oder nur für sich zu sorgen glaubt, muß er zugleich auf das Gemeinbeste, muß er zugleich auf den relativen Gebrauchswerth der Brauchlichkeiten Bedacht nehmen. Denn der Tauschwerth der Brauchlichkeiten, die er producirt oder

54) Doch dasselbe gilt von der Production auch dann, wenn man die Menschen vereinzelt (isolirt,) oder in ihrem Verhältnisse zur menschlichen Gesellschaft überhaupt betrachtet.

produciren hilft, wird durch die gemeine Meinung, so wie diese durch den relativen Gebrauchswerth der Brauchlichkeiten bestimmt. Den Tauschverkehr vorausgesetzt, ist der Erwerb der Einzelnen seinem Wesen nach eine öffentliche Angelegenheit, bedingt durch einen Kampf, an welchem Alle Theil zu nehmen genöthiget sind, durch einen Kampf, in welchem die Gesamtheit der Bedürfnisse und die Gesamtheit der ihrer Begehrenden über den Vortheil der Einzelnen entscheidet.

337. Nun würde zwar zur Widerlegung des Systemes, nach welchem der Erwerb der Einzelnen in dem Interesse des Nationalwohlstandes einer Staatsvormundschaft zu unterwerfen ist, schon das hinreichen, daß es einer solchen Vormundschaft nicht bedarf, um den Vortheil der Einzelnen mit dem der Nation in Uebereinstimmung zu setzen. Aber noch mehr! Es ist für den Nationalwohlstand zweitens sogar nachtheilig, wenn der Staat in das freie Spiel des Erwerbstriebes leitend eingreift. — Denn dieses Eingreifen steht zuvörderst mit dem Grundsatz in Widerspruch, auf dessen Anwendung die Fortschritte vorzugsweise beruhen, durch welche sich der Mensch aus dem Zustande der Thierheit herausgearbeitet hat, — mit dem Grundsatz der Vertheilung der Arbeiten. Das System der Erwerbsvormundschaft läuft am Ende darauf hinaus, daß eine jede Nation allen ihren Bedürfnissen durch ihre eigene Production genügen, daß also die Vertheilung der Arbeiten im Großen, d. i. in wie fern sie auf der Verschiedenheit der Landesgelegenheit oder auf der Verschiedenheit der Anlagen und Geschicklichkeiten der Nationen beruht, gehemmt oder eingestellt werden soll. — Nun kann man zwar einwenden, daß das System gerade in dem Geiste dieses Grundsatzes arbeite, indem es bei der Nation, bei welcher es eingeführt wird, die Ent-

stehung neuer und selbstständiger Gewerbe veran-
 lasse etc. Aber die Vertheilung der Arbeiten ist nur
 dann für eine Nation (und überhaupt) vortheilhaft,
 wenn sie aus dem wirthschaftlichen Zustande der
 Nation selbst hervorgeht; und sobald sie dem wirth-
 schaftlichen Interesse der Nation entspricht, macht
 sie sich von selbst. So lange z. B. der Ackerbau alle
 Hände und Kapitalien in Anspruch nimmt, ist es für
 das wirthschaftliche Interesse der Nation nichts we-
 niger als vortheilhaft, wenn die Arbeit und die Kapi-
 talien der Nation der Fabrikation künstlich zuge-
 wendet werden. (Schon oft ist dieser Grund gegen
 den neuen Zolltarif der vereinigten Staaten Nord-
 amerika's geltend gemacht worden.) So lange die
 Nation nicht für die Production und Fabrikation der
 Hände und Kapitalien genug hat, wird es vortheilhaft
 für sie seyn, wenn ihr Handel mit dem Auslande
 durch fremde Kaufleute vermittelt wird. (Man denke
 sich einen einzelnen Wirthschafter, und man kann
 auch durch sein Beispiel diese Sätze bestätigen.) —
 Aus denselben Gründen verletzt das System der Er-
 werbsvormundschaft zugleich das Interesse der Ver-
 zehrer, also ein Interesse, welches der endliche
 Zweck der gesamten Wirthschaftslehre ist und seyn
 soll. Allemal hat die Anwendung dieses Systemes
 eine Vertheuerung der Waaren zur Folge; theils un-
 mittelbar, d. i. was die Waare betrifft, deren Pro-
 duction im Laude begünstiget wird; (denn wer würde
 diese Waaren aus dem Auslande beziehen, wenn sie
 im Inlande eben so gut, oder eben so wohlfeil zu
 haben wären?) theils mittelbar, d. i. auch was andere
 Erzeugnisse des inländischen Arbeitsfleisses betrifft,
 indem es auch in Ansehung dieser die Parthei des
 Angebotes vermindert. Mit einem Worte, dieses
 System ist eine neue Auflage der Fastengesetze der
 katholischen Kirche! — Noch mit einer andern und

mit einer noch gefährlicheren Ausgabe bedroht dieses System die Nation. Es hat fast unausbleiblich eine erkünstelte Zunahme der Bevölkerung zur Folge. Und gerade die Volksmasse, welche sich unter dem Schutze dieses Systemes unverhältnißmässig zu vermehren pflegt, ist nicht der erwünschteste Theil der Bevölkerung. Abhängig, nicht nur von ihren Arbeitsherren, sondern nicht selten auch von den Launen des Geschmacks, arm, in ihren Ansichten beschränkt, meist körperlich schwach, weil zu einer sitzenden Lebensart verurtheilt, sind die Fabrikarbeiter oft eine Geisel, und noch öfter eine Last für den Staat. — Endlich, Wohlstand kann nur aus einem Wettkampfe unter den Menschen hervorgehn. Es ist aber mehr als sonderbar, wenn man zu jenem den Grund zu legen glaubt, indem man diesem ein Ende macht. Gleichwohl ist das die unausbleibliche Folge des Systemes der Erwerbsvormundschaft. (Hat denn in Frankreich der Ackerbau und die Viehzucht die geweissagten Fortschritte gemacht, seitdem die Regierung die Einfuhr der Brodfrüchte und die des Schlachtviehes so unbillig hoch besteuert hat? — Sachsen wurde durch die Sorge für die Leipziger Messe, die Schweiz durch ihre politischen Verhältnisse verhindert, mit der wirthschaftlichen Weisheit der Nachbarn Schritt zu halten. Sind diese Länder verarmt? ihre Fabriken in Verfall? oder leiden sie nur an dem Uebel, daß ihre Gewerbsleute die Hände nicht in den Schoß legen dürfen?)

338. Also, — das Resultat, das sich aus diesen Vordersätzen (§. 336. 337.) ergiebt, — wenn auch eine Nation reich werden kann, trotz dem, daß ihre Regierung das System der Erwerbsvormundschaft befolgt: so kann doch keine Nation dadurch reich werden, daß ihre Regierung diesem Systeme folgt, und so würde sie doch, alles Andere gleichgesetzt,

zu einem noch größeren Wohlstande gelangt seyn, wenn ihre Regierung dieses System nicht befolgt hätte, oder, wegen besonderer Umstände und Verhältnisse, zu befolgen genöthiget gewesen wäre. Wie gebieterisch auch diese Umstände und Verhältnisse seyn oder gewesen seyn mögen, allemal verursacht dieses System, wo es in Anwendung gebracht wird, der Nation einen Aufwand, welcher ihr nie vollständig ersetzt wird. Man lasse sich nicht durch die Resultate täuschen, welche dieses System zu gewähren scheint. Allerdings entstehn unter dem Schutze desselben neue Gewerbe und Fabriken im Lande. Aber diese neuen Erwerbszweige nähren sich nur von einer Steuer, welche der Nation auferlegt wird. Und auf wem lastet diese Steuer? Hauptsächlich auf dem Grundeigenthümer. Die Kapitalisten können ihre Kapitalien in den künstlich hervorgerufenen Gewerben und Fabriken anlegen, die Arbeiter in denselben Beschäftigung finden. Die Grundeigenthümer können sich an Niemanden erholen. Sie müssen überdies die Kapitalien, deren sie zur Bewirthschaftung ihrer Grundstücke bedürfen, höher verzinsen, die Arbeiter, die sie anstellen, theurer bezahlen. Diese Behauptung beruht nicht etwa bloß auf allgemeinen Gründen oder Erfahrungsgesetzen. Wie ist es den europäischen Regierungen gelungen, die Grundherren, (den Landadel,) in die Abhängigkeit zu versetzen, deren sie, stolz auf ihren Reichthum, vergessen hatten? So ist es ihnen gelungen, daß sie, in der Begünstigung der Städte, das System der Erwerbsvormundschaft, wenn auch nur in einem beschränkten Umfange, in Anwendung brachten. Wenn sie auch, indem sie dasselbe System fortdauernd, ja noch vollständiger, als ehemals, durchführen, jetzt noch nicht mehr denselben Nebenzweck verfolgen oder verfolgen sollten, für das Grundeigenthum oder für

die Grundrente muß dennoch das Resultat dasselbe seyn. In dem großen Kampfe, welcher Europa entzweit, in dem Kampfe zwischen dem aristokratischen und dem demokratischen Principe, spielt das System der Erwerbsvormundschaft zwar eine stumme, aber vielleicht die Hauptrolle. ⁵⁵⁾ (Ich würde hinzusetzen: *Hear him! hear him!* wenn ich nicht selbst spräche.) — Uebrigens versteht es sich von selbst, daß dieses System, nach der Verschiedenheit der Fälle, auf den Nationalwohlstand bald mehr bald weniger nachtheilig einwirkt, daß der Aufwand, den es einer Nation verursacht, bald mehr bald weniger unproductiv ist. Große Staaten können, wie starke Körper, auch in dieser Beziehung mehr ertragen, als kleine. Eine Nation, welche sich bisher vorzugsweise mit der Production (in der engeren Bedeutung) beschäftigt hat, leidet durch die Einführung dieses Systemes am meisten. Eine jede Nation, deren Vermögen nach diesem Systeme bewirthschaftet wird, hat den Krieg doppelt zu fürchten. Wenn der Feind die Grenzen ihres Landes durchbricht, so stürzt das künstliche Gebäude ihres Wohlstandes gänzlich zusammen.

339. Die Frage stellt sich nun so: Giebt es nicht gleichwohl Fälle, in welchen sich die Regierung für das System der Erwerbsvormundschaft, — ungeachtet dieses System für den Nationalwohlstand nachtheilig ist und bleibt, — als für das kleinere Uebel, zu entscheiden hat? Fälle also, in welchen der Aufwand, den das System der Erwerbsvormund-

55) Das wissen auch die Freunde des demokratischen Principis recht wohl. Die Aristokratie scheint ihr Interesse weniger zu verstehn. *Videant Consules, ne quid respublica detrimenti capiat!*

schaft einer Nation verursacht, obwohl ein unproductiver, dennoch ein in dem Interesse des Erwerbes nothwendiger Aufwand ist? — Ich beginne mit den Scheingründen, durch welche eine solche Abweichung von der Regel vertheidiget werden kann.

340. Erster Scheingrund: Die Erwerbsfreiheit hat unausbleiblich die Folge, daß sie die wirthschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Bürger in ein ewiges Wanken und Schwanken versetzt, daß sie alle Erwerbsunternehmungen mehr oder weniger unsicher, z. B. alle von den im Auslande sich begebenden Veränderungen abhängig macht. Z. B. wenn eine Erfindung oder eine Vervollkommnung des Maschinenwesens die Einwohner eines Landes in den Stand setzt, eine gewisse Waare wohlfeiler zu liefern, als sie von den Einwohnern anderer Länder geliefert werden kann, so hat dieses Sinken des Preises der Waare, die Freiheit der Aus- und Einfuhr vorausgesetzt, auf den wirthschaftlichen Zustand aller der Länder Einfluß, mit welchen jenes in Handelsverbindungen steht. Dasselbe gilt von dem Falle, da eine Waare, die bisher von einzelnen Handwerksmeistern producirt wurde, nun in dem einen Lande fabrikmäßig verfertigt wird. (Wie manche Gewerbe sind nur bei meinen Lebzeiten bald aus dem einen, bald aus dem andern Grunde in Deutschland oder wenigstens in den meisten deutschen Staaten zu Grunde gegangen! Die Uhrenmacher sind Uhrenhändler geworden. Die Uhrenmacher haben sich nur da zu erhalten vermocht, wo dieses Gewerbe fabrikmäßig betrieben wird u. s. w.) Wie kann nun mit diesem ewigen Wechsel, bei diesem Wetteifer, der, einmal geweckt, sich selbst steigert, (*crescit eundo!*) der Wohlstand aller einzelnen Nationen, insbesondere der Wohlstand der von der Natur weniger

begünstigten oder der ärmeren bestehn? Wie kann der Staat, wenn er nicht Einhalt thut, seinem Haushalte eine feste und bleibende Grundlage geben? Welche Last bürdet er sich auf, da er für diejenigen sorgen muß, welche in diesem Kampfe unterliegen, plötzlich oder allmählich verarmen? Nur in dem Systeme der Erwerbsvormundschaft liegt das Mittel gegen diese Uebel. — Antwort: Kein Zweifel, daß das System der Erwerbsfreiheit die so eben geschilderten Folgen haben kann, und nach Zeit und Umständen haben muß. Aber gerade diese Unsicherheit und Unruhe, welche im Gefolge des Systemes der Erwerbsfreiheit ist, ist zugleich der mächtigste Antrieb zum Erwerben, ist zugleich der Lebensquell der Erwerbsthätigkeit. Folgerichtig durchgeführt würde jener Grund den Erwerb in einen bestimmten Kreis bannen, ihn an die Gesetze der Kastenverfassung binden. Mit demselben Grunde hat man auch die Religions- und Gewissensfreiheit angefochten. Die Freiheit ist in keiner ihrer Beziehungen ein ungemischtes Gut. Wer ihrer Vortheile genießen will, muß auch ihre Nachtheile ertragen. In den heutigen europäischen Staaten handelt es sich doch am Ende nur um Verminderung oder Vergrößerung der Gefahr. Schlechthin abschließen und sondern kann keine Regierung ihr Land. Und selbst wenn ihnen dieses beifallen oder gelingen könnte, würden die inländischen Fabrikanten ihre Unternehmungen noch immer zugleich auf das Ausland richten und in so fern noch immer den Wechselfällen des Welthandels unterworfen seyn. — Uebrigens ist bei dieser Widerlegung des vorliegenden Grundes von der Ausführbarkeit des Systemes der Erwerbsvormundschaft gänzlich abgesehen worden. Man ist versucht, die Einschwärzer die Volkstribunen der Erwerbsfreiheit zu nennen.

341. Zweiter Scheingrund: Das System der Erwerbsfreiheit giebt den Wohlstand der Nation den ihm feindseligen Mafsregeln auswärtiger Regierungen preis. Wenigstens ausnahmsweise also, d. i. zur Widervergeltung solcher Mafsregeln verdient das System der Erwerbsvormundschaft den Vorzug. — Man kann diesem Grunde wieder eine doppelte Wendung oder Richtung geben. Entweder man verlangt Repressalien, um die nachtheiligen Folgen abzuwenden oder zu mildern, welche mit den von einer auswärtigen Regierung ergriffenen Mafsregeln für den Erwerb des Inlandes verbunden sind; oder aber man verlangt sie, um die auswärtige Regierung zur Zurücknahme dieser Mafsregeln zu bestimmen. — Auf die erstere Weise gestellt, dürfte dieser Grund schlechthin unhaltbar seyn. Denn er kann alsdann auch so ausgedrückt werden: Wenn dir Einer einen Backenstreich giebt, so gieb dir einen zweiten. Wenn der Handel im Grofsen und im Kleinen ein wechselseitiger Erwerb ist, d. i. beide Partheien bereichert, so mufs eine solche Widervergeltung allemal ein neuer Verlust für beide Theile seyn. Die Nation, welche von den Repressalien Gebrauch macht, schmälert der andern Nation die Mittel, mit welchen sie sonst dennoch den durch die Mafsregeln ihrer Regierung gestörten Handelsverkehr auf irgend eine Weise fortgesetzt haben würde. (Weit eher liefse sich die gerade entgegengesetzte Maxime — Böses mit Gutem zu vergelten — vertheidigen.) Ueberdies aber macht sich das, was durch die Repressalien erreicht werden soll, von selbst. Seitdem Frankreich die Einfuhr des Eisens mit so hohen Zöllen belastet hat, dafs sie so gut wie gänzlich verboten ist, kann Schweden sein Eisen freilich nicht mehr in Frankreich absetzen; aber eben so wenig die französischen

Weine eintauschen.⁵⁶⁾ — Dagegen ist der vorliegende Grund in der anderen Stellung allerdings standhaft. Nur sind die Beispiele selten, daß Repressalien die Abstellung der Mafsregeln, über die man sich zu beklagen hatte, bewirkt haben.

342. Einiger andern Gründe für das System der Erwerbsvormundschaft, welche entweder ebenfalls nur Scheingründe oder von zweideutigem Werthe sind, braucht hier nur in der Kürze Erwähnung zu geschehn. — Man will dem Lande neue Erwerbsmittel zuwenden, um die überflüssige Bevölkerung zu beschäftigen. Aber man vermehrt dann nur das Uebel, dem man abhelfen will. — Man will durch Schutzzölle den Nachtheil ausgleichen, in welchem die inländische Production gegen die des Auslandes aus dem Grunde steht, weil das Geld im Inlande wohlfeiler als im Auslande ist.⁵⁷⁾ — Aber in diesem obnehin seltneren Falle sollte man vielmehr die Ursachen des Mißverhältnisses zu beseitigen suchen. — Oder man vertheidiget das System der Erwerbsvormundschaft wegen des Zusammenhanges, in welchem es in einem gegebenen Staate mit den öffentlichen Auflagen steht oder in welches es mit diesen

56) Welche Weisheit! Durch das Verbot der Eiseneinfuhr werden wieder die Holzpreise gesteigert, also die Preise einer Brauchlichkeit, deren Tauschwerth wieder auf die Preise aller andern Brauchlichkeiten einen so bedeutenden Einfluß hat. — Ein anderes Beispiel! Eben so sehr hat Frankreich die Einfuhr des Viehes belastet. Und doch sollte Frankreich vor allen Dingen darauf Bedacht nehmen, seinen Viehstand zu vermehren. Der Ackerbau, dessen Grundlage die Viehzucht ist, bedarf in Frankreich noch grosser Verbesserungen.

57) Dieser Grund wird sehr oft in Grossbritannien — für die *protecting duties* — gebraucht.

gesetzt werden kann. Aber dieser Grund versetzt die vorliegende Aufgabe aus der Nationalwirthschaftslehre in die Lehre vom Staatshaushalte.

343. Der Grund, mit welchem sich das System der Erwerbsvormundschaft in dem Interesse des Nationalwohlstandes am standhaftesten vertheidigen läßt, ist der: Die Nationen, insbesondere die europäischen, sind in einem jeden Augenblicke der Gefahr ausgesetzt, in einen Krieg verwickelt zu werden. Ein Krieg aber kann den auswärtigen Handelsverkehr der Nation, welche ihn führt, ja selbst den dritter Nationen, in dem Grade stören, daß alle Nationen, so wie jener Gefahr, so auch der Gefahr unaufhörlich unterworfen sind, selbst an den unentbehrlichsten Brauchlichkeiten Mangel zu leiden, weil und in wie fern sie ihren Bedarf aus dem Auslande beziehen. Da erfordert es also die Vorsicht, für diesen Fall in voraus Vorkehrungen zu treffen, d. i. die Nation durch die Bevormundung ihres Erwerbes gegen die Gefahr eines Mangels an den Brauchlichkeiten zu sichern, deren die Nation zur Nothdurft oder auch nur aus Gewohnheit bedarf. Und dieser Forderung kann nur so Genüge geschehn, daß die Nation durch die Mafsregeln der Regierung genöthiget wird, alle die Brauchlichkeiten, deren sie bedarf, in so fern es nur nicht die Grenzen der Möglichkeit übersteigt, selbst zu produciren und selbst zu fabriciren, sich wegen der Befriedigung ihrer Bedürfnisse von dem Auslande möglichst unabhängig zu machen. Allerdings ist und bleibt der Aufwand, mittelst dessen die Nation zu dieser Selbstgenugsamkeit gelangt, theilweise ein Verlust; die Arbeit würde besser gelohnt, das Kapital sich besser verzinst haben, wenn der Erwerb der Nation seinem natürlichen Laufe überlassen worden wäre. Aber die Noth kennt kein Gebot; der Krieg erzwingt von den

Nationen noch weit gröfsere Opfer. Man darf wohl behaupten, dafs dieser Grund auch den europäischen Regierungen vorschwebte, wenn sie bisher dem Systeme der Erwerbsvormundschaft huldigten. Das Gewicht, das sie auf eine vortheilhafte Handelsbalance legten, kann man auch so deuten, dafs eine jede Regierung mindestens es dahin zu bringen suchte, dafs ihr Volk weniger der Producte des Auslandes als das Ausland der Producte ihres Volks bedürfte. Sie wollten nur dem Systeme der Erwerbsvormundschaft noch die Ausdehnung geben, dafs es zugleich den Wohlstand, d. i. die Kriegsmacht anderer Nationen schwächte. Mit dem so kriegerischen Systeme des europäischen Gleichgewichts ohngefähr gleichzeitig wurde das System der Erwerbsvormundschaft, in der Form des sogenannten Commercial- oder Handelssystemes, ergriffen und ausgebildet. — Jedoch, so fest auch der vorliegende Grund zu stehen scheint, allemal beruht er auf Voraussetzungen, welche in der Erfahrung gegeben seyn müssen und dennoch nicht leicht gegeben seyn können. Kann sich eine Nation wegen der Befriedigung ihrer Bedürfnisse von andern Nationen gänzlich unabhängig machen? Das Gegentheil beweist das Continentalsystem. Kann der Krieg den auswärtigen Handel einer Nation in dem Grade stören, dafs sie wegen der Befriedigung ihrer Bedürfnisse schlechthin und nach allen Seiten hin auf sich selbst angewiesen wäre? Auch dieser Fall kann nur höchst selten eintreten. Oder soll man Mafsregeln, welche die Noth vorübergehend gebieten kann, in bleibende verwandeln? Nur so viel ist gewifs, dafs, so lange die europäischen Regierungen, im Frieden des Kriegs gewärtig, in nie abgelegter Rüstung einander gegenüber stehn, das System der Erwerbsfreiheit mehr auf Lobreden, als auf löbliche Thaten, rechnen

kann, — daß der Sieg dieses Systemes und das zukünftige Schicksal des europäischen Völkerstaates in einem wesentlichen Zusammenhange mit einander stehn.

344. Endlich, wo einmal das System der Erwerbsvormundschaft Wurzel geschlagen hat, ist es schwer, zu dem Systeme der Erwerbsfreiheit zurückzukehren. Eine Menge Privatinteressen haben sich dann mit jenem Systeme verschlungen; unter dem Schutze desselben oder mit dessen Gunst sind Rechte erworben, Verbindlichkeiten eingegangen worden. Je länger das System in einem Staate bestanden hat, desto mehr ist es mit dem gesamten wirthschaftlichen Zustande der Nation gleichsam zusammengewachsen. Schon der Muth, (eine dem Staatsmanne schlechthin unentbehrliche Tugend!) ist selten zu finden, welcher sich allen diesen Privatinteressen entgegenzustellen wagte. Noch schwerer ist es oft, den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge zu leisten. Wie lange ist es schon her, daß die erleuchtetsten Staatsmänner Großbritanniens zu dem Systeme der Erwerbsfreiheit zurückzukehren bemüht sind, und wie gering sind dennoch die Fortschritte, welche sie in der Ausführung dieses Planes gemacht haben. — Desto mehr sollte man Bedenken tragen, von dem Systeme der Erwerbsfreiheit, wo es bisher bestanden hat, zu dem der Erwerbsvormundschaft überzugehn. Es ist dieser Uebergang das gefährlichste Experiment, welches man mit dem Wohlstande einer Nation machen kann. Eine Beschränkung führt zu der andern. In Vorrechten sind die Menschen unersättlich; der Eigennutz ist am zudringlichsten. Hat sich die Regierung einmal für das System der Erwerbsvormundschaft entschieden, so ist das Fortschreiten und das Rückschreiten in gleichem Grade gefährlich.

FÜNFTES HAUPTSTÜCK.

Von der Verminderung des Nationalvermögens.

345. Was oben (§. 295. ff.) von der Art gesagt worden ist, wie eine Nation reich werde, gilt, umgekehrt, auch von der Art, wie eine Nation verarmen kann. — Es kann daher die Antwort auf die Aufgabe des vorliegenden Hauptstücks in wenige Sätze zusammengefaßt werden.

346. Eine Nation vereinzelt betrachtet, vermindert sich ihr Vermögen, wenn sie mehr verzehrt, als producirt. Ihr Wohlstand ist in Stillstand, wenn sie nur so viel producirt, als sie verzehrt u. s. w. Jedoch, so mächtig ist der Erwerbstrieb, daß von dieser Seite für den Wohlstand einer Nation wenig oder nichts zu fürchten ist, wenn anders nicht die Einrichtungen oder die Schicksale des Staates auf den Erwerb störend einwirken. Zwar kann sich die Production auch so vermindern, daß der Reichthum oder die Fruchtbarkeit des Erdbodens abnimmt. Doch die Fälle dieser Art, (Miswachs, Hagelschlag, Ueberschwemmungen,) sind meist nur vorübergehende oder auch nur auf gewisse Gegenden sich beschränkende Uebel. ⁵⁸⁾

347. Eine Nation verarmt nicht deswegen, weil ihr (innerer oder auswärtiger) Handel abnimmt. Sondern, wenn und weil eine Nation verarmt, nimmt

58) Freilich nicht immer. Viele einst sehr fruchtbare Landstriche des schönen Italiens sind jetzo, wegen der *Mal' Aria*, nur noch zur Viehzucht tauglich.

ihr Handel ab. Jedoch setzt der Tausch- oder Handelsverkehr allemal zwei Partheien voraus. Wenn also eine Nation verarmt und daher ihr auswärtiger Handel in Abnahme geräth, so muß mit dem Wohlstande dieser Nation der Wohlstand aller der Nationen sinken, mit welchen sie in einem Tausch- oder Handelsverkehre steht. Nur mit und durch einander können die Nationen reich werden oder sich in Wohlstand erhalten.

348. Die Art, wie das Nationalvermögen zwischen der Regierung und dem Volke getheilt oder unter die einzelnen Bürger vertheilt ist, die Veränderungen, die mit dieser Theilung oder mit dieser Vertheilung vor sich gehn, können auf den Wohlstand der Nation nur in so fern nachtheilig einwirken, als sie die Production — unmittelbar oder mittelbar — vermindern. Z. B. wenn ein Staat Schulden auf Schulden gehäuft hat, so ist sein Schuldenwesen, in so fern der Staat seinen eigenen Bürgern schuldet, einer mit der Vertheilung des Nationalvermögens vorgenommenen, mit der Masse der Staatsschulden in Verhältniß stehenden Veränderung gleich zu achten. Die Folgen dieser Veränderung können, nach Verschiedenheit der Umstände, für den Wohlstand der Nation bald oder in gewissen Beziehungen vortheilhaft, bald oder in andern Beziehungen nachtheilig seyn. Steigt endlich die Schuldenlast so hoch, daß sich der Staat genöthiget sieht, seine Schulden durch ein Machtwort, (*non solvitur, ergo solvi,*) zu tilgen, so ist das abermals nur eine neue Vertheilung des Nationalvermögens. Das Nationalvermögen hat sich nicht vermindert. Es kann sich aber durch die Folgen vermindern, mit welchen eine solche Maßregel die Production bedroht. Ganz auf dieselbe Weise ist der Fall zu beurtheilen, da die Kapitalisten einen Verlust an den Kapitalien erleiden,

welche sie den Grundeigenthümern oder den Gewerbsleuten dargeliehen haben. — Alles dieses ist nicht eine Schutzschrift für die Wortbrüchigkeit, sondern nur eine Erinnerung, daß man das Uebel nicht da suchen soll, wo nicht dessen Sitz ist.

349. Eben so ist es für den Wohlstand einer Nation an sich gleichgültig, wie ihr Einkommen getheilt oder vertheilt ist. Nur die Art, wie dieses Einkommen verwendet wird, macht einen wesentlichen Unterschied; die Theilung oder Vertheilung des Nationaleinkommens aber ist nur durch die Folgen, welche sie für dessen Verwendung hat, für den Erwerb der Nation vortheilhaft oder nachtheilig. Z. B. eine Nation verarmt nicht schon deswegen, weil sie hoch besteuert ist, weil also der Staatsaufwand einen bedeutenden Theil ihres Einkommens verzehrt. Eine Erhöhung der Abgaben kann für die Steuerpflichtigen sogar ein Sporn zur Production seyn. Wohl aber haben hohe Abgaben das gegen sich, daß mit dem Staatseinkommen überhaupt in der Regel nur unproductive Arbeiten gelohnt oder nur solche Brauchlichkeiten eingekauft werden, welche zum Verzehren bestimmt sind. (Pulver, Blei, Mundvorrath.)

350. Wenn Waaren ins Ausland ausgeführt werden, (Gold mit eingeschlossen,) ohne daß die Nation dafür einen Ersatz in andern Waaren erhält, so vermindert sich das Nationalvermögen um den Betrag des Tauschpreises dieser Waaren. Wenn also z. B. Inländer ihr Einkommen im Auslande verzehren, oder wenn der Staat ein Heer im Auslande unterhält, so ist der eine und der andere Aufwand ein Verlust für das Nationalvermögen. Denn es vermindert sich so die Masse der Brauchlichkeiten, aus welchen das Nationalvermögen besteht. Jedoch ist ein Unterschied zu machen. Was die Brauchlichkeiten betrifft, welche

der Inländer oder welche das Heer des Staates verzehrt, (verbraucht oder abnutzt, §. 103.) so ist es gleichgültig, ob der Verzehr dieser Brauchlichkeiten im In- oder im Auslande geschieht. Auch im Inlande verzehrt, würden sie das Nationalvermögen nur vorübergehend vermehrt haben. Uebrigens ist das Resultat dasselbe, wenn statt dieser Brauchlichkeiten Geld ins Ausland versendet wird. ⁵⁹⁾

59) Die in diesem Paragraphen erörterte Frage ist besonders in Großbritannien schon oft zur Sprache gekommen. Veranlassung gab die große Zahl der Briten, welche ihr Einkommen im Auslande verzehren; ferner die große Zahl derer, welche, in Irland angesessen, sich auswärts aufhalten. *M' Culloch* vertheidiget die *Absentees*; er behauptet, daß es für den Wohlstand einer Nation kein Verlust sey, wenn Einzelne ihr Einkommen im Auslande verzehren. *Senior* (*Lectures on the Rate of Wages*,) macht einen Unterschied. Wenn das Land Naturproducte ausführe, so sey ihm die Abwesenheit der Inländer nachtheilig; nicht aber, wenn die Ausfuhr des Landes in Fabrikaten bestehe. Mir scheint weder die eine noch die andere Meinung Beifall zu verdienen.

STAATSWIRTHSCHAFTSLEHRE.

ZWEITES BUCH.

Die Staatshaushaltslehre.¹⁾

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Begriff des Staatsvermögens.

351. Das Staatsvermögen ist das Nationalvermögen, in wie fern es von dem Staatsherrscher zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates verwendet wird, oder der Theil des Kapitals der Nation, wel-

1) Die Finanzwissenschaft, die Staatswirthschaftslehre in der engeren Bedeutung. Jedoch dürfte es gerathener seyn, mit dem letzteren Namen beide Wissenschaften, — die Nationalwirthschafts- und die Staatshaushaltslehre, — zusammen zu bezeichnen. Auch das Nationalvermögen wird von dem Staate bewirthschaftet. Ueberdies, wenn man diese

cher zur Bestreitung ihrer gemeinsamen Bedürfnisse bestimmt ist. — Das Staatsvermögen ist also von dem Nationalvermögen nicht in Beziehung auf den Eigenthümer verschieden; das eine und das andere Vermögen ist das Eigenthum der Nation oder des Staatsherrschers, als des Repräsentanten der Nation. Sondern das Staatsvermögen ist nur ein Theil des Nationalvermögens, nur gleichsam eine besondere Kasse der Nation. Wenn man das Staatsvermögen dem Nationalvermögen entgegensetzt, — wie man es diesem Vermögen entgegensetzen kann, und in der Staatshaushaltungslehre entgegensetzen hat, — so geschieht das nur, in dem Sinne, daß man unter dem ersteren den Theil des Nationalvermögens, welcher zu jenem besonderen Zwecke benutzt oder verbraucht wird, und deshalb unter einer besonderen Verwaltung steht, unter dem letzteren aber das übrige oder das nach dieser Ausscheidung übrig bleibende Vermögen der Nation versteht. (In dem vorliegenden Buche wird das Wort: Nationalvermögen, in der Regel in dieser besonderen oder engeren Bedeutung gebraucht werden.)

352. Es kann daher Staaten geben, welche kein Staatsvermögen, sondern nur ein Nationalvermögen haben. Dieser Fall ist sogar ein sehr gewöhnlicher. Die Stämme oder Völkerschaften, bei welchen der Staatsverein kaum mehr als ein gegen auswärtige Feinde gerichtetes Schutz- und Trutzbündniß ist, wissen nichts von einem Vermögen, welches der

Bezeichnung wählt, entfernt man sich nicht von der Kunstsprache der englischen und französischen Schriftsteller. — Vgl. über diese Wissenschaft: Die Grundsätze der Finanzen. Eine kritische Entwicklung von Joh. Schön. Breslau 1832. 8. (Diese Schrift, wohl die neueste ihres Faches, berührt jedoch zugleich einige Aufgaben der Nationalwirthschaftslehre)

Regierung zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse vorbehalten wäre; sie wissen eben so wenig etwas von Abgaben. Gegen den Feind rüstet sich ein Jeder auf eigene Kosten; bei Kriegszügen versieht sich ein Jeder selbst mit Mundvorrath; auch wenn sich der Stamm in Friedenszeiten versammelt, hat ein jeder Einzelne für seinen Bedarf an Lebensmitteln etc. zu sorgen. Höchstens werden dem Haupte des Stammes Geschenke dargebracht, wenn es sich der Mühwaltung unterzieht, die Rechtshändel der Stammesgenossen zu schlichten. Wo diese Ordnung der Dinge besteht, kann überall nicht von einer Staatshaushaltung die Rede seyn. Dieser Fall also gehört nicht in das Gebiet der Staatshaushaltungslehre, wenn er auch in mehr als einer Hinsicht ein Interesse für diese Wissenschaft hat. Jener Zustand ist gleichsam der Naturstand, von welchem die Staaten in ihrer Haushaltung ausgehn; und, wenn sie schon längst aus diesem Zustande herausgetreten sind, erinnern an denselben oft noch einzelne Einrichtungen und Gewohnheiten. So ist es z. B. in Persien²⁾ und in anderen asiatischen Reichen bis auf diesen Tag Sitte, daß dem Fürsten von den Großen seines Hofes und Reiches bei gewissen Gelegenheiten Geschenke überreicht werden. — Auf der anderen Seite kann es Völkerschaften oder wenigstens kleinere Gemeinden geben, welche kein National-, sondern nur ein Staatsvermögen besitzen. Und die Geschichte enthält einige Fälle dieser Art. So waren und so sind die Missionen in Südamerika nach diesem Plane eingerichtet; aus den Magazinen der Mission, also aus dem Staatsvermögen, werden die bekehrten Indianer,

2) Vgl. *La Perse ou tableau de l'histoire, du gouvernement, de la religion etc. de cet empire. Par A. Jourdan. Par. 1814. V. Tom. 8.*

(die Unterthanen,) gekleidet und genährt. Jedoch so gewiß auch die Aufgabe: Wie ist das Staatsvermögen zu bewirthschaften, wenn es das Nationalvermögen in sich begreift? in das Gebiet der Staatshaushaltungslehre gehört: so wird sie doch, wegen ihres geringen praktischen Interesses, in dem Folgenden weiter nicht in Betrachtung gezogen werden. Uebrigens kann man die Frage aufwerfen, ob nicht das Nationalvermögen schon dann, wenn die Regierung bei dessen Bewirthschaftung das System der Erwerbsvormundschaft befolgt, in dem Staatsvermögen gewissermaßen untergehe?

353. Man kann das Recht des Staatsherrschers, das Nationalvermögen zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse zu verwenden, das Recht also, das Nationalvermögen in Staatsvermögen zu verwandeln, oder von dem Nationalvermögen einen Theil als Staatsvermögen auszuscheiden, das Staatsobereigenthum, (oder das *dominium eminens* in der weiteren Bedeutung,) nennen. — Dieses Staatsobereigenthum ist eben so, wie das Eigenthum der einzelnen Menschen an beweglichen oder unbeweglichen Sachen, ein seinem Wesen oder Begriffe nach unbeschränktes Recht. Denn wo bliebe sonst der Begriff der Staatsgewalt? der Begriff der öffentlichen Macht? Wo gäbe es sonst einen festen Punkt, von welchem die Staatshaushaltungslehre ausgehn könnte? Aber es ist nicht eben so, wie dieses Eigenthum, ein unbeschränkbares Recht. Es kann vielmehr, unbeschadet seines Wesens, und es soll in der Ausübung beschränkt werden. Das ist sogar die endliche Aufgabe der Staatshaushaltungslehre, das Staatsobereigenthum mit den Eigenthumsrechten der einzelnen Bürger in die möglichst vollkommene Uebereinstimmung zu setzen. So wie das Staatsobereigenthum die Klippe ist, welche das Sondereigen-

thum — in der Erfahrung — am meisten zu fürchten hat: so ist die wahre Staatshaushaltungslehre oder die Staatshaushaltungswissenschaft der Leuchthurm, welcher diese Klippe vermeiden hilft. (Das panische Schrecken, welches Einige befällt, wenn sie von dem Staatsobereigenthume hören, kann man sich kaum anders, als aus einem Mißverständnisse, erklären. Sie verwechseln ein seinem Begriffe nach unbeschränktes Recht mit einem in der Ausübung unbeschränkbarem Rechte.)

354. Die Staatshaushaltungslehre ist die Lehre von der Erwerbung, von der Verwendung und von der Verwaltung des Staatsvermögens. — Obwohl, im Vortrage, die Staatshaushaltungslehre von der Nationalwirthschaftslehre zu trennen ist, so bilden doch beide Wissenschaften an sich ein Ganzes und zwar ein lebendiges Ganze, d. i. beide verhalten sich zu einander, wechselseitig, wie Zweck und Mittel. Je reicher die Nation, desto reicher der Staat. Je weniger der Staat braucht, desto mehr kann die Nation verbrauchen. Ja! man kann sogar sagen: Je ärmer der Staat, desto reicher die Nation! Denn, (wie sich weiter unten zeigen wird,) je geringer das ständige Vermögen des Staates — das *patrimonium reipublicae* — ist, desto vortheilhafter sind die Aussichten für den Wachsthum des Nationalwohlstandes. — Man kann die Staatswirthschaftslehre, die Wissenschaft also, welche die Nationalwirthschaftslehre und die Staatshaushaltungslehre unter sich begreift, die Königin der Staatswissenschaften nennen. Die übrigen Staatswissenschaften sind ein todtes Wort, wenn es an Mitteln fehlt, ihren Vorschriften nachzukommen oder ihre Rathschläge auszuführen. Wo es mit der Staatswirthschaft schlecht bestellt ist, steht selbst die Verfassung, die Ruhe im Innern des Staates, auf dem Spiele. Dem

Hungrigen ist nicht gut predigen. Es giebt in Deutschland Schriftsteller, welche mit einer Art von Verachtung auf die sogenannten materiellen Interessen der Völker herabblicken. Ein schwerer, ein gefährlicher Irrthum! Die materiellen Interessen sind zugleich intellectuelle. Denn eine Nation muß in einem gewissen Wohlstande leben, wenn sie in der Cultur und in der Civilisation Fortschritte machen soll. Aber noch mehr! Wo sich die Regierung willkührliche Handlungen erlauben darf, ist denn doch nur die persönliche Freiheit einzelner Staatsgenossen bedroht. Aber Steuern und Gaben gefährden oder beeinträchtigen die persönliche Freiheit Aller. Denn Geld und Gut muß man mit Arbeit, d. i. mit Aufopferung seiner persönlichen Freiheit erkaufen. Der gemeine Mann hat gar nicht so unrecht, wenn er den Werth einer Verfassung nach dem Mafse der Abgaben beurtheilt, welche er unter dieser Verfassung zu entrichten hat. Es gilt in der That seiner persönlichen Freiheit. Das fühlt er, wenn er es auch nicht zu deuten vermag. Warum waren die Völker deutschen Ursprungs willkührlicher Besteuerung von jeher so abhold? Weil sie von jeher den Werth der persönlichen Freiheit erkannt haben. Warum waren sie von jeher freigebiger mit ihrem Blute, als mit ihrem Gute? Weil sie den Kriegsdienst als Beschäftigung mit einer freien Kunst, den Krieg als ein Wagspiel betrachteten.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von dem Staatsaufwande.

355. Die Staatshaushaltungslehre hat mit der Lehre von dem Staatsaufwande und nicht mit der von dem Erwerbe des Staates zu beginnen. Beide, der einzelne Mensch und der Staat, erwerben, um das Erworbene zu gebrauchen und zu verbrauchen. Aber der Staat bedarf zum Erwerben einer vorgängigen Ermächtigung; und diese Ermächtigung ist von der Staatshaushaltungslehre vor allen Dingen (in dem Abschnitte von dem Staatsaufwande) auszumitteln. Eben so ist der Staatsaufwand in einem gewissen Sinne der Maßstab für das Staatseinkommen. Der Staat soll nicht mehr einnehmen, nicht mehr von den Unterthanen fordern, als er braucht.

356. Staatsbedürfnisse in der weiteren Bedeutung sind diejenigen äusseren Mittel, welche dem Staate (als *conditio sine qua non*) zu Gebote stehen müssen, wenn er im Stande seyn soll, seine Zwecke ins Werk zu setzen. Sie können entweder Arbeiten oder Brauchlichkeiten zum Gegenstande haben. In wie fern sie Brauchlichkeiten zum Gegenstande haben, werden sie Staatsbedürfnisse in der engeren Bedeutung genannt. (In dieser engeren Bedeutung ist das Wort in dem Folgenden jederzeit zu nehmen, wenn es ohne einen Beisatz gebraucht wird.) Staatsausgaben sind nur eine Art dieser Bedürfnisse.

357. Der einzelne Mensch kann mit seinem Vermögen schalten und walten, wie er will; nicht so der Staat mit dem Nationalvermögen. Dieser hat viel-

mehr bei der Ausübung seines Obereigenthumes das Nationalvermögen gleich als ein fremdes Vermögen, und sich nur als den Verwalter dieses Vermögens zu betrachten. Der Aufwand, welchen der Staat macht, läßt sich nur in so fern rechtfertigen, als er ein (*in Quali und Quanto* — seinem Zwecke und seinem Betrage nach —) nothwendiger Aufwand, d. h. ein Aufwand ist, welchen die einzelnen Unterthanen kraft Gesetzes zu machen verpflichtet sind, das gesetzliche Recht nur nach Maßgabe dieser Pflicht berechnet und zu vertheilen hat. Denn der Aufwand, welchen der Staat aus dem Nationalvermögen bestreitet, hat unmittelbar oder mittelbar die Folge, daß er die einzelnen Staatsgenossen in der Freiheit beschränkt, ihr Vermögen nach Gefallen zu vermehren oder zu verwenden; unmittelbar, wenn er mit Abgaben, mittelbar, wenn er mit dem Sondergute der Regierung gedeckt wird. (Vgl. §. 309.) Gewisse Arten des Staatsaufwandes haben noch überdies aus besonderen Gründen einen nachtheiligen Einfluß auf den Wohlstand der Nation und mithin auf den der einzelnen Staatsgenossen. Der Staat ernährt zwar, indem er verzehrt. Aber nur selten ist sein Verzehr zugleich eine Production. Man kann nicht — mit Ludwig XIV. — sagen: Ein König, der viel ausgiebt, spendet Wohlthaten. (*Un roi fait l'aumone en dépensant beaucoup.*) Eben so würde man sich irren, wenn man den Staatsaufwand, um dessen Einfluß auf den Wohlstand der einzelnen Unterthanen zu bestimmen, nur in Verhältniß zu dem Betrage des Nationalvermögens im Ganzen beurtheilen wollte. Zwei (oder mehrere) Staaten können in dem Verhältnisse einen größeren Aufwand machen, in welchem das Vermögen der Nation in dem einen Staate größer ist, als in dem andern; und dennoch kann der Druck der öffentlichen Lasten, (ganz abgesehen

von der Art, wie der Staatsaufwand gedeckt wird,) in dem einen Staate größer seyn, als in dem andern. Denn es kommt hierbei zugleich auf die Volkszahl, d. i. auf die Zahl derer an, welche das Nationaleinkommen zu ernähren hat. Wenn dormalen in mehreren europäischen Staaten über den Druck der öffentlichen Lasten geklagt wird, so dürfte eine Hauptursache dieser Klagen die seyn, daß, wenn auch in diesen Staaten der Nationalwohlstand im Ganzen gestiegen ist, dennoch, wenigstens in sehr vielen Gewerben, der Verdienst des Einzelnen wegen der vermehrten Zahl der Mitwerber abgenommen hat.³⁾ — Mit einem Worte also: Man hat den Staatsaufwand, um ihn zu rechtfertigen, als einen Aufwand der einzelnen Staatsgenossen zu betrachten. Allerdings muß man, — wie Franklin sagt, zwei Dinge überall thun: — sterben und Abgaben zahlen. Aber den Tod kann man nicht zur Rechenschaft ziehn. Den Aufwand, den der Staat macht, hat der Staatsherrscher gegen einen jeden einzelnen Bürger, hat ein jeder einzelne Bürger gegen sich selbst (durch den Zweck des Aufwandes) zu rechtfertigen.

358. Es giebt jedoch einen Staatsaufwand, welcher als Aufwand keiner Rechtfertigung bedarf; — das ist der, welcher den Staat der Nothwendigkeit überhebt, den Unterthanen Zwangsdienste aufzuer-

3) Man hat berechnet, wie viel in einem jeden einzelnen europäischen Staate auf den Kopf kommt, wenn man den Staatsaufwand, (oder, was ohngefähr dasselbe ist, das Staatseinkommen,) durch die Zahl der Einwohner des Landes dividirt. Ich zweifle jedoch, ob man aus dieser Rechnung die Folgerung ziehn könne: Je größer die Summe ist, welche auf den Kopf kommt, desto größer ist der Druck der öffentlichen Lasten.

legen. Denn wie sich in rechtlicher und in ökonomischer Hinsicht Abgaben in Naturalien zu denen in Geld verhalten: so verhalten sich in denselben Beziehungen gezwungene Staatsdienste zu den Abgaben überhaupt. Das ist das geheime Band, welches das Interesse der persönlichen Freiheit an die Vermögensumstände der Nationen knüpft. Man darf wohl behaupten, dafs bei einer Nation, welche wohlhabend ist, welche überdies ihren Staatsaufwand in Geld bestreiten kann, das Mafs der persönlichen Freiheit, deren die Einzelnen geniessen, im Ganzen gröfser ist, als bei einer Nation, bei welcher diese Voraussetzungen nicht eintreten, so verschieden auch das Verfassungsrecht der einen Nation von dem der andern seyn mag. Kann der Staat die Frohnen entbehren, wenn er nicht Handarbeit mit Geld bezahlen kann? Oder kann der Staat die Kriegsdienstpflichtigkeitkeit in dem Interesse der persönlichen Freiheit auf einen Theil der Nation beschränken, wenn ihm nicht die Mittel zu Gebote stehn, das Heer zu besolden?

359. Welche Staatsausgaben sind als nothwendige Ausgaben zu betrachten? oder, was dasselbe ist, welche Ausgaben ist eine Nation zu bestreiten verpflichtet? — Die Nothwendigkeit oder die Pflichtmäfsigkeit der Staatsausgaben ist theils nach dem Zwecke dieser Ausgaben, theils nach dem Verhältnisse, in welchem das Mittel zu seinem Zwecke steht, zu beurtheilen. Man hat, um die Aufgabe wissenschaftlich zu lösen, folgende Fragen zu stellen und zu beantworten: Erste Frage, die Vorfrage: läfst sich der Zweck rechtfertigen, zu welchem die Ausgabe gemacht wird? — Zweite Frage: Ist die Ausgabe in dem Interesse der sämtlichen Staatsgenossen, oder nicht in dem Interesse Aller eine nothwendige Ausgabe? — Dritte Frage: Läfst

sich der Zweck, zu welchem die Ausgabe gemacht wird, nicht eben so gut oder besser auf eine andere Weise, d. i. durch die freiwillige Thätigkeit der einzelnen Staatsgenossen, erreichen? — Vierte Frage: In welchem Verhältnisse stehen die verschiedenen Staatsausgaben zu einander? welche Ausgabe ist die dringendere? welche die weniger dringende?

360. Die Antwort auf die erste oder auf die Vorfrage (§. 359.) ist theils aus dem Zwecke der Staaten überhaupt, theils nach den besondern Verhältnissen eines jeden einzelnen Staates, durch welche jener Zweck genauer bestimmt, beschränkt oder erweitert wird, zu beantworten. Alles, was der Staat überhaupt oder ein gegebener Staat insbesondere zu leisten hat, kann in so fern, als deshalb ein Aufwand erforderlich ist, zur Rechtfertigung einer Staatsausgabe dienen. Es liegt daher in jener Vorfrage in der That die Aufgabe, welche die Staatswissenschaft überhaupt, die allgemeine und die angewandte, zu beantworten hat; mit dieser Aufgabe beantwortet man oder hat man auch jene Vorfrage beantwortet. In das der Staatswirthschaftslehre eigenthümliche Gebiet gehört also jene Vorfrage nicht; diese Wissenschaft könnte, wenn sie auf jene Frage einginge, nur Lehrsätze enthalten.⁴⁾ Es genügt ihr, darauf aufmerksam zu machen, daß dem Staatshaushalter, (dem Finanzminister,) kein Theil der Staatswissen-

4) Eine treffliche Abhandlung über die verschiedenen Arten der Staatsausgaben findet man bei A. Smith im 5ten Buche seines Werkes über die Ursachen und Quellen des Nationalreichthumes. — Aus dem Paragraphen ergiebt sich zugleich, daß man die Staatsausgaben nach der Verschiedenheit der Fächer der Staatswissenschaft zu classificiren habe. Ueberdies können sie entweder ordentliche oder ausserordentliche Ausgaben seyn.

schaft und der Staatsgelehrsamkeit gänzlich fremd seyn dürfe; daß ihm bei allen öffentlichen Angelegenheiten, bei einer jeden Mafsregel der Regierung eine Stimme, und nicht blos eine berathende, gebühre.

361. Zur zweiten Frage. (§. 359.) Es giebt Ausgaben, welche, obwohl durch den Zweck des Staates geboten, dennoch entweder schlechthin nicht, oder nur zum Theile, auf dem Vermögen der gesamten Nation, (oder aus der allgemeinen Staatskasse,) zu bestreiten sind. Von dieser Art sind 1) die Ausgaben, welche nur in dem Interesse einer gewissen Abtheilung des Staatsgebietes, z. B. einer Gemarkung, einer Provinz, oder nur in dem Interesse einer gewissen im Staate bestehenden Körperschaft, z. B. einer Gemeinde, einer Innung, zu machen sind. Von derselben Art sind 2) die Ausgaben, welche bis zu einem gewissen Betrage zum Vortheile Aller, im übrigen aber nur zu dem besonderen Vortheile Einzelner gereichen; also z. B. die Ausgaben für die Unterhaltung der Landstraßen, die Ausgaben für die Stromschiffahrt. — Es liegt am Tage, daß, wenn und in wie fern gewisse Ausgaben nicht zum Vortheile Aller gereichen, nicht die gesamte Nation, sondern nur die Betheiligten mit diesen Ausgaben belastet werden dürfen! (Es ist also z. B. mehr als zweifelhaft, ob sich ein Gesetz, welches die Kosten für die Unterhaltung der Landstraßen schlechthin der Staatskasse aufbürdet, von Seiten des Rechts vertheidigen lasse.) Die Schwierigkeit ist nur die, daß es in vielen Fällen schwer ist, die allgemeinen Staatsausgaben von den besonderen zu scheiden, oder den Beitrag der Staatskasse und den der besonders Betheiligten zu einer gewissen Ausgabe verhältnißmäßig zu bestimmen. Jedoch trifft die Schwierigkeit nur die Anwendung des Grundsatzes; sie kann daher auch nur mit Rücksicht auf einzelne

Fälle (oder nur *in hypothesis*) gehoben werden. ⁵⁾ — Noch ist hier einer andern Art von Staatsausgaben zu gedenken, der Ausgaben, welche zwar der Staatskasse zur Last fallen, jedoch so, daß sie ihr von denjenigen verhältnißmäßig zu erstatten sind, von welchen sie durch eine widerrechtliche Handlung verursacht worden sind. Von dieser Art sind die Kosten für die Gerechtigkeitspflege. Allerdings sind diese Kosten eine gemeine Last. Denn es ist das Interesse Aller, daß ein jeder Einzelne durch den Richter zu seinem Rechte gelangen könne, daß keine Vergehung unbestraft bleibe. Aber, wer in einer Civilsache unterliegt, hat dem Staate billig die Gerichtskosten zu erstatten, welche die Verhandlung und Entscheidung der Sache verursacht hat; denn er hat die Hülfe des Staates widerrechtlich in Anspruch genommen. (Die bürgerliche Rechtspflege soll wohlfeil, aber nicht — ausgenommen für die Armen — unentgeltlich verwaltet werden.) Eben so ist der, welcher zu einer Strafe verurtheilt wird, zugleich in die Kosten des Strafverfahrens zu verurtheilen; denn er hat durch seine Unthat den Staat in die Nothwendigkeit versetzt, diesen Aufwand zu machen. ⁶⁾

5) Diese Schwierigkeit bietet sich vorzugsweise bei denjenigen besonderen Ausgaben dar, welche man örtliche nennen kann. Zu dem Wesen einer solchen Ausgabe wird allemal erfordert, daß sie auf einem Interesse beruhe, welches entweder das eines einzelnen Bezirkes oder gewisser einzelner Bezirke ist, oder welches, wenn auch allgemein, sich dennoch, zufolge örtlicher Verhältnisse, hier so, dort anders stellt. Die französische Gesetzgebung scheint sich an dieser Schwierigkeit nicht eben mit Glück versucht zu haben.

6) Auch die Kriegskosten kann man — *in thesi* — zu den Ausgaben dieser Art rechnen. Aber *in hypothesis* stellt sich die Sache gewöhnlich anders.

362. Zur dritten Frage: Der Staat darf keine Ausgabe machen, welche die Unterthanen als eine Privatausgabe zu bestreiten willig und mit demselben Erfolge, wie der Staat, zu bestreiten im Stande sind. Denn eine Ausgabe, die der Staat macht, ist in Beziehung auf die Unterthanen unmittelbar oder mittelbar eine Abgabe und mithin ein Zwang, welchem der Staat die Unterthanen unterwirft. — Dieser Grundsatz ist vorzugsweise auf diejenigen Ausgaben anwendbar, durch welche der Staat das geistige oder leibliche Wohl, oder den Wohlstand der Unterthanen zu befördern beabsichtigt; also z. B. auf die Ausgaben für die Gesundheitspflege, für die Volks-erziehung und für den Volksunterricht, für das Armenwesen. Denn bald ist das Recht des Staates, diese Ausgaben zu machen, bald ist der Erfolg, welchen der Staat bei diesen Ausgaben beabsichtigt, zweifelhafter Art. — Freilich ist dieser Grundsatz nur bedingungsweise ausführbar; die Ausführbarkeit desselben hängt von den Vermögensumständen, von den Einsichten und von dem Charakter der einzelnen Staatsgenossen ab. So lange z. B. in den deutschen Staaten der Fürst der einzige große Kapitalist war, mußten von der fürstlichen Kammer gar manche Ausgaben, (z. B. die für den Bergbau, die für die Landesposten,) nothgedrungen bestritten werden, welche, wenn sie auch zum Besten des Landes gereichten, dennoch besser von den Unterthanen als Privatausgaben gemacht worden wären. Dagegen kamen einst den deutschen und überhaupt den europäischen Regierungen die frommen Stiftungen, (die *donationes* und *legata ad pias causas*) gar sehr zu statten, durch welche sie so mancher Ausgaben, für die es sonst an Geld gefehlt haben würde, überhoben worden. (Man sollte auf Mittel bedacht nehmen, diesen so nachahmungswürdigen Stiftungseifer

unserer Voreltern von neuem zu beleben, und ihm eine zeitgemäße Richtung zu geben. Wohl ist die Aufgabe schwierig! Wie viele Stiftungen hat unser Zeitalter untergehen sehen! wie oft und wie leichtsinnig erlaubt man sich, die Verfügungen des Stifters abzuändern! wie schwer ist es meistens, die Launen eines Erb-Lassers mit den Forderungen der Zeit in Uebereinstimmung zu setzen! Doch die Aufgabe ist zu wichtig, als daß man an der Möglichkeit, sie zu lösen, verzweifeln dürfte!)

363. Zur vierten Frage: Eine jede Ausgabe des Staates muß nothwendig seyn, wenn der Staat, in dem rechtlichen und in dem ökonomischen Interesse der Nation, ermächtigt seyn soll, die Ausgabe zu machen. Aber das Geben ist durch das Heben bedingt. Daher die Frage: Welche Staatsausgaben sind die dringenderen und die dringendsten, wenn die Staatsmittel — einstweilen — nicht zur Bestreitung aller ausreichen? Ich sage: Einstweilen. Denn sind die Staatsmittel auf die Dauer unzureichend, so steht dem Staate oder seiner Verfassung über kurz oder über lang der Untergang bevor. So wurde z. B. die Auflösung des weströmischen Reiches, so wurde die französische Revolution hauptsächlich durch den unheimlichen Zustand des Haushaltes dieser Staaten herbeigeführt. Unser Zeitalter ist dem Fortbestehn der kleineren europäischen Staaten auch deswegen nicht günstig, weil die Verwaltung eines kleinen Staates verhältnißmäßig mehr kostet, als die eines großen Staates. Jene Staaten haben daher einen besondern Grund, in ihrer Haushaltung das Gesetz der Sparsamkeit in seiner ganzen Strenge zu befolgen. Vielleicht kann man die Stufenreihe, in welcher die Staatsausgaben ihrer Dringlichkeit nach auf einander folgen, im allgemeinen, und indem man mit den dringlichsten

Ausgaben beginnt, so bestimmen: Ausgaben für die Landesvertheidigung — für die Unterhaltung oder Wiederherstellung des Friedenszustandes mit andern Völkern, (diplomatische Ausgaben,) — für die Erhebung der Staatseinkünfte, — für die Verzinsung der Staatsschuld, — für die Civilliste, — für die Besoldung der Beamten und öffentlichen Diener, — für die Gerechtigkeitspflege und für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, — für die Anstalten und Einrichtungen, welche den Zweck haben, die Wohlfahrt der Nation zu befördern. Jedoch leidet diese oder eine jede andere Regel für die stufenweise Dringlichkeit der Staatsausgaben nach Zeit und Umständen so viele Ausnahmen, daß die vorliegende Frage fast nur nach den Eigenthümlichkeiten eines jeden einzelnen Falles, (nur *in hypothesis*,) beantwortet werden kann.

364. Eine Staatsausgabe ist nicht blos im allgemeinen, sondern auch ihrem Betrage nach durch das Gesetz der Nothwendigkeit zu rechtfertigen. Durch Sparsamkeit vergrößert der Staat, wie der Privatmann, seine Einnahme. (*Optimum vectigal parsimonia!* sagt Cicero.) Denn was an der einen Ausgabe erspart wird, kann zu einer andern verwendet werden. Doch kann Sparsamkeit, wenn sie Kargheit ist, in ihren Folgen zur Verschwendung werden. Wenn in einem Staate z. B. die Beamten schlecht besoldet sind, so ist gar sehr zu befürchten, daß sie sich auf anderen und auf unerlaubten Wegen das verschaffen werden, was ihnen zu einem standesmäßigen Auskommen fehlt. Der Zahl der Beamten, nicht den Besoldungen, gilt das Ersparen. Uebrigens sind die Hofnungen derer, welche eine Verminderung der Staatsausgaben wünschen, hauptsächlich auf die Ausgaben für das Kriegswesen, für Gesandtschaften und für Gnadengehalte gerichtet.

365. Jedoch die Hauptsache ist, daß diese Grundsätze (§. 360 — 364.) ins Leben eingeführt werden. Dafür hat die Staatsverfassung Bürgschaft zu leisten. Denn so schwer ist es, die einzelnen Fälle nach diesen Grundsätzen zu beurtheilen, so leicht ist es, aus fremdem Beutel freigebig zu seyn, daß die Formen der Verfassung dem Volke eine Stimme bei der Besteuerung zusichern müssen, wenn nicht die Schwierigkeit der wissenschaftlichen Aufgabe zur Beschönigung der Willkühr im Leben gemißbraucht werden soll. Darum haben die Völker deutschen Ursprungs von jeher den Grundsatz festgehalten, daß Niemand ohne seine Zustimmung besteuert werden dürfe. Sie waren der Meinung, oder sie ahneten, daß das Besteuerungsrecht seinem Wesen nach die Freiheit gefährde, wenn es nicht einer Vertragsregel unterworfen werde. — Und gleichwohl stehen die öffentlichen Abgaben nicht selten in der unbeschränkten Einherrschaft, auch in der Aristokratie, am niedrigsten. Das hat unter anderem die Ursache, daß in diesen Verfassungen, wenn von der Besteuerung die Frage ist, die öffentliche Meinung in der Furcht des Staatsherrschers vor der Unzufriedenheit des Volkes einen einflußreichen Repräsentanten hat. Zuweilen trägt auch der Geist jener Verfassungen, z. B. die Unveränderlichkeit der Regierungsmaximen einer Aristokratie, zu diesem Resultate das Seinige bei.⁷⁾ — Wenn übrigens die Verfassung dem Volke oder dessen Stellvertretern ein Stimmrecht bei der Besteuerung zusichert, so ist dieses Recht nicht so zu deuten, als ob vermöge

7) Vgl. *Montesquieu de l'esprit des lois*, XIII, 10 ff. — Ich brauche wohl nicht das, was ich im Texte zum Lobe der Einherrschaft und der Aristokratie gesagt habe, noch gegen Mißdeutungen zu verwahren.

desselben die Abgaben nach Gefallen bewilligt oder verweigert werden könnten. Das Recht beschränkt sich vielmehr auf die Entscheidung über die Fragen: Sind die Abgaben, die gefordert oder in Vorschlag gebracht werden, durch die Nothwendigkeit der Ausgaben, für welche sie bestimmt sind, gerechtfertigt? und bis zu welchem Betrage? auf welche Gegenstände sind die Abgaben zu legen? wie sind sie zu vertheilen? Denn das Steuern ist eine Pflicht, und nicht ein guter Wille. ⁸⁾

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von den Mitteln zur Bestreitung des Staatsaufwandes.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von den Mitteln zur Bestreitung des Staatsaufwandes im Allgemeinen.

ERSTER ABSCHNITT.

Von der Verschiedenheit der Kapitalien,
welche
eine Nation zur Bestreitung des Staatsaufwandes
bestimmen kann.

366. Die Eintheilung der Kapitalien in feste oder fixe und in umlaufende (§. 91.) ist auch auf

8) Man sollte daher — in der Repräsentativverfassung — nicht von einem Rechte der Steuerbewilligung sprechen.

diejenigen Kapitalien anwendbar, mit welchen eine Nation den Staatsaufwand bestreitet, d. i. es kann eine Nation entweder ein festes oder ein umlaufendes Kapital zu diesem Zwecke bestimmen oder bestimmt haben. Auch der Fall ist möglich, dafs das zu diesem Zwecke bestimmte Kapital — oder das Staatskapital — theils von der einen, theils von der andern Art ist. Ja es wird sich in der Folge zeigen, dafs das Staatskapital nur lediglich und allein ein umlaufendes Kapital seyn kann und darf. (Nur so also ist der zweyte Fall zu verstehn, dafs die Bestreitung der Staatsbedürfnisse durch ein umlaufendes Kapital die Regel seyn kann.)

367. Also: I.) Eine Nation bestreitet den Staatsaufwand mit einem festen oder stehenden Kapitale, wenn ein gewisser Theil des Nationalvermögens ein für allemal zur Bestreitung des gesamten Staatsaufwandes bestimmt ist; wobei es sich übrigens von selbst versteht, dafs der Regierung dennoch Mittel zu Gebote stehen können und nach Befinden müssen, dieses Kapital von Zeit zu Zeit durch einen neuen Zuwachs zu vermehren. — Die unter dem Kapitale begriffenen Güter können, und sie werden in der Regel drei verschiedene Bestimmungen, bald die eine bald die andere, haben. Gewisse Güter — z. B. Strassen, schiffbare Flüsse, öffentliche Plätze, — sind dem gemeinen Gebrauche der Staatsgenossen vorbehalten. (Mann kann sie zusammen das Gemeingut der Nation — *patrimonium*

Anders verhielt sich die Sache mit den deutschen Landständen. Denn die öffentlichen Ausgaben waren in der Regel aus dem Einkommen der landesfürstlichen Kammer zu bestreiten. In Großbritannien hat das Unterhaus zuweilen dem *Budget* seine Zustimmung verweigert; aber nur, um einen Ministerwechsel zu erzwingen.

reipublicae s. populi — nennen.) Andere, — z. B. die fürstlichen Schlösser und Gärten, die Gebäude in welchen die Staatsbehörden ihre Geschäfte verrichten, Zeughäuser, — werden unmittelbar (oder ihrer wesentlichen Bestimmung nach) von der Regierung benutzt und gebraucht. (Man kann diese Güter zusammen das Sondergut der Regierung — *patrimonium principis* — nennen, obwohl diese Benennung noch passender unter der Voraussetzung ist, daß der Staatsaufwand in der Regel mit einem umlaufenden Kapitale bestritten wird.) Endlich von den übrigen Gütern bezieht die Regierung nur die Früchte und Einkünfte; und zwar, um mit diesen die Staatsausgaben zu decken. — Ein solches Staatskapital kann aus Liegenschaften, aus Kapitalien in der engeren Bedeutung (§. 91.) aus Gewerben und Monopoliën aller Art bestehn. Auch die nutzbaren Hoheitsrechte, d. i. die Hoheitsrechte, *jura imperii utilia*, vermöge welcher der Staat mittelbar⁹⁾ ein Einkommen von den Unterthanen bezieht, (also z. B. das Strafrecht) können, kapitalisirt, als ein Bestandtheil dieses Kapitals betrachtet werden. Ein Schatz, welchen die Regierung gesammelt hat, ist, so lange er seinem Schicksale, dem Verthun, entgeht, schon seinem Wesen nach ein stehendes Staatskapital.

368. Der Fall, daß die Staatsausgaben von einem stehenden Kapitale bestritten werden, tritt in monarchischen Staaten so häufig ein, daß er in diesen Staaten fast der gewöhnlichere ist. Nach diesem Plane war z. B. in den deutschen Monarchien der Staatshaushalt, (wenn anders dieses Wort hier an seiner Stelle ist,) gleich anfangs geordnet. Das Lehns-

9) Mittelbar — also nicht das Staatsobereigenthum. — Vgl. §. 372. Anm. 16.

wesen war nur eine Erweiterung desselben Planes. Auch jetzo noch giebt es in allen monarchischen Staaten deutschen Ursprungs (Großbritannien jedoch, auch in einem gewissen Grade Frankreich ¹⁰⁾ ausgenommen,) neben dem umlaufenden Staatskapitale ein mehr oder weniger bedeutendes festes Staatskapital. — Die Ursache, daß in der Monarchie diese Ordnung des Staatshaushaltes so häufig vorkommt, liegt in der Art, wie diese Verfassung in vielen Fällen entsteht. Reichthum ist Macht; er bahnt dem Herrschlustigen den Weg zum Gebieten. In Deutschland wurden die Landherren, (die Besitzer großer Grundherrschaften, die Dynasten,) mit der Zeit Landesherrn ¹¹⁾. — Um so erklärbarer ist es, daß in den Monarchien, in welchen der Staatsaufwand von einem stehenden Kapitale bestritten wird, die Idee des Staatsvermögens oft gänzlich in den Hintergrund tritt ¹²⁾. Sogar dahin kann es kommen, daß selbst das Land als das Privateigenthum des Fürsten betrachtet wird. Denn die Staatshaushaltung entscheidet allemal über die Staatsverwaltung überhaupt.

369. Eine Nation bestreitet ihren Aufwand II.) mit einem umlaufenden Kapitale, wenn der Staat seine Ausgabe darauf beschränkt, Abgaben einzunehmen und diese Einnahme wieder auszugeben. Je schneller dieser Wechsel ist, d. i. je schneller der Staat das, was er einnimmt, wieder ausgiebt, desto

10) Frankreich hat denn doch noch große Nationalwaldungen.

11) Hüllmann's Geschichte der Domänialverwaltung in Deutschland. Frankf. a. O. 1807. 8.

12) Als man in mehreren deutschen Staaten den Kammergütern den Namen Domänen gab, hat man mehr als bloß den Sprachgebrauch verändert. Worte sind Begriffe.

entschiedener ist der Gegensatz zwischen dieser und der ersteren Art der Staatshaushaltung. Soll der Wechsel mit möglichster Schnelle vor sich gehn, die Staatskasse sich eben so schnell leeren, als füllen: so muß die Einnahme in Geld bestehn. (Ich werde in den folgenden §. 370. u. 371. jederzeit voraussetzen, daß die Einnahme des Staates in Geld bestehe. Von dieser Voraussetzung ist bei der Beurtheilung jener beiden Arten der Staatshaushaltung um so mehr auszugehen, da der Erhebung der Abgaben in Naturalien zugleich dieselben Gründe, wie der Bestreitung des Staatsaufwandes durch ein festes Kapital, entgegenstehn.) — Jedoch ohne alle Einschränkung ist dieser Plan nirgends ausführbar. Allemal sind gewisse Sachen theils der Gesamtheit der Bürger, theils der Regierung zum unmittelbaren Gebrauche bleibend vorzubehalten. (*Patrimonium populi — principis.* Vgl. §. 367.) Ueberdies können aus besondern Gründen auch solche Sachen zu dem festen Staatskapitale zu schlagen seyn, welche der Staat nur mittelbar, d. i. nur weil und in wie fern sie einträglich sind, benutzen kann. Man wird z. B. finden, daß zur Bestreitung der Ausgaben des Gottesdienstes und des Volksunterrichts in sehr vielen Staaten ein stehendes Kapital bestimmt ist. Dies geschah in der Furcht, daß die Menschen sonst versucht werden, auch im Drange der Umstände genöthiget seyn könnten, an diesen Ausgaben zu sparen; vielleicht auch in der Absicht, den Zweck dieser Ausgaben desto höher zu stellen. (Würde es nicht von guten Folgen seyn, wenn für die Civilliste des Fürsten nicht bloß eine bestimmte Summe Geld, sondern bis zu einem gewissen Betrage die Einnahme von bestimmten Landgütern ausgesetzt würde?)

370. Vergleicht man diese beiden Arten der Staatshaushaltung (§. 367. 369.) mit einander aus

dem Standpunkte der Staatswirthschaftslehre, so verdient die zweite unbedingt den Vorzug. — Die erste entzieht ihrem Wesen nach einen Theil des Nationalvermögens dem Verkehre; sie beschränkt also ihrem Wesen nach die Freiheit der Einzelnen, nach Gefallen zu werben und zu erwerben. Sie hat überdies fast unausbleiblich die Folge, daß der Staat (*de jure* oder *de facto*) ein Monopolist wird. (Z. B. in den deutschen Staaten ist die Post, eine Staatsanstalt, ein privilegiertes Gewerbe. In einigen dieser Staaten sind die Fruchtvorräthe auf den öffentlichen Speichern so bedeutend, daß die Regierung, je nachdem sie diese Vorräthe zu Markte bringt oder mit dem Verkaufe zurückhält, die Preise nach Gefallen niederdrücken oder steigern kann.) Eben so kann oder wird diese Art der Staatshaushaltung, indem sie das Geldinteresse des Staates mit dem der Unterthanen entzweit, mittelbar zu dem Systeme der Erwerbsvormundschaft führen. (Zur Bestätigung dieses Satzes kann man sich z. B. auf die Folgen berufen, welche das Lehnswesen in wirthschaftlicher Hinsicht hatte.) Auf jeden Fall kann es einer Regierung, welche über ein für ihre Bedürfnisse hinreichendes stehendes Kapital gebietet, ziemlich gleichgültig seyn, ob der Wohlstand der Nation im Wachsen oder im Abnehmen sey. Endlich aber verwickelt dieses System die Unterthanen in Streitigkeiten mit der Regierung, also mit einem Gegner, welcher wegen seiner Macht allemal zu scheuen, zuweilen sogar zu fürchten ist. — In einem nicht vortheilhafteren Lichte erscheint diese Art der Staatshaushaltung, wenn man das Interesse der Nation, als einer Gesamtheit, zur Regel der Beurtheilung wählt, d. i. wenn man die Kosten dieser Haushaltung in Anschlag bringt. Es ist eine eben so bekannte als unumstößliche Wahrheit: Das Vermögen einer Gemeinheit wird vergleichungsweise

schlecht verwaltet. (*Omnis universitas male administrat.*) Denn es fehlt der Sporn, das Privatinteresse; oft stellt sich sogar das Privatinteresse dem öffentlichen entgegen. Das aber ist der Geist des zweiten Systemes, daß der Staat so wenig als möglich verwalten, nur einnehmen und ausgeben soll. In einem gewissen Sinne ist die beste Staatskasse die, welche immer leer ist. Selbst die Sammlung eines Schatzes ist nicht zu billigen. Nicht nur, weil ein Schatz, den die Regierung gesammelt hat, zur Verschwendung reizt; ¹³⁾ sondern auch und besonders deswegen, weil ein solcher Schatz dem Verkehre Kapitalien entzieht.

371. Anders kann die Frage zu entscheiden seyn, wenn man diese beiden Arten der Staatshaushaltung in ihrem Zusammenhange mit der Verfassung des Staates betrachtet. — Das erstere System ist in der Regel ¹⁴⁾ der Unabhängigkeit der Regierung vom Volke eben so günstig, als das letztere dieser Unabhängigkeit ungünstig ist. Ist das Staatsvermögen ein festes Kapital, braucht also die Regierung das Volk nicht mit Steuern zu belasten, so wird dieses geneigt seyn, das Regieren der Regierung anheim zu stellen. Ein solches Kapital setzt überdies schon seiner Beschaffenheit nach eine Menge Privatinteressen mit dem Interesse der Regierung in einen ständigen Zusammenhang; nicht zu gedenken der Mittel, die es in die Hand der Regierung legt,

13) Besonders in der Einherrschaft. *Montesquieu des causes de la grandeur des Romains. Chap. 12.* Es geht, wie im Privatleben. Auf einen guten Wirth folgt oft ein schlechter.

14) In der Regel — denn der Satz gilt nicht von einer jeden Gestalt, welche dieses System annehmen kann; z. B. nicht von dem Lehnswesen.

ihren Einfluß planmäßig zu erweitern. In Großbritannien, in Frankreich, in den deutschen Staaten haben die Steuern die öffentliche Freiheit gegründet, oder gepflegt, oder wiederhergestellt. — Der Zusammenhang, in welchem das erstere System mit dem Interesse der Regierung steht, ist vielleicht die Hauptursache, daß das andere System, so entschieden es auch in wirthschaftlicher Hinsicht den Vorzug verdient, dennoch in mehreren Staaten nur nothgedrungen und nur unvollkommen in Vollziehung gesetzt wird. Freilich richtet man zuweilen auch den Blick auf die Zukunft. ¹⁵⁾

ZWEITER ABSCHNITT.

Von den einzelnen Quellen des Staatsvermögens

oder

von den verschiedenen Arten, wie der Staat ein Vermögen erwerben kann.

372. Die Arten, wie der Staat ein Vermögen erwerben kann, lassen sich unter zwei Hauptklassen bringen. — Erste Klasse: Eine Nation ist

¹⁵⁾ Den deutschen Standesherrn sind ihre Kammergüter ungeschmälert verblieben. Wenigstens in dieser Beziehung können sie sich nicht über ihren dermaligen Rechtszustand beschweren; denn schwerlich dürfte sich der Satz vertheidigen lassen: Die Kammergüter der deutschen Fürsten sind insgesamt, zufolge der Art, wie sie erworben worden sind, Stammgut.

eine Gemeinde, eine moralische Person, Sie kann in dieser Eigenschaft eben so, wie eine andere moralische Person oder wie ein einzelner Mensch, ein Vermögen erwerben. (Sie hat sogar vor andern moralischen Personen den Vorzug der Selbstständigkeit. Sie ist mit einem Menschen zu vergleichen, welcher im Stande der Natur lebt.) Diese Klasse begreift nun diejenigen Erwerbungen unter sich, welche der Staatsherrscher als Repräsentant oder Vertreter der Nation macht. — Die zweite Klasse besteht aus denjenigen Erwerbungen, welche der Staatsherrscher, als solcher, also *jure imperii*, zu machen berechtigt ist. Diese Klasse zerfällt wieder in zwei Unterklassen. Diejenigen Erwerbungen, welche der Staat kraft seines Obereigenthumes machen kann, gehören in die eine, diejenigen Erwerbungen, welche auf den übrigen Hoheitsrechten beruhen, (die man in so fern mittelbar nutzbare Hoheitsrechte nennt,) gehören in die andere dieser Unterklassen.¹⁶⁾

373. Diese Eintheilung der Quellen des Staatsvermögens steht mit der im vorigen Abschnitte erläuterten Verschiedenheit dieses Vermögens in keinem Zusammenhange. Wie auch der Staat zu einem Vermögen gelange, er kann die Brauchlichkeiten, die er erworben hat, entweder als ein stehendes oder als ein umlaufendes Kapital benutzen; unter einer jeden Voraussetzung gelten von der Verwaltung und Verwendung des Staatsvermögens dieselben

16) Das Wort: Regalien — auch der Ausdruck: Nutzbare Hoheitsrechte, — begreift unserem Sprachgebrauche nach mehrere ihrem Grunde nach verschiedenartige Rechte unter sich, welche nur das unter sich gemein haben, daß sie der Regierung zustehn und dieser ein Einkommen gewähren. Man kann jedoch diese Rechte mit Hülfe der vorliegenden Untersuchung leicht ihren Gründen nach classificiren.

Grundsätze. — Dagegen sind die Fragen, welche die Erwerbung des Staatsvermögens betreffen, nach der Verschiedenheit der Erwerbsquellen, verschieden zu beantworten. Nun gehören zwar diese Fragen, streng genommen, nur in so fern in die Staatswirthschaftslehre, als sie den Erwerb kraft des Staatsobereigenthumes angehn. Jedoch wird es zweckmässig seyn, den Erwerb des Staates, auch was die übrigen Arten dieses Erwerbes anlangt, in dem vorliegenden Abschnitte in Betrachtung zu ziehn, damit die eigenthümliche Beschaffenheit des Staatsobereigenthumes desto bestimmter und abgegrenzter hervortrete. Wehe dem Staate, in welchem die Regierung ein jedes Recht, das ihr zu einem Erwerbe verhelfen kann, zu dem Zwecke ausübt, einen Erwerb zu machen.

ERSTE KLASSE: Die Arten, wie der Staat im Namen der Gemeinde ein Vermögen erwerben kann. (*Modi acquirendi juris civilis*)

374. Erste Erwerbsquelle: Indem sich ein Volk einen Theil des Erdbodens — ein Land — zueignet, erwirbt es (in Verhältniß zu andern Völkern) theils das Eigenthum an dem gesamten von der Landesgrenze eingeschlossenen Boden, theils das Eigenthum an allen den beweglichen Sachen, welche sich auf, oder unter, oder über diesem Boden befinden. (Ich will mich nicht bis zu den Bedingungen versteigen, unter welchen ein Volk ein Land erwerben kann. Ich spreche nur von den Folgen einer solchen Erwerbung.) Ich unterstelle sofort den Fall, als den uns am nächsten liegenden, daß sich die einzelnen Staatsgenossen in den Grund und Boden

und in die beweglichen Sachen, die sich innerhalb des Landes befanden, — nach Lust und Gefallen oder planmäfsig, — getheilt haben. Was nun bei dieser Theilung ungetheilt, also herrenlos geblieben ist, oder was in der Folge herrenlos wird, (also z. B. erbloses Gut, ein Schatz, der gefunden wird, oder ein anderer Fund,) ist Staatsgut. Das hat jedoch nicht den Sinn, als ob der Staat unbedingt berechtigt wäre, sich alle diese Liegenschaften und Brauchlichkeiten, sey es zu seinem Gebrauche oder zur Vermehrung seines Einkommens, zuzueignen. Wenigstens nach dem Systeme der Erwerbsfreiheit ist vielmehr die Regel die: Was im Lande keinen Herrn hat, dessen kann sich ein jeder einzelne Staatsgenosse bemächtigen. Nur über die Bedingungen der Occupation, so wie über die Ausnahmen dieser Regel, welche jedoch durch besondere Gründe zu rechtfertigen sind, hat der Staat zu entscheiden. Es ist z. B. der Staat allerdings berechtigt, sich erbloses Gut zuzueignen, damit auf die Berichtigung der auf dem Nachlasse haftenden Schulden Bedacht genommen werde. Oder wird man die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika tadeln, dafs sie die Ländereien, die noch nicht einen Sondereigenthümer haben, auf Rechnung des Staatsschatzes verkauft? Dagegen läfst sich ein Gesetz, welches alle Bergwerke der Staatskasse zueignet, höchstens unter der Voraussetzung vertheidigen, dafs der Staat seine Ausgaben mit einem stehenden Kapitale zu bestreiten hat. Noch weniger würde ein Gesetz Beifall verdienen, welches einen jeden Fund (alle *res inventas*) zu den Staatseinkünften schläge. Eine gefundene Sache ist billig dem Finder zu lassen,¹⁷⁾ nur dafür hat der

17) Jedoch mit der Einschränkung, dafs ein Schatz zur Hälfte dem Eigenthümer des Grundstückes verbleiben muß,

Staat zu sorgen, daß sich Niemand eine verlorne Sache gleich als eine gefundene zueigne.

375. Zweite Erwerbsquelle: Das Gemeinwesen und in dessen Namen die Regierung kann ebenso, wie ein Privatmann, durch Schenkungen und Vermächtnisse einen Erwerb machen. Jedoch ehe die Regierung eine Schenkung oder ein Vermächtniß annimmt, hat sie theils die Gründe, welche den Geber oder den Erb-Lasser zu der Verfügung bestimmt haben, theils die Bedingungen, an welche die Verfügung geknüpft worden ist, zu prüfen. So wenig auch soust die Staatshaushaltung der römischen Kaiser als musterhaft gepriesen zu werden verdient, so machen doch die Worte des Kaisers PERTINAX eine Ausnahme: *Non admissurum se hereditatem ejus, qui litis causa Principem reliquerit heredem; neque tabulas non legitime factas, in quibus ipse eam ob causam heres institutus sit, probaturum; neque ex nuda voce heredis nomen admissurum; neque ex ulla scriptura, cui juris auctoritas desit, aliquid adepturum.* ¹⁸⁾

376. Dritte Erwerbsquelle: Der Staat kann mit dem Vermögen, das er — kraft irgend eines Rechtsgrundes — erworben hat, eben so (*titulo oneroso*) einen Erwerb machen, wie ein Privatmann mit dem seinigen. Er kann kaufen, verkaufen, vermiethen, verpachten, Kapitalien zinsbar anlegen

auf welchem er gefunden wird. Man darf vermuthen, daß der dermalige Eigenthümer des Grundstückes ein, wenn auch unerweisliches, Recht auf den ganzen Schatz habe. Auf jeden Fall hätte er den Fund verhindern können. §. 39. *J. de rerum divis.* — *Code civ.* Art. 716.

18) §. 8. *J. quibus modis testam infirmantur.*

u. s. w. Allerdings hat er sich in einem jeden einzelnen Falle die Frage vorzulegen, ob er das, was er thun kann, auch thun darf und soll; eine Frage, deren Beantwortung aus der Staatswissenschaft überhaupt, und nicht aus einem besonderen oder einzelnen Theile dieser Wissenschaft zu entlehnen ist. In dem vorliegenden Abschnitte kommt diese Erwerbsart nur ihrer Form nach in Betrachtung. In dieser Beziehung aber steht sie schlechthin unter den Gesetzen des gemeinen bürgerlichen Rechts. Es ist zwar sehr erklärlich, warum mehrere Gesetzgebungen der Staatskasse gewisse Vorrechte in bürgerlichen Sachen (*privilegia fisci*) ertheilen. Aber rechtfertigen läßt sich diese Begünstigung der Staatskasse nicht.¹⁹⁾ Eine Gemeinheit, (also die Nation,) hat nicht ein anderes oder ein besseres Recht, als der einzelne Mensch.²⁰⁾

377. Vierte Erwerbsquelle: Eine Nation kann von einer andern — *ex jure belli et pacis* —

19) Jedoch ist unter diesem Verdammungsurtheile nicht das Vorzugsrecht der Staatskasse wegen rückständiger Abgaben begriffen. Nicht die Gemeindekasse (§. 314 — 316) sondern die herrschaftliche Kasse. (§. 387. ff.) hat die Abgaben zu fordern. Die laufenden Abgaben sind dem Rechte nach so zu betrachten, als ob sie Tag für Tag von dem Staate wirklich erhoben worden wären. Jenes Vorzugsrecht ist seinem Grunde nach ein Vindicationsrecht.

20) „*Licet enim* (sagen die Kayser *Severus* und *Antoninus* in dem Anm. 18. a. Paragraphen der *Instit.*) *legibus soluti simus, attamen legibus vivimus;*“ d. i. obwohl auf Erden kein Richter über uns ist, so ist doch ein Richter in uns und eine Gefahr ausser uns. — In einem päbstlichen Gesetze das in dem *tit. C. de summa trinitate* steht, kommen die schönen Worte, (obwohl in einem andern Sinne, als in dem hier treffenden) vor: „*Nihil est quod clariore luce praesulgeat, quam recta fides in Principe.*“

Geld und Gut erwerben. Die Rechtmäßigkeit dieses Erwerbes ist nach den Grundsätzen des Völkerrechts zu beurtheilen. Jedoch kann sich die Frage auch so stellen, ob der Erwerb in Beziehung auf die Dienstgewalt (oder Oberherrlichkeit) des Staates zulässig sey. Und sie stellt sich z. B. so, wenn ein Fürst eine Abtheilung seines Heeres einem andern Fürsten in Sold giebt.²¹⁾ Angenommen, daß ein Staat Eroberungen macht, so sind die Einkünfte, die er von dem eroberten Lande bezieht, in Beziehung auf die Einwohner des eroberten Landes, zugleich nach dem Staatsrechte dieses Landes zu beurtheilen; jedoch so, daß das Recht dieses Landes nur die Regel, die Kriegsnoth (*la raison de guerre*) aber die Ausnahme bildet, d. i. daß der Eroberer zwar in der Regel eben so, wie die verdrängte Regierung, zu wirthschaften hat; in Nothfällen aber die Lasten des eingenommenen Landes auch steigern mag. (Freilich wird die Regel von der Ausnahme nicht selten verschlungen) — Uebrigens ist die in Frage stehende Erwerbsart unter allen die unsicherste. Der Krieg ist auch in wirthschaftlicher Hinsicht ein Wagspiel; ein Spiel, in welchem die Nation ihr ganzes Vermögen wagt. Wie urtheilt man aber von einem Spieler, der seine ganze Habe auf eine Karte setzt? zumal, wenn er mit dem, was er hat, gemächlich leben kann?

21) Die Dienstgewalt des Staates wird in diesem Falle zu einem mittelbar nutzbaren Hoheitsrechte.

ZWEITE KLASSE: Die Arten, wie das Staatsvermögen kraft der Hoheitsrechte erworben werden kann. (*Modi acquirendi juris publici.*) Und zwar:

ERSTE UNTERKLASSE: Kraft der mittelbar-nutzbaren Hoheitsrechte.

378. Es giebt mehrere Hoheitsrechte, welche, obwohl unter dem Staatsobereigenthume nicht begriffen, dennoch dem Staate eine Einnahme gewähren können, welche sich vollkommen rechtfertigen läßt. So ist es z. B. ganz in der Ordnung, daß der Staat, kraft der ihm zustehenden Strafgewalt, auf gewisse Vergehungen eine Geldstrafe setzt. — Aber, unter welchen Bedingungen läßt sich eine Einnahme dieser Art rechtfertigen? Giebt es einen Mafsstab für den Betrag einer solchen Einnahme? und welches ist dieser Mafsstab? Diese Fragen sind im Allgemeinen so zu beantworten: Ein Hoheitsrecht, das nicht unter dem Staatsobereigenthume begriffen ist, darf von dem Staate nicht zu *dem* Zwecke ausgeübt werden, daß es ihm eine Einnahme gewähre; sondern eine Einnahme, welche der Staat kraft eines solchen Hoheitsrechtes bezieht, ist nur in so fern eine rechtmäßige Einnahme, als sie sich, ihrem Grunde und ihrem Betrage nach, durch den *eigenthümlichen* Zweck desjenigen Hoheitsrechtes vertheidigen läßt, kraft dessen sie bezogen wird. — Die Anwendung dieses Grundsatzes auf die unter demselben begriffenen einzelnen Fälle gehört nicht in die Staatswirthschaftslehre. Wohl aber hat diese Wissenschaft auf die Warnung, welche in jenem Grundsatze liegt, dringend aufmerksam zu machen;

und um so dringender, je öfter der Grundsatz verkannt und selbst wissenschaftlich verletzt wird. Eine Regierung kann sich durch nichts so sehr herabwürdigen, als wenn bei ihr das zu kaufen ist, was nicht käuflich seyn soll, oder als wenn sie unredlich mit ihrer Gewalt Wucher treibt. Soll z. B. der Reichtum ein Verbrechen seyn? Ist es wohl erlaubt, eine Begnadigung von der Bedingung abhängig zu machen, daß der Begnadigte eine Summe Geld zu entrichten habe? ²²⁾ (Die unmittelbare Ursache der kirchlichen Spaltung, durch welche die katholische Kirche einen großen Theil ihres Gebiets verlor, war der Mißbrauch, den der Pabst Leo X., ein prachtliebender Herr, in dem Interesse seiner Kammer, von dem Begnadigungsrecht machte.) Oder lassen sich Dispensationen rechtfertigen, wenn sie zu haben sind, sobald man sie kaufen kann? Das Recht zu dispensiren ist schon an sich ein eben so zweifelhaftes, als gefährliches Recht. ²³⁾ Endlich, sollte es in den Staaten, in welchen es einen Erbadel giebt, verstattet seyn, Adelsdiplome für Geld zu ertheilen?

ZWEITE UNTERKLASSE: Kraft des Staatsobereigenthumes.

379. Das Recht, welches seinem Wesen nach den Staat ermächtigt, den öffentlichen Aufwand aus

22) In dem Tagebuche eines Scharfrichters aus dem 15ten Jahrhunderte heist es: „Heute habe den N. N. justificiren sollen. Haben Se. fürstl. Gnaden denselben für 30 fl. begnadiget. *Reservatur ad judicium aeternum*“ — Qu. Was?

23) Die Bedingungen und die Grenzen dieses Rechts lassen sich nicht im allgemeinen bestimmen. Alles kommt auf die Verfassung eines jeden einzelnen Staates, theils auf die Verschiedenheit der Gegenstände der Gesetzgebung an. Die Regel sey die, daß die Regierung nur in den von dem Gesetze ausdrücklich bestimmten Fällen von diesem Rechte Gebrauch machen könne.

dem Nationalvermögen zu bestreiten, das Recht, von welchem zu diesem Zwecke fast ein jeder Staat Gebrauch zu machen genöthiget ist, ist und bleibt das Obereigenthum. — Wie bereits §. 366—371. gezeigt worden ist, kann der Staat von diesem seinem Rechte entweder so Gebrauch machen, daß er einen Theil des Nationalvermögens ein für allemal, oder als ein stehendes Kapital zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse bestimmt, oder so, daß er zu demselben Zwecke nur Abgaben den Unterthanen auferlegt. — Der erste von diesen Fällen wird in dem vorliegenden Hauptstücke weiter nicht in Betrachtung gezogen werden. Nicht wegen der Gründe, welche dieser Art der Staatshaushaltung in wirthschaftlicher Hinsicht entgegenstehn; sondern deswegen, weil die Wissenschaft keinen Grundsatz aufzustellen vermag, welcher bei der nach diesem Systeme zu treffenden Theilung des Nationalvermögens die Loose der sich Theilenden, den Gegenständen oder der GröÙe nach, bestimmte. Da hängt alles von den in der Erfahrung bestehenden Verhältnissen, von Zeit und Umständen und von dem Geiste der Staatsverfassung ab. Daher stellt und gestaltet sich auch dieses System, wo es der Staatshaushaltung zum Grunde liegt, hier so, dort anders, z. B. bald mehr zum Vortheile der Regierung, bald mehr zum Vortheile der Nation. Bedürfte es übrigens noch eines Grundes, um die Verwerflichkeit dieses Systemes der Staatshaushaltung darzuthun, so würde dieser aus den Regeln entlehnt werden können, welche von der Erhebung und Vertheilung der Abgaben gelten. Ein stehendes Staatskapital ist der Sache nach eine Abgabe, welche von der Nation fortdauernd nach demselben Mafstabe (oder Steuerfufse) entrichtet wird. Aber kann eine solche Abgabe mit den jeweiligen Vermögensumständen der Steuerpflichtigen in Verhältniß stehn?

Muß sie nicht unausbleiblich die Reichen vor den Armen begünstigen? — Der zweite Fall fordert und verdient eine so ausführliche Erörterung, daß von ihm in einer besondern Abtheilung gehandelt werden wird.

ZWEITE ABTHEILUNG.

Von der Bestreitung des Staatsaufwandes durch Auflagen. ²⁴⁾

ERSTER ABSCHNITT.

Von den Auflagen im Allgemeinen.

I. Begriff.

380. Auflagen sind Zahlungen, welche der Staat kraft seines Obereigenthumes von den Staatsgenossen zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse erhebt. ²⁵⁾ Unter

24) Die Worte: Auflagen, Abgaben, bezeichnen denselben Gegenstand, nur in verschiedenen Beziehungen. Auch die Worte: Auflagen und Steuern sind gleichbedeutend. Jedoch wird das letztere Wort gewöhnlich nur von den directen Auflagen gebraucht.

25) Vgl. Kröncke: Das Steuerwesen nach seiner Natur und nach seinen Wirkungen untersucht. Darmst. u. Gießen, 1804. 8. Ebend. Ueber die Grundsätze einer richtigen Besteuerung. Heidelb. 1819. 8. Ebend. Abhandlungen über staatswirthschaftliche Gegenstände. IV. Th. Heidelb. 1819. 8. Handbuch der Finanzwissenschaft und Finanzverwaltung. Vom Frh. v. Malchus. II. Thl. Stuttg. u. Tübingen, 1830. 8. *On financial reform. By Sir H. Parnell. III. Ed. Lond. 1831. 8.*

Staatsgenossen sind nicht blos diejenigen zu verstehn, welche ihren Wohnsitz oder Aufenthalt im Lande haben, sondern auch diejenigen, deren Habe aus irgend einem andern Grunde, z. B. wenn sie durch das Land reisen, der Staatsgewalt und mithin dem Obereigenthume des Staates unterworfen ist. Umgekehrt ist der Staat nur dasjenige Vermögen seiner Unterthanen zu besteuern berechtigt, welches ein Theil des Nationalvermögens ist, also sich seinen Gegenständen nach innerhalb des Staatsgebietes befindet. ²⁶⁾

II. Eintheilung der Auflagen und Abgaben.

381. Die Auflagen sind entweder offene oder heimliche Auflagen. (Die letzteren könnte man auch verschämte Auflagen nennen.) Dieser Eintheilung der Auflagen entspricht die Eintheilung der Abgaben in gezwungene und freiwillige. — In dem vorliegenden Abschnitte werde ich lediglich und allein die gezwungenen Abgaben vor Augen haben. Die freiwilligen Abgaben sind in jeder Hinsicht Anomalien. Für diese Abgaben lassen sich nicht allgemeine Grundsätze aufstellen. Sondern eine jede dieser Abgaben ist ihrer eigenthümlichen Beschaffenheit nach in Erwägung zu ziehn. (Vgl. den folgenden Abschnitt.)

382. Die Auflagen sind ferner entweder directe (unmittelbare) oder indirecte (mittelbare) Auflagen. Die directen Auflagen sind diejenigen Auflagen, welche der Staat von demjenigen Subjecte oder von

²⁶⁾ Die Anwendung dieser Regel ist in einzelnen Fällen nicht ohne Schwierigkeit. Z. B. ist der Staat berechtigt das Einkommen zu besteuern, das die Einwohner des Landes aus dem Auslande beziehn? (Allerdings! — als Einkommen.)

demjenigen Objecte erhebt, welches sie treffen (auf welches sie fallen) sollen. — Man sieht also, daß die Eintheilung zwei verschiedene Bedeutungen hat, eine subjective und eine objective. (Z. B. der Zehnten ist jederzeit eine directe Auflage in der objectiven Bedeutung. In der subjectiven Bedeutung ist diese Auflage bald eine directe, bald eine indirecte.) In der Folge wird diese Eintheilung jederzeit in ihrer objectiven Bedeutung genommen werden.

III. Grundsätze, nach welchen das Besteuerungsrecht auszuüben ist.

382. Unter diese Aufschrift gehören folgende drei Aufgaben: Was ist zu besteuern? — Wie ist die Steuerlast unter die einzelnen Steuerpflichtigen zu vertheilen? — Wie ist sie umzulegen? (Die ersten beiden Aufgaben betreffen den theoretischen, die dritte betrifft den practischen Theil der vorliegenden Lehre.) — Von der noch überdies in diese Lehre — und zwar in den theoretischen Theil — gehörenden Aufgabe: zu welchem Betrage kann eine Nation ohne Nachtheil besteuert werden? ist schon oben gehandelt worden. Da über diese letztere Frage die Wissenschaft eine nur sehr unvollkommene Auskunft ertheilen kann, so ist es ein Glück, daß es einen äusseren Mafsstab giebt, an welchem sich mit genügender Sicherheit erkennen läßt, ob eine Nation zu hoch besteuert sey. Wenn die Auflagen, ohne verändert zu werden, im Ganzen von Jahr zu Jahr weniger eintragen, so kann man annehmen, daß die Last die Kräfte der Nation übersteige.²⁷⁾

27) Damit steht der bekannte Satz im Zusammenhang: Bey Auflagen ist nicht immer zweimal zwei viere.

Uebrigens will oder muß man eine Nation über das Mafs ihrer Kräfte belasten: so leistet man auch in einer jeden andern Beziehung auf die Möglichkeit Verzicht, ein gutes Besteuerungssystem bei ihr durchzuführen. Da muß der Staatshaushalter nehmen, wo etwas zu haben oder zu holen ist. Umgekehrt: sind die Abgaben gering, so kann die Nation auch bei einem sehr fehlerhaften Besteuerungssysteme bestehen. (Eben so kann man von einer einzelnen Auflage annehmen, dafs sie entweder die Kräfte der Nation übersteige, oder aus andern Gründen fehlerhaft sey, wenn sie von Jahr zu Jahr weniger einträgt oder weit hinter dem Vorausschlage zurückbleibt.)

383. Doch, ist es nicht am Ende eine undankbare Arbeit, die im vorigen Paragraphen aufgestellten drei Fragen (oder wenigstens die beiden ersteren) zu beantworten? In der Idee des Nationalvermögens verschwindet die Verschiedenheit der Sondereigenthümer, unter welche dieses Vermögen vertheilt ist. Ist also nicht der Staatshaushalter berechtigt, zu nehmen, was oder von wem er will, wenn er nur nicht zu viel nimmt? — Aber auch zugegeben, dafs der Staatshaushalter das Interesse der einzelnen Staatsgenossen, als solcher, wahrzunehmen habe, so müssen und so werden sich doch die Auflagen, wie und von wem man sie auch erhebe, im Handel und Wandel so vertheilen, dafs sie einen Jeden nach dem Verhältnisse seiner Vermögensumstände treffen. Denn eine jede Auflage hat einen Kampf in der bürgerlichen Gesellschaft zur Folge. (Am lebhaftesten und sichtbarsten ist dieser Kampf, wenn eine Auflage zuerst ausgeschrieben wird.) Einer sucht sie dem Andern aufzubürden; und das Resultat ist, dafs Alle die Last gemeinschaftlich tragen müssen, ein Jeder

zu seinem Antheile.²⁸⁾ — So scheinbar auch diese Schutzrede einer willkürlichen Besteuerung ist, so hält sie dennoch nicht die Prüfung aus. Die Idee des Nationalvermögens enthält nur den Grund des Besteuerungsrechts, nicht die Regel für die Ausübung dieses Rechts. Vielmehr ist die Aufgabe der Staats-haushaltungslehre gerade die, das Sondereigenthum und überhaupt die bürgerliche Freiheit der einzelnen Staatsgenossen gegen das Besteuerungsrecht möglichst zu schützen und zu wahren. Allerdings hat eine jede Auflage einen Kampf in der bürgerlichen Gesellschaft zur Folge; ein Jeder hat den sehr verständigen Gedanken, sich die Abgaben, die von ihm erhoben werden, von Andern ersetzen zu lassen. Aber nicht eine jede Steuer ist von der Art, daß sie von demjenigen, von welchem sie erlegt wird, Andern aufgebürdet werden könnte. Z. B. eine Grundsteuer trifft schlechthin und allein die Eigenthümer des Grundes und des Bodens; sie können diese Steuer unter keiner Voraussetzung Andern aufbürden. Ebenso vermindert eine Besoldungssteuer unbedingt das Einkommen der steuerpflichtigen Staatsdiener, eine Steuer, die auf Erbschaften und Vermächtnisse gelegt wird, den Betrag des besteuerten Gegenstandes, eine Abgabe, welche der Käufer eines Grundstückes von dem Kaufgelde zu entrichten hat, den Tauschwerth der gesamten Grundstücke des Landes. Auch angenommen aber, daß eine Steuer von der entgegengesetzten Art ist, daß sie also von den Zahlungspflichtigen Andern aufgebürdet werden kann: so vertheilt sie sich doch deswegen nicht unter diejenigen, auf welche sie endgültig (definitiv) fällt, nach

28) Dieser Meinung ist z. B. *Canard: Principes d'écon. pol. Par. 1801. 8.* Siehe dagegen: *Simonde de Sismondi: de la richesse commerciale etc. I, 34.*

dem Verhältnisse ihrer Vermögensumstände, und eben so wenig unter die sämtlichen Staatsgenossen, überhaupt oder verhältnißmäßig. Z. B. eine Abgabe, welche (in den nördlichen Ländern von Europa) auf das Brennen oder auf den Verkauf des Brandweines gelegt wird, ist zwar allemal von den Verzehrern zu erstatten. Aber fällt sie einem jeden einzelnen Verzehrern nach dem Verhältnisse seiner Vermögensumstände, oder fällt sie allen Staatsgenossen, überhaupt oder doch allemal verhältnißmäßig, zur Last? Endlich, eine und dieselbe Abgabe kann sich, nach Verschiedenheit der Umstände, hier so, dort anders, oder auch in demselben Staate, zu verschiedenen Zeiten, verschieden vertheilen. Man lege z. B. eine Abgabe auf die Brodfrüchte: die Abgabe wird auf der bloß von ihrer Arbeit lebenden Volksklasse mehr oder weniger lasten, je nachdem diese Klasse, in einem gegebenen Staate, oder zu einer gegebenen Zeit, weniger oder mehr in der Lage ist, daß sie den Arbeitslohn erhöhen kann. (Man findet bei den Schriftstellern über die Staatswirthschaftslehre ²⁹⁾ ausführliche Erörterungen der Frage: Von wem oder mit welcher Art des Einkommens ist eine jede einzelne Art der Auflagen definitiv zu bestreiten? Bei einigen Auflagen läßt diese Frage allerdings eine allgemeine oder wissenschaftliche Beantwortung zu. Bei andern aber, und bei den meisten, kann man sie nur nach Maßgabe der in einem bestimmten Staate zu einer bestimmten Zeit bestehenden Verhältnisse beantworten. Ja, die Frage auch so gestellt, wird dennoch die Voraussicht nicht selten durch den Erfolg widerlegt werden. — Eine andere Frage, welche der vorlie-

29) Z. B. bei A. Smith, bei Ricardo. (*Chap. VIII. ff.*)

genden nahe verwandt ist, wird weiter unten erörtert werden. (§. 398.)

384. Mit dieser Schutzrede der Besteuerungswillkühr (§. 383.) steht eine andere in Zusammenhang. Man sagt: Alte Abgaben sind schon deswegen, weil sie alt sind, d. i. seit langen Jahren unverändert entrichtet worden sind, gute Abgaben. — In einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange ist dieser Satz allerdings richtig. Alte Abgaben tragen sich schon deswegen leichter, weil man eine gewohnte Last weniger als eine ungewohnte fühlt. Eine Erleichterung der Abgabenlast kann dem Volke dennoch als eine Erschwerung der Last erscheinen, wenn z. B. andere Gegenstände, als bisher, zu versteuern sind. Wird eine Abgabe herabgesetzt, so klagt man vielleicht, daß sie nicht gänzlich abgenommen worden sey. Aber auch in der That werden Abgaben mit der Zeit, (wie gewisse Weine durchs Liegen,) milder. Denn nun weiß ein Jeder, der das und das Gewerbe treiben, das und das Grundstück erkaufen will, wie viel er wegen dieses Gewerbes oder Grundstücks an Steuern zu zahlen hat; nun hat sich der §. 383. erwähnte Kampf auf die eine oder auf die andere Weise entschieden. — Jedoch alle diese Gründe für den Werth alter Abgaben gehen nur so weit, daß man mit alten Abgaben nicht leichtfertig eine Veränderung vornehmen soll. Allemal aber hat man sie zugleich ihren unmittelbaren (oder wesentlichen) Folgen nach zu prüfen und das Resultat in die andere Waagschale zu legen. Wenn z. B. (und gerade auf dieses Beispiel hat man sich oft berufen,) die Grundsteuer ungleich vertheilt ist, so ist allerdings das zu sehr belastete Grundstück verhältnißmäßig weniger werth, als das zu niedrig in der Steuer ausgesetzte. Aber eben der geringere Preis des erstern kann die Zahl der Käufer vermehren und so den

Kaufpreis steigern. Wie nun aber, wenn Missjahre oder Unglücksfälle das Grundstück treffen? wenn das Grundstück überdies das einzige Besitzthum seines Eigenthümers ist? Ich habe absichtlich den Fall nur aus dem Standpunkte des Interesses der Steuerpflichtigen betrachtet. Denn das versteht sich von selbst, daß Steuern, die gleich vertheilt sind, leichter erhoben, leichter erhöht werden können, als ungleich vertheilte; daß also eine jede ungleiche Vertheilung der Auflagen das Interesse der Staatskasse gegen sich hat.

385. Die Staatswirthschaftslehre kann über die Ausübung des Besteuerungsrechtes nur die allgemeinen Grundsätze aufstellen. Es versteht sich von selbst, daß man bei der Anwendung dieser Grundsätze auf einen gegebenen Staat die in demselben bestehenden besondern Verhältnisse zu beachten habe; z. B. das Verfassungsrecht des Staates.³⁰⁾ Zuweilen legt dieses Recht der Veränderung oder Verbesserung des Steuerwesens Hindernisse in den Weg, welche kaum oder nur allmählig beseitigt werden können. Die Zölle und andere indirecte Steuern fanden einst in den Staaten deutschen Ursprungs hauptsächlich deswegen so vielen Beifall, weil sie auch diejenigen trafen, welche wegen ihrer Vorrechte nicht unmittelbar besteuert werden konnten.

A. Was ist zu besteuern?

386. *Grundsatz:* Der Staatsaufwand ist aus dem jeweiligen Einkommen der Nation

30) Ueber den Zusammenhang der Steuern mit der Verfassung siehe *Montesquieu* liv. XII. XIII. *Gibbon*. III, 64.

zu bestreiten; ³¹⁾ also den Vermögensstock der Nation sollen die Steuern nicht angreifen und mindern. Nicht als ob sich das Besteuerungsrecht des Staates auf das Einkommen der Nation beschränkte; sondern weil, wenn kraft dieses Rechtes der Stock des Nationalvermögens vermindert würde, die Quelle des Staatseinkommens mit der Zeit vertrocknen müßte. Aber eben deswegen ist der Staat nicht in ausserordentlichen Zeiten, sondern nur in der Regel an jenen Grundsatz gebunden, also z. B. nicht in Kriegzeiten. Doch warnt jener Grundsatz die Regierungen zugleich vor Mafsregeln, welche eine Abweichung von der Regel nothwendig machen könnten.

387. Der aufgestellte Grundsatz ist auch in Beziehung auf die einzelnen Steuerpflichtigen die Regel für die Ausübung des Besteuerungsrechtes: Auch diese sind nicht über den Betrag ihres Einkommens zu besteuern. Oder es ist vielmehr in jenem Grundsatze unter dem Einkommen der Nation das der einzelnen Staatsgenossen zu verstehn, indem, wenn die Ausübung des Besteuerungsrechtes in Frage steht, die Nation jederzeit nicht als ein Ganzes oder als eine Gesamtheit, sondern als eine Anzahl oder als ein Aggregat von Individuen zu betrachten ist. — Dagegen läßt der Grundsatz die Frage unentschieden, ob das Einkommen der einzelnen Staatsgenossen direct oder indirect zu besteuern sey. Nur die Auflagen sind mit diesem Grundsatze schlechthin unvereinbar, welche ihrem Wesen nach nicht das Ein-

31) Man sagt gewöhnlich: Aus dem jährlichen Einkommen der Nation. So stellt sich auch die Sache in der Praxis. Da muß man oder da wird man am besten die Rechnung von Jahr zu Jahr machen. In wissenschaftlicher Hinsicht aber ist der im Texte gewählte Ausdruck vorzuziehn.

kommen, sondern das Kapital der Steuerpflichtigen treffen. Auflagen dieser Art sind z. B. die, welche bei der Veräußerung einer Liegenschaft von dem Kaufpreise, oder welche von Erbschaften oder Vermächtnissen erhoben werden. Die erstere Auflage setzt alle Liegenschaften des Landes um so viele Procente im Preise herab, als sie beträgt; die letztere vermindert einen jeden ihr unterworfenen Nachlaß um denselben Betrag. Die eine und die andere Auflage kann man nur mit der Maxime vertheidigen: *Rapienda est occasio, quae benignius responsum praebet!* Derselbe Grundsatz dürfte auch der Kapitaliensteuer entgegenstehn. Sie fällt fast immer auf den Schuldner zurück; sie vermindert also das Kapital, welches er aufgenommen hat.

B. Wie ist die Steuerlast unter die einzelnen Steuerpflichtigen zu *vertheilen*?

388. *Grundsatz*: Die Steuerlast ist so zu vertheilen, dafs sie die *sämtlichen* Staatsgenossen und einen jeden einzelnen Steuerpflichtigen, *nach dem Verhältnisse seines Einkommens*, treffe. (Auch dieser Grundsatz läßt übrigens die Art unbestimmt, wie sein Zweck zu erreichen sey, z. B. ob durch directe oder durch indirecte Auflagen. Diese Aufgabe gehört in den praktischen Theil der Lehre von der Besteuerung. Vgl. §. 400. ff.)

389. Der §. 388. aufgestellte Grundsatz beruht nicht auf den Vorschriften des Gesellschaftsrechts. Nicht deswegen hat ein Jeder nach dem Verhältnisse seines Einkommens zu dem Staatsaufwande beizutragen, weil er in demselben Verhältnisse von dem Staatsaufwande Vortheil zieht. Zwar ist der Vortheil des Gemeinwesens allerdings zugleich der Vortheil

der einzelnen Gemeindeglieder. Aber dieser Vortheil der Einzelnen ist weder der Grund noch der Maßstab ihrer Steuerpflichtigkeit. Wenn z. B. der Staat Vorkehrungen gegen eine drohende Seuche trifft, so kann sich der Einzelne eines Beitrages und eines verhältnißmäßigen Beitrages zu den deshalb notwendigen Ausgaben nicht aus dem Grunde weigern, weil er sich selbst gegen die Seuche zu schützen Willens und im Stande sey, oder weil er den Tod nicht fürchte. — Sondern der Rechtsgrund des Gesetzes ist der: Ein jeder Staatsgenosse ist unbedingt verpflichtet, seine Kräfte und sein Vermögen zum Besten des Gemeinwesens zu verwenden. Der Grundsatz der gleichen Vertheilung der Steuern ist nur eine Beschränkung dieser auf dem Rechte des Gemeinwesens beruhenden Pflicht der Einzelnen. Und der Staat hat sein Recht dieser Beschränkung zu unterwerfen, weil er sonst den Grundsatz der rechtlichen Gleichheit in Beziehung auf die einzelnen Steuerpflichtigen verletzen würde. — Aus dem Standpunkte der Staatswirthschaftslehre kann man für dieselbe Regel den Beweis auch so führen: Würde die Steuerlast unter die Einzelnen nicht nach dem Verhältnisse ihres Einkommens vertheilt, so müßte die Quelle des Staatseinkommens über kurz oder überlang versiegen. Denn die zu schwer Belasteten würden verarmen. — Es ist daher z. B. eine Kopfsteuer, d. i. eine Steuer, welche nach der Kopfbzahl der Steuerpflichtigen umgelegt wird, eine eben so ungerecht als unwirthschaftliche Auflage, so sehr sie sich auch durch die Leichtigkeit empfiehlt, mit welcher sie gehandhabt werden kann.³²⁾ Dagegen ist die

32) *Montesquieu XIII. 13.* sagt: Sie entspreche dem Geiste einer despotischen Verfassung. Jedoch dürfte die Kopfsteuer, welche in der Türkei von den Griechen zu zahlen ist,

§. 391. erwähnte Eintheilung der Abgaben mit dem vorliegenden Gesetze und dessen Grunde vollkommen einerlei. Eben so wenig schließt dieses Gesetz und dessen Grund die Untersuchung aus, ob oder bis zu welchem Betrage Ausländer, die sich im Lande aufhalten, oder Waaren, die durch das Land geführt werden, mit Steuern belastet werden dürfen und sollen. Denn die Pflicht, Steuern zu zahlen, hat ihre Grade; sie ist zwar *in thesi*, aber nicht *in hypothesisi* unbedingt. Vgl. §. 411.

390. Aus dem §. 388. aufgestellten Grundsätze folgt unmittelbar: Der Staat hat sich bei der Befriedigung seiner Bedürfnisse eines jeden Eingriffes in das Eigenthum einzelner Staatsgenossen zu enthalten. Er darf und soll einzelnen Unterthanen die Abtretung der ihnen gehörenden Liegenschaften und Brauchlichkeiten weder dem Gebrauche noch dem Eigenthume nach ansinnen. Jedoch, so wie alle die Gesetze, welchen die Ausübung des Staatsobereigenthumes unterworfen ist, in Nothfällen eine Ausnahme leiden oder nicht weiter anwendbar sind: so gilt dasselbe auch von jenem Folgesatze. (Das Recht des Staates, diesen Folgesatz in einem Nothfalle zu verletzen, wird auch *dominium eminens* in der engeren Bedeutung genannt.) Kennt aber auch die Noth kein Gebot, so ist doch ein solcher Eingriff in das Eigenthum einzelner Staatsgenossen nichts desto weniger eine Ungerechtigkeit. Diese möglichst zu mildern, ist die Pflicht und der Vortheil des Staates. Es gebührt daher den Beeinträchtigten eine — im Wege Rechtens auszumittelnde — Entschädigung, bei welcher billig auch das in Rechnung zu nehmen ist, was der Bethei-

wohl aus andern Ursachen abzuleiten seyn; — aus dem Stolze und der Unwissenheit der Sieger.

ligte an zufälligen Vortheilen oder von seinen Erwerbshofnungen einbüßt.³³⁾

C. Wie ist die Steuerlast umzulegen?

391. *Grundsatz:* Die Steuerlast ist so umzulegen, daß *einerseits* der Zweck, die sämtlichen Staatsgenossen und einen jeden Einzelnen nach dem Verhältnisse seines Einkommens, zu besteuern in möglichster Vollkommenheit erreicht werde, und daß *andererseits* die Last der Steuerpflichtigen in *dem* Grade erleichtert werde, in welchem es nur, ohne Nachtheil für das Staatseinkommen, geschehn kann. (Der erste Theil des Grundsatzes ist eine Folgerung aus §. 386. 388. Der andere Theil beruht auf demselben Grunde, aus welchem der Staat seine Abgabe möglichst zu beschränken verpflichtet ist.)

392. Die Aufgabe, welche aus dem ersten Theile dieses Grundsatzes hervorgeht, ist der Gegenstand des gleichfolgenden Abschnitts. Die andere in demselben Grundsatze liegende Aufgabe, — den Druck der Steuern durch die Art, wie sie zu entrichten sind, thunlichst zu mildern, — ist schon in andern Schrif-

33) Was er, wie sich das englische Recht ausdrückt, *for the Goodwill*, zu fordern berechtigt ist. Nach demselben Rechte entscheidet über die Entschädigungssumme, nöthigenfalls ein Schwurgericht. — Der Grundsatz der in Fällen dieser Art zu leistenden Entschädigung ist in allen deutschen Staaten anerkannt. In mehreren haben ihn die Gesetze ausdrücklich bekräftigt. Aber fast in allen fehlt es noch an einem Gesetze, welches über die Vollziehung des Grundsatzes die erforderlichen näheren Bestimmungen enthielte.

ten ³⁴⁾ so vollständig gelöst worden, daß ich, wenn ich auf diese Frage einginge, nur das oft Gesagte wiederholen könnte. Man findet in diesen Schriften z. B. die Regeln, daß es ratsam sey, die Steuern in kleinen Summen (oder Raten) zu erheben und die Erhebungszieler auf die Zeiten zu verlegen, wo die Steuerpflichtigen ihre Einkünfte beziehen, also am besten im Stande sind, die Steuern zu entrichten.

393. Doch ist hier sofort der Bedingung zu gedenken, unter welchem das §. 391. aufgestellte Gesetz, seinem ganzen Umfange nach, allein vollziehbar ist. Die Auflagen können nur unter *der* Bedingung dem rechtlichen und wirthschaftlichen Interesse des Staates und dem der Steuerpflichtigen entsprechen, daß sie nicht in *Naturalien*, sondern in Geld entrichtet werden. Was von dem Tauschverkehre überhaupt gilt, — daß er durch Geld vermittelt werden muß, wenn er den Grad von Vollkommenheit erreichen soll, bis zu welchem er gebracht werden kann, — das gilt auch von dem Tauschverkehre, in welchem die Regierung und die Unterthanen, indem jene das Geschäft des Regierens besorgt, diese dafür Abgaben zahlen, mit einander stehn. Wenn die Abgaben in Naturalien entrichtet werden, ist eine Vertheilung der Staatsauflagen, welche alle Staatsgenossen und einen jeden nach dem Verhältnisse seines Einkommens zur Mitleidenheit zöge, ist eine Staatshaushaltung, welche sich auf das Einnehmen und Ausgeben beschränkte, (vgl. §. 369. 370.) geradezu eine Unmöglichkeit. Da muß der Staat da nehmen, wo das zu haben ist, was er

34) Siehe z. B. A. Smith. Vtes Buch. *Say écon. pol.* III. 8.

so eben braucht. Da muß ihm für den Augenblick oft das fehlen, was er braucht; indem er das was ihm fehlt, nicht eben so leicht eintauschen als einkaufen kann. Da sieht er sich leicht genöthigt, die Auflagen, die doch ihrem Wesen nach wechseln und wandern, bald steigen bald fallen sollten, in ständige Grundlasten zu verwandeln oder auch seine Einkünfte ein für allemal seinen Dienern und deren Nachkommen zu überlassen. Man braucht, um sich von der Unvermeidlichkeit dieser Folgen zu überzeugen, nur die Geschichte der Staaten deutschen Ursprungs zu Rathe zu ziehn. Z.B. die deutschen Fürsten bestritten zwar, oder hatten zwar einst die öffentlichen Ausgaben in der Regel aus den Einkünften der Regalien und Kammergüter zu bestreiten; aber in den Urkunden kommen häufig genug Beten und selbst gewaltsame Beten (*violentæ petitiones*) vor. Die Grundlasten der deutschen Bauergüter (die Zinsen und Gülten,) waren wenigstens zum Theile ursprünglich öffentliche Auflagen. Ursprünglich erhob den Kirchenzehnten der Bischof der Diöcese. Das spätere Kirchenrecht vertheilte diesen Zehnten unter die Pfarrer; wohl hauptsächlich deswegen, weil die frühere Verwaltungsart mit großen Nachtheilen verbunden war. Es giebt überhaupt eine Menge Gesetze, über deren Ursprung die Wirthschaftslehre ein oft unerwartetes Licht verbreitet.

IV. Von den bei der Besteuerung zu beobachtenden Nebenrücksichten,

insbesondere

von dem Verhältnisse der Besteuerung zur Nationalwirthschaft.

394. Die Art, wie das Nationalvermögen besteuert ist oder wird, hat jederzeit auf die gesamten

Interessen des Staates und der Nation, — z. B. auf die Staatsverfassung, auf die Kriegsmacht des Staates, auf die Zu- oder Abnahme der Volkszahl, auf den Charakter, auf die Cultur und auf den Wohlstand der Nation, — einen mehr oder weniger entscheidenden Einfluß.³⁵⁾ Die Rücksichten, welche man auf diese, (wie man sie nennen kann,) zufälligen Vortheile oder Nachtheile der Steuern zu nehmen hat, sind zuweilen so gebieterisch, daß deshalb eine Steuer, welche an sich, d. i. bloß als ein Mittel zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse betrachtet, eine gute oder die bessere Auflage ist, dennoch zu verwerfen oder einer andern nachzusetzen seyn kann. Ich beschränke mich jedoch auf einige Bemerkungen über den Zusammenhang, in welchem die Besteuerung mit der Nationalwirthschaft steht; theils weil die vorliegende Aufgabe, im Ganzen und im Einzelnen, nur mit Rücksicht auf einen bestimmten Staat eine genügende Beantwortung zuläßt, theils weil nur die Erörterung jenes Zusammenhanges in das Gebiet der Staatswirthschaftslehre gehört.

395. Steuern können zur Vermehrung des Nationalwohlstandes wesentlich beitragen. Sie sind

35) Vgl. über diese Lehre: Staatswirthschaftliche Untersuchung des Einflusses der verschiedenen Arten von Abgaben auf die Moralität, die Thätigkeit und den Gewerbefleiß der Völker. Von Monthion. N. d. Fr. bearb. von F. A. W. von Zimmermann. Gießen 1814. 8. — *Des impositions et de leur influence sur l'industrie agricole, manufacturiere et commerciale et sur la prosperité publique. Par Christian. Par. 1814. 8.* — *Des impôts dans leurs rapport avec la production agricole Par Mathieu de Dombasle. Par. 1829. 8.* — *De'reati che nuocciono alle industrie, alle circolazioni delle ricchezze, ed al cambio delle produzioni, considerazioni del avvocato Lud. Bianchini. Napoli 1830. 8.* — Siehe auch oben Anm. 25.

ein Aufwand, welchen die Nation zu machen hat. Ein jeder Aufwand aber fordert Mittel, ihn zu decken, kann also als Reitz zum Erwerben wirken. Wenn eine Nation, welche bisher mit Steuern unbekannt war, zuerst mit Steuern belegt wird, so ist es, als ob sie ein neues Bedürfnis kennen lernte. Indem sie für dieses Bedürfnis zu sorgen genöthiget ist, erwirbt sie oft mehr, als sie zu dieser Ausgabe braucht, wird sie vielleicht aus ihrer bisherigen Trägheit geweckt. (Dasselbe gilt von einer Erhöhung der Abgaben; freilich nicht von einer jeden!) Die deutschen sogenannten geistlichen Länder waren, obwohl am wenigsten mit Abgaben belastet, doch keineswegs die reichsten. Der Aufschwung, welchen in Europa der Erwerbsfleiß in den letztverflossenen 30 oder 40 Jahren genommen hat, dürfte durch die in dieselbe Periode fallende Vermehrung der Auflagen nicht wenig befördert worden seyn.

396. Eine Nation, welche zur Bestreitung des Staatsaufwandes beharrlich mehr braucht, als ihr Einkommen beträgt, muß mit der Zeit verarmen. Zwar giebt der Staat, was er einnimmt, wieder aus; aber sein Aufwand ist größtentheils ein Verzehr ohne Production. — Wenn nun das Einkommen einer Nation, wie das eines Privatmannes, steigend und fallend ist, wenn mithin, sobald das Einkommen der Nation eine Abnahme erleidet oder fortdauernd im Sinken ist, der Staat seinen Aufwand verhältnißmäßig herabzusetzen, d. i. die Steuern verhältnißmäßig zu verringern hat: so sind die Ausgaben die gefährlichsten, deren Minderung nicht in der Macht des Staates steht; also z. B. die Ausgaben für die Verzinsung oder Rückzahlung seiner Schulden. Die Ausgaben dieser Art können noch aus einem andern Grunde die Kräfte der Nation mit der Zeit übersteigen. Wenn die Steuern in Geld erhoben werden, so müssen sie mit dem

Einkommen der Nation, dieses in Geld berechnet, in Verhältniß stehn. Nun kann sich aber das Einkommen der Nation seinem Geldwerthe nach vermindern, ungeachtet es seinem wahren Werthe nach d. i. in Frucht oder in Taglohn berechnet, dasselbe bleibt. (Dieser Fall kann z. B. eintreten, wenn die edleren Metalle im Preise steigen oder wenn die Nation vom Papiergelde zum Metallgelde zurückkehrt.) Alsdann also sind auch die Steuern verhältnißmäßig herabzusetzen. Wie aber, wenn sie zu Geldausgaben bestimmt sind, deren Ertrag unabänderlich bestimmt ist? Das Einkommen der Briten hat sich seit den Kriegsjahren (seit 1815.) seinem wahren Werthe nach vielleicht nur wenig, desto mehr aber seinem Geldwerthe nach vermindert. Die Zinsen von Großbritanniens ungeheurer Schuldenlast konnten gleichwohl deshalb nicht herabgesetzt werden. Daher die Klagen, welche in diesem Reiche seit Jahren über den Druck der Steuern geführt werden. Doch das Uebel hat sich nicht auf Großbritannien beschränkt; in ganz Europa ist seit den Kriegsjahren der Preis des Geldes gestiegen und mithin die Lage der verschuldeten Nationen drückender geworden. Davon kann man sich sofort überzeugen, wenn man den ursprünglichen und den dermaligen Betrag der Staatsschulden in Frucht ausdrückt und hierbei die Durchschnittspreise der Frucht beziehungsweise von den Jahren 1801 — 15. und von den Jahren 1816 — 30. zum Grunde legt. (Was man z. B. in der ersten Periode mit 1000 Maltern Frucht bezahlen konnte, konnte in der letzteren nur mit 2000 Malter bezahlt werden.)

397. So wie sich das System der Erwerbsvormundschaft in Europa ausgebildet und gestellt hat, ist es zugleich ein eigenthümliches System der Besteuerung. (Durch die Grenzzölle sucht man den

Erwerbsfleiß der Nation künstlich zu steigern und zu leiten; dieselben Zölle sind eine Hauptquelle des Staatseinkommens u. s. w.) Ein merkwürdiges Beispiel, wie die Grundsätze, welche von der Besteuerung an sich gelten, durch einen mittelst der Auflagen erreichbaren Nebenzweck modificirt und abgeändert werden können. Doch indem jenes System der Erwerbsvormundschaft in die Art und Weise der Besteuerung wesentlich eingreift, unterwirft es sich zugleich dem Richterstuhle der Staatshaushaltungslehre. Von diesem aber darf es am allerwenigsten ein günstiges Urtheil erwarten. Denn eine unter der Herrschaft jenes Systemes stehende Steuerverfassung kann nimmermehr die Auflagen unter die Steuerpflichtigen verhältnißmäßig vertheilen, also schon der Hauptforderung nicht entsprechen, welche die Staatshaushaltungslehre an die Steuerverfassung macht. Da, wo dieses System unmittelbar in die Besteuerung eingreift, bei den Grenzöllen, hat es überdies, in der Bestimmung der einzelnen Zollansätze, eine Willkühr zur Folge, welche zuweilen selbst ins Komische fällt. Wenn der Verfasser einer Zollordnung von einem jeden einzelnen Zollansatze Rechenschaft ablegen sollte, so würde er die Prüfung gar schlecht bestehn. Nicht selten ist in derselben Zollordnung derselbe Artikel unter verschiedenen Benennungen verschieden besteuert. Ich kenne eine Zollordnung, nach welcher die Kastanien anders, als die Castanien zu verzollen waren; eine andere, nach welcher man den Centner Edelsteine gegen einen Zoll von 6 fl. 40 kr. ins Land einführen kann.

398. Geht der Staat bei der Bewirthschaftung des Nationalvermögens von dem Grundsatz der Erwerbsfreiheit aus: so ist die Aufgabe, die er bei der Besteuerung zu lösen hat, *die*, jene Freiheit durch die Art und Weise, wie er die

Unterthanen mit Auflagen belastet, (z. B. durch die Beschaffenheit der Steuern, durch den Mechanismus der Steuererhebung,) so wenig als möglich zu beschränken.³⁶⁾ — Diese Aufgabe ist zwar nur negativer Art, gleichwohl aber sowohl für das Interesse der Besteuerung als für das der Bewirthschaftung des Nationalvermögens nicht weniger wichtig. Man kann sich davon nicht besser überzeugen, als wenn man sie in Beziehung auf das Verhältniß zwischen den Steuern und der Production betrachtet. (Ich hebe dieses Beispiel heraus, weil es in wissenschaftlicher und in praktischer Hinsicht vor andern den Vorzug verdient.) — Alle Auflagen fallen am Ende (oder ihrem definitiven Resultate nach) auf die Production. Denn alle Ausgaben sind mit irgend einem Erwerbe, also unmittelbar oder mittelbar durch irgend eine Production zu decken. Der Satz, den man so oft wiederholt, daß nicht die Production zu besteuern sey, hat, so verstanden, daß nicht die Production die Quelle des Staatseinkommens seyn dürfe, keinen Sinn. — Die Abgaben gehören nicht schon ihrem *Wesen* nach zu den Productionskosten. Denn die Productionskosten sind der Aufwand, welcher die Bedingung der Möglichkeit eines (objectiven) Erwerbes ist; der Aufwand, welchen man machen muß, um eine Sache in eine Brauchlichkeit zu verwandeln; Abgaben aber setzten eine Production voraus, welche man schon gemacht hat. Abgaben sind vielmehr ein Abzug von dem Gewinne, den man von einer Production bezogen hat; sie sind ein Abzug

36) Jedoch, auch wenn der Staat das Nationalvermögen nach dem Grundsatz der Erwerbsvormundschaft bewirthschaftet, hat er diese Aufgabe nicht unbeachtet zu lassen.

von dem Einkommen der Nation.³⁷⁾ Sie sind ihrem Wesen nach eben so wenig zu den Produktionskosten zu rechnen, wie z. B. die Ausgaben für die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit, oder die für die zeitlichen Bedürfnisse der Kirche. Man kann den vorliegenden Hauptsatz auch so ausdrücken: Abgaben vertheuern nicht schon ihrem Wesen nach die Brauchlichkeiten.³⁸⁾ Daher ist auch eine Besteuerungsart denkbar, welche auf die Preise der Brauchlichkeiten überall keinen Einfluß hat. Angenommen z. B., daß alle Staatsbedürfnisse mit dem Ertrage einer allgemeinen Einkommensteuer gedeckt werden, so werden deshalb weder die Waaren überhaupt, noch gewisse Waaren insbesondere im Preise steigen. — Abgaben können *bedingungsweise* (oder zufällig) *die* Folge haben, daß sie den Tauschpreis gewisser Waaren erhöhn, gleich als ob sie den Kostenpreis dieser Waaren gesteigert hätten, oder den Produktionskosten beizuschlagen wären. Das läßt sich so nachweisen: Zu einer jeden Production wird in der Regel ein Kapital erfordert. (Ich könnte sogar sagen: Schlechthin. Denn auch der Mensch ist ein Kapital. Der Zins von diesem Kapitale ist der Arbeitslohn.) Eben so muß bei einer jeden Art der Production der Gewinn, welcher mit dem dazu verwendeten Kapitale gemacht wird, also der Zins von diesem Kapitale, ohngefähr von demselben Betrage seyn. Denn wäre er bei der und

37) Auch dann stellt sich die Sache, ihrem Wesen nach, nicht anders, wenn die Abgaben das Kapital der Nation angreifen. Denn wie ist dieses Kapital entstanden?

38) *Senior (three lectures on the transmission of the precious metals S. 74.)* stellt diesen Satz unbedingt auf.

der Art der Production gröfser oder geringer, als bei den übrigen, so würden sich die Kapitalien beziehungsweise dieser Art der Production zuwenden oder von ihr abwenden, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt wäre. Angenommen nun, dafs auf eine gewisse Art der Production, z. B. auf die Bereitung des Leders, eine neue Abgabe gelegt wird oder zurückfällt, so wird dieses Gleichgewicht, in Beziehung auf diese Art der Production, kraft des Wesens einer solchen Abgabe gestört, d. i. diejenigen, welche die unbesteuerten Brauchlichkeiten produciren, beziehen, abgesehen einstweilen von den Veränderungen, welche die Abgabe bewirken oder veranlassen kann, von ihrem Kapitale einen geringeren Gewinn, als die, welche ihr Kapital in einem andern Gewerbe angelegt haben. Zufolge desselben Gesetzes aber, auf welchem das bisherige, das durch die Abgabe gestörte Gleichgewicht beruhte, werden die Producenten der neubesteuerten Waare auf Mittel Bedacht nehmen, ihrem Verluste beizukommen, d. i. von ihrem Kapitale denselben Zins, wie andere Producenten, zu beziehn. Zur Erreichung dieses Zwecks, — wenn er anders in einem gegebenen Falle erreichbar ist, — können die Producenten mehr als einen Weg einschlagen und müssen sie, nach der Verschiedenheit der Fälle, verschiedene Wege einschlagen. Sind ihnen Zeit und Umstände günstig, so können sie den Preis ihrer Producte sofort steigern, sey es bis zu dem ganzen Betrage oder nur bis zu einem Theile des Betrages der Abgabe,³⁹⁾ sey es für immer oder

39) Man hat z. B. in England nicht selten die Erfahrung gemacht, dafs, wenn man eine auf einer gewissen Art der Production haftende Abgabe aufhebt, die Producte dieses Gewerbes dennoch nicht verhältnismässig im Preise fallen. Man hat dann den Producenten den Vorwurf der Habsucht oder der

doch einstweilen und vorübergehend. Unter anderen Verhältnissen müssen sie, um den Preis steigern zu können, zuvörderst die Production beschränken. In beiden Fällen aber hat die Abgabe, was die Producte des besteuerten Gewerbes betrifft, eine Erhöhung der Preise zur Folge. Wenn z. B. die Bereitung des Leders mit einer Abgabe belegt wird, so wird diese Abgabe von den Consumenten (ganz oder zum Theil) zu tragen seyn, oder aber den Producenten (wenigstens einstweilen) zur Last fallen, je nachdem sich der Begehr der Waare stellt. Hieraus folgt zugleich: Der Satz, daß man nicht die Production zu besteuern habe, ist in einem gewissen Sinne vollkommen richtig; in dem Sinne nämlich, daß eine Steuer, welche, indem sie den Preis einer bestimmten Brauchlichkeit steigert, die Production dieser Brauchlichkeit vermindert, an sich verwerflich sey.⁴⁰⁾ Sie verletzt das Interesse der Consumenten; sie giebt den Kapitalien eine künstliche Richtung. — Die Abgaben, welche den Preis gewisser Waaren auf die Weise erhöhen, daß sie den Producenten dieser Waaren zu einem Monopole verhelfen, namentlich also die Grenzzölle, welche die Einfuhr gewisser Waaren in

Uebervortheilung gemacht. Aber die nähere Ursache war die, daß die Consumenten nur einen Theil der Abgabe getragen hatten.

40) Man hat diesen Grund gegen alle subjectiv-indirecten Steuern gebraucht. Denn, sagt man, der, welcher die Steuer vorschufsweise entrichtet, schlägt die Zinsen von seinem Vorschufs auf den Preis der Waare. — Hierauf antwortet *Ricardo*, (*Cap. 29.*) daß derjenige, welchen die Steuer definitiv trifft, einstweilen, d. i. bis er den Vorschufs erstattet, die Zinsen von seiner *Steuerrata* beziehe. Die Antwort ist treffend in *thesi*, nicht eben so in *hypothesi*.

dem Interesse des inländischen Erwerbsfleißes belasten, kommen zwar hier, wo von dem Zusammenhange der Steuern mit dem Systeme der Erwerbsfreiheit die Frage ist, nicht unmittelbar in Betrachtung. Jedoch dürfte die Bemerkung hier an ihrer Stelle seyn, daß man vergeblich hoffe, den Grundsatz der Erwerbsfreiheit im Innern des Landes durchführen zu können, wenn man ihn in Beziehung auf den Verkehr mit dem Auslande verletzt. Es ist z. B. in Beziehung auf die Erwerbsfreiheit völlig einerlei, ob man das Monopol der Zünfte bestehen läßt oder ob man die Einfuhr gewisser Waaren in dem Interesse der inländischen Production mit Zöllen belastet. In beiden Fällen nöthiget man die Consumenten derjenigen Brauchlichkeiten, welche unter dem Monopole begriffen oder mit den Zöllen belastet sind, die Waare zu einem höheren Preise zu kaufen, als sie sonst zu haben seyn würden, setzt man also die Preise der übrigen Producte, gegen welche diese Brauchlichkeiten einzutauschen sind, verhältnißmäßig herab. Mit einem Worte, geht man von dem Grundsätze der Erwerbsfreiheit aus, so ist zwischen dem Auslande und dem Inlande kein Unterschied.

ZWEITER ABSCHNITT.

Von den einzelnen Arten der Auflagen.

I. Von den offenen Auflagen oder den gezwungenen Abgaben.

399. Nicht die verschiedenen möglichen Arten der Abgaben sollen hier aufgezählt und einzeln beur-

theilt werden. Eine vollständige Classification aller Gegenstände und Arten der Besteuerung gehört ohnehin in das Reich der Unmöglichkeiten. Durch nichts haben die Menschen ihren erfinderischen Geist so sehr bewährt, als durch die vielen Arten von Steuern und von — Strafen, welche sie ersonnen haben. ⁴¹⁾ Selbst unnennbare Gegenstände sind der Besteuerung nicht entgangen; ⁴²⁾ sondern die Aufgabe, deren Lösung hier versucht werden soll, ist die: Welches Besteuerungssystem ist das vollkommenste oder das vollkommnere? — Derjenigen Steuern, welche sich in ein gutes Besteuerungssystem nicht fügen und schicken, wird nur anhangsweise und nur in der Absicht gedacht werden, um einige der bekanntesten dieser Steuern ihrem Werthe nach zu beurtheilen. — So schwierig ist die wissenschaftliche Lösung dieser Aufgabe, daß sich von selbst der Gedanke darbietet, vor allen Dingen die bereits gemachten Erfahrungen und namentlich die in den europäischen Staaten dormalen bestehenden Besteuerungsarten zu Rathe zu ziehn. Jedoch, gerade in den europäischen Staaten ist das Steuerwesen ein so buntes Gemisch und Gemenge der verschiedenartigsten Auflagen, daß es der Wissenschaft weit weniger frommt, als man wünschen könnte oder erwarten sollte. Nur so viel läßt sich, unter der Autorität dieser Beispiele, im Allgemeinen behaupten: Erstens: Eine Auflage,

41) *Essay politique sur le revenu public des peuples de l'antiquité, du moyen age, des siècles modernes, et spécialement de la France et de l'Angleterre depuis le milieu du 15e siècle. Par. G a n i l h. Par. 1823. Seconde édit. II. T. 8.* (Die Geschichte der Staatshaushaltung in Frankreich und in England ist der bessere Theil des Buchs.)

42) Berühmt oder berüchtigt ist des Kaisers Vespasian *Vectigal urinae. Sueton. in Vespas. c. 23.*

welche bisher in keinem europäischen Staate versucht worden ist, oder welche, nachdem man sie in dem einen oder dem andern dieser Staaten versucht hatte, bald wieder aufgegeben wurde, ist entweder eine an sich verwerfliche oder doch eine in Europa unausführbare Auflage. (Denn, wahrlich, man kann den europäischen Staatshaushaltern nicht den Vorwurf machen, daß es ihnen an dem guten Willen fehle, neue Auflagen zu erschaffen!) Es glauben z. B. viele Wifler, (*Scioli*,) daß man die Geldkapitalien besteuern sollte. Aber eine solche Steuer taugt nichts; denn sie ist nirgends in Gebrauch. Zweitens: Auflagen, welche in allen oder in den meisten europäischen Staaten bestehn, haben die Vermuthung für sich, daß sie den Forderungen der Wissenschaft oder den Zeitumständen entsprechen.

400. Die §. 399. aufgestellte Aufgabe dürfte nun so zu beantworten seyn: Das Ideal einer Steuer ist die *Einkommensteuer*, d. i. die Steuer, welche auf das Einkommen aller Unterthanen, und auf das eines jeden Einzelnen nach dem Verhältnisse seines Betrags, unmittelbar gelegt wird. Zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse ist eine Einkommensteuer und *allein diese* Steuer zu erheben.⁴³⁾ — Von dem Gegenstande dieser Steuer ist bereits oben (in dem ersten Buche der

43) Der Vorschlag, eine einzige Steuer, und zwar die Einkommensteuer zu bestimmen, ist nicht etwa neu. (Wer könnte in dieser Lehre neu seyn?) Vgl. des Frhr. v. Malchus Handbuch der Finanzwiss. §. 46. — Man hat mit dieser Steuer nicht die Vermögenssteuer zu verwechseln. Vgl. *Means for paying of half the National Debt etc. Lond. 1831. 8* (In dieser Schrift findet man unter anderem einen Plan zu einer Vermögenssteuer. Eben so erklärt sich der Vf. ausführlich über den Unterschied zwischen dieser und einer Einkommensteuer.)

allgemeinen Wirthschaftslehre) ausführlich gehandelt worden.

401. Dafs, die Aufgabe aus dem Standpunkte der Wissenschaft betrachtet, die Einkommensteuer vor einer jeden andern Auflage unbedingt den Vorzug verdiene, ergiebt sich unmittelbar aus den §. 386. u. 388. für die Besteuerung aufgestellten Grundsätzen. Diese Steuer, und nur diese Steuer wird geradezu von dem Gegenstande erhoben, auf welchen die Steuern überhaupt gelegt werden sollen. Sie trifft diesen Gegenstand in dem Verhältnisse, in welchem er von den Auflagen getroffen werden soll, ohne dafs die Besteuerten im Stande wären, die Last Anderen aufzubürden.⁴⁴⁾ — Hierzu kommt, dafs mit dieser Steuer Nebenvortheile verbunden sind, welche vereint oder beziehungsweise in demselben Grade kaum in dem Gefolge irgend einer andern Steuer seyn dürften. Die Erhebung ist leicht und daher nicht kostbar. Mit dieser Steuer kann die vollkommenste Erwerbsfreiheit bestehn. Die Steuer trifft auch diejenigen, welche sonst der Mitleidenheit entgehn oder sich ihr sonst entziehen können; z. B. auch die Kapitalisten, auch diejenigen, welche ihr Einkommen im Auslande verzehren. Sie kann sogar einen wohlthätigen Einfluß auf den Privatcredit haben, indem sie z. B. die wahren Vermögensumstände eines Jeden

44) Mithin kann auch diese Steuer nicht eine Steigerung der Waarenpreise zur Folge haben. — Jedoch darf ich nicht unerwähnt lassen, dafs in England die Einkommensteuer die Folge hatte, dafs die Kleinhändler die Preise ihrer Waaren steigerten, um sich wegen der Steuer zu entschädigen. Siehe: *Social life in England and France from the French Revolution in 1789 to that of July 1830.* Lond. 1831. 8. und *the Monthly Review.* Jun. 1831. S. 204. (So berichten wenigstens diese Schriften.)

ans Licht bringt. ⁴⁵⁾ Endlich, eine jede andere Besteuerungsart nöthiget den Staatshaushalter, so oft die öffentlichen Bedürfnisse steigen, zu Mafsregeln, welche fast immer Klagen und Beschwerden von Seiten derjenigen zur Folge haben, welche die neue Last allein oder vorzugsweise trifft, allemal aber eines ungewissen Ausganges sind. Und nicht besser ist die Lage, in welcher sich der Staatshaushalter befindet, wenn er die Auflagen herabsetzen kann. Da verlangt bald dieses bald ein anderes Gewerbe, bald dieser bald ein anderer Stand Begünstigung oder Gerechtigkeit. (In Großbritannien sind seit dem Jahre 1815 mehrere Auflagen theils aufgehoben, theils herabgesetzt worden. Aber welche Verschiedenheit der Meinungen und Ansprüche wurde jedesmal laut, so oft das eine oder das andere geschehen sollte!) Mit einem Worte, sobald man von dem §. 400. aufgestellten Grundsätze abweicht, ist das Besteuerungsgeschäft ein bloßes Wagstück, eitel Empirie.

402. Auch mehrere triftige Autoritäten lassen sich zu Gunsten der Einkommensteuer anführen. — Wir wissen z. B. von einigen altgriechischen Freistaaten, daß die Grundlage ihrer Steuerverfassung eine auf das Einkommen der Bürger verhältnißmäßig gelegte Abgabe war. ⁴⁶⁾ — Dasselbe gilt

45) In England (s. d. Anm. 44. a. Sch.) brachte die Einkommensteuer mehrere unerwartete Thatsachen an den Tag. Kleinhändler hatten ein weit größeres Vermögen, als man ihnen zugetraut hatte. — Dieselbe Steuer hatte in England noch eine andere wichtige Folge: Die reicheren Familien beschränkten ihren Aufwand; sie wurden wirthschaftlicher. Siehe ebend.

46) *Solon* theilte die Bürger nach ihren Vermögensständen in Klassen ein. Auf dieser Eintheilung beruhte zugleich die Vertheilung der öffentlichen Lasten. Siehe Böckh's Staatshaushaltung der Athenienser. II, 28. ff.

von der ältesten Steuerverfassung der Römer.⁴⁷⁾ — Ein uns weit näher liegendes Beispiel bietet die Steuerverfassung des russischen Reiches dar. In diesem Reiche sind die Stadtbürger nach der Verschiedenheit ihrer Vermögensumstände in fünf Klassen eingetheilt. Nach der Abstufung dieser Klassen richtet sich die von den Stadtbürgern zu entrichtende Steuerquote.⁴⁸⁾ — Bemerkenswerth ist, daß in allen diesen Fällen das Gesetz an die Classification für die Besteuerung eine Verschiedenheit und Abstufung der politischen und der bürgerlichen Rechte band. (Vgl. §. 405.)

403. Gleichwohl haben sich viele und gewichtige Stimmen gegen die Einkommensteuer erklärt; theils überhaupt, theils in so fern, als sie das einzige Mittel seyn soll, den Staatsaufwand zu bestreiten. Ueberall, sagen die Gegner dieser Steuer, überall, wo sie in den neueren europäischen Staaten als eine allgemeine Auflage versucht worden ist, z. B. in Großbritannien,⁴⁹⁾ hat sie bei weitem nicht so viel eingetragen, als sie nach allen Regeln der Wahr-

47) Vgl. über den römischen *Census*: F. E. a Puffendorf *Observatt. j. univ. T. II. obs. 79. §. 7.* — Grundzüge des Finanzwesens im römischen Staate. Von R. Bosse. (Braunsch. u. Lpz. II. Bde. 1804. 8.) I. S. 203. ff. — Historischer Versuch über die römischen Finanzen. Von D. H. Hegewisch. Altona. 1804. 8. S. 49. ff. — Römische Geschichte. Von B. G. Niebuhr. Ilter Theil. S. 446. ff. (Ilte Aufl.) Berlin 1830. 8. — Freilich kann man die auf den *Census* sich gründende Steuer auch eine Vermögenssteuer nennen. Doch beide, die Einkommen- und die Vermögenssteuer, sind dem Resultate nach einander nahe verwandt.

48) Rußland beim Anfange des 19ten Jahrhunderts. Von Ch. D. Vofs. II. Bde. Lpz. 1814. 8.

49) Das britische Besteuerungssystem, insbesondere die Einkommensteuer etc. Von Fr. von Raumer. Berlin. 1801. 8.

scheinlichkeit hätte eintragen sollen; überall, wo sie versucht worden ist, hat sie, gehässig durch ihre Spürsucht, die öffentliche Meinung gegen sich gehabt. Wenn man zu ihr seine Zuflucht nahm, so geschah es in Zeiten der Noth und nur vorübergehend. Auch dann aber vermochte der Ertrag dieser Steuer den der übrigen Auflagen nicht zu ersetzen, sondern nur zu ergänzen. — Erheblich sind diese Einwendungen allerdings; doch unwiderlegbar schwerlich.

404. Denn erstens: Noch in keinem europäischen Staate ist die Einkommensteuer so versucht worden, daß sie ihr Recht (oder wie sich die englische Sprache ausdrückt: *a fair trial*) erhalten hätte. — Nirgends war sie die einzige Steuer; allemal gebrauchte man sie nur als einen Nothbehelf zur Ergänzung des Ertrages der übrigen Steuern. Alsdann aber mußte man von dem Einkommen der Einzelnen so viele Abzüge machen, daß freilich der Einkommensteuer nur verhältnißmäßig wenig zu besteuern übrig bleiben konnte. — So viel kann und muß man den Gegnern dieser Steuer allerdings einräumen, daß es ein eben so schwieriges als gewagtes Unternehmen seyn würde, die Einkommensteuer, als alleinige Auflage, in irgend einem europäischen Staate, wenigstens auf einmal, einzuführen. Man würde einen Versuch machen, welcher eben so wohl den Staatshaushalt als die Vermögensumstände der Unterthanen stören und zerrütten könnte. Aber kann man sich nicht dem Ziele nach und nach nähern? es versteht sich von selbst, in Friedens- und nicht in Kriegszeiten? Die Revolution rifs in Frankreich, auch in Beziehung auf die Abgaben, die Gegenwart von der Vergangenheit los; es trat der seltene Fall ein, daß man Alles neu schaffen konnte und mußte. Doch anfangs wehrte das Vorurtheil für das physiokratische System, in der Folge Napo-

Leon's politische Vorliebe für die indirecten Auflagen der Einkommensteuer den Eingang. ⁵⁰⁾ — Auch in so fern dürften die Versuche, welche man bisher mit dieser Steuer gemacht hat, nicht für genügend zu erachten seyn, als man den Gegenstand der Besteuerung nicht seinem ganzen Umfange nach erkannte, Einnahmen, welche zum Einkommen gehören, dennoch nicht der Steuer unterwarf, oder diejenigen, welche ein, wenn auch geringes, Einkommen haben, dennoch von der Besteuerung gänzlich frei liefs. ⁵¹⁾ Ich beziehe mich deshalb auf das, was oben über das Einkommen überhaupt, (schon mit Rücksicht auf die Einkommensteuer,) gesagt worden ist.

405. Zweitens: Die Haupteinwendung gegen die Einkommensteuer ist und bleibt allemal die, daß diese Steuer, wenn sie anders dem Staatsaufwande genügen, auch die Einzelnen verhältnißmäfsig belasten soll, Mafsregeln nothwendig zu machen scheint, welche, bestimmt, die Vermögensumstände

50) Uebersicht der französischen Staatswirthschaft. Von Bosse. II, 40.

51) Auch von dem Ertrage der Steuern gilt der Satz: Eine kleine Einnahme, die oft gemacht wird, ist besser, als eine grofse, die man selten macht. — Eine Einkommensteuer, welche die kleinen Kapitalisten freiläfst, kann verhältnißmäfsig nur wenig eintragen. Nach der bekannten Schrift: *Statistical Illustrations of the territorial Extent and Population etc. etc. of England, compiled for and published by the order of the London statistical Society.* (Lond. III. Ed. 1827. 8.)

war in England die Zahl der Kapitalisten, welche Geld in den Staatspapieren angelegt hatten, im Jahre 1826:

Ueberhaupt	„ „ „	288,481.
Nicht über 50 £.	„ „	225,580.
Darüber, jedoch nicht über 100 £.		26,410.

Also, nur 164,91 hatten mehr als 100 £. dem Staate dargeliehn.

der Steuerpflichtigen zu erforschen, nicht nur wesentlich drückend sind, sondern noch überdies zu andern Nachtheilen führen können.⁵²⁾ — Diese Einwendung ist in dem Sinne schlechthin unwiderlegbar, daß die Einkommensteuer nicht mit einer jeden Staatsverfassung vereinbar ist, z. B. nicht mit der Zwingherrschaft. In diesen und in ähnlichen Verfassungen würde die Erforschung der Vermögensumstände in Willkühr ausarten, würde die Offenkundigkeit der häuslichen Lage der Unterthanen Veranlassung zu neuen Bedrückungen werden. — Steht aber der Geist der Staatsverfassung der Wahl der Einkommensteuer nicht im Wege, so giebt es doch vielleicht ein Mittel diese Besteuerungsart ohne ungebührliche Strenge und Härte ins Werk zu setzen. Alles kommt darauf an, daß man die Steuerpflichtigen geneigt macht, ihre Vermögensumstände freiwillig, und eher zu hoch als zu niedrig, anzugeben, damit man zu einer amtlichen Untersuchung wenigstens nur ausnahmsweise seine Zuflucht zu nehmen brauche. Zu diesem Ziele aber kann man so gelangen, daß man, (nach dem Vorgange der Griechen und der Römer,) mit der Abstufung der Steuerklassen eine Abstufung der politischen Rechte der Steuerpflichtigen verbindet. Zu einer Einrichtung dieser Art bietet sich die Repräsentativverfassung

52) Eine höchst auffallende, mit der vorliegenden Einwendung in Verbindung stehende Einrichtung hatten die atheniensischen Gesetze getroffen. Gewisse Staatsbedürfnisse, z. B. die Ausrüstung von Schiffen, hatten die vermögenden Bürger unmittelbar zu bestreiten. (Liturgien.) Derjenige nun, der zu einer Liturgie ernannt worden war, konnte einem Andern, welchen er mit Unrecht übergangen glaubte, die Liturgie zuschieben, und, wenn dieser sie nicht annehmen wollte, ihm einen Vermögenstausch anmuthen. (*Ἀντίδοσις*.) Böckh in der a. Schr. II. 422.

ganz besonders dar. Weder diejenigen dürften die Grundsätze auf ihrer Seite haben, welche bei der Wahl der Volksabgeordneten für alle Staatsgenossen ein gleiches Stimmrecht in Anspruch nehmen, noch diejenigen, welche dieses Stimmrecht auf die Reicheren beschränken. Allerdings gebührt allen Staatsgenossen ein Stimmrecht bei der Wahl der Abgeordneten; denn alle sind für ihre Person das Eigenthum des Staates; alle sind für ihre Person bei der Ausübung der Staatsgewalt, und zwar in gleichem Grade, betheiligt. Gleichwohl sind die Actien, welche die einzelnen Staatsgenossen haben, nicht insgesamt von gleichem Werthe. Auch in Beziehung auf ihr Vermögen der Staatsgewalt unterworfen und bei der Ausübung der Staatsgewalt betheiligt, haben die Staatsgenossen in so fern sehr ungleiche Actien; Einigen gebricht es sogar an einer Einlage dieser Art oder an einer dinglichen Actie gänzlich. Da könnte und da sollte nun dem Wahlsysteme die Organisation gegeben werden, daß zwar ein jeder Staatsbürger bei der Wahl der Abgeordneten eine Stimme abzugeben berechtigt wäre; daß aber auch dem *Census* die Stimmen stufenweise mehr oder weniger gälten, daß also z. B. die Staatsbürger der ersten Steuerklasse eine verhältnißmäßig größere Zahl von Abgeordneten zu wählen hätten u. s. w. Eine solche Einrichtung würde eben so sehr den Grundlagen der Repräsentativverfassung, als dem Interesse jener Besteuerungsart entsprechen.

405. *b.* Jedoch, wie man auch die Mafsregel, den gesamten Aufwand des Staates mit einer Einkommensteuer zu bestreiten, ausführe und unterstütze: man wird sich dennoch in seinen Hoffnungen getäuscht sehen, wenn das Volk nicht überzeugt seyn kann und nicht überzeugt ist, daß von ihm nur so

viel, als noth thut, gefordert werde, ⁵³⁾ oder wenn das, was gefordert wird, die Kräfte des Volkes übersteigt. In einigen deutschen Reichsstädten, z. B. in Hamburg und Bremen, wurde von Zeit zu Zeit eine Abgabe erhoben, zu welcher ein jeder Bürger nach Verhältniß seines Einkommens beizutragen hatte. Der Stadtrath machte der Bürgerschaft die Summe bekannt, deren das Gemeinwesen bedürfe, mit der Erklärung, daß diese Summe muthmaßlich aufgebracht werden würde, wenn ein Jeder von seinem Einkommen so und so viel Procente entrichtete. Hierauf legte, ohne daß irgend eine Katastrirung vorausging, ein jeder Bürger seinen Beitrag ungesehn in einen verschlossenen Kasten; und das Resultat entsprach allemal genau dem Voranschlage, also den Vermögensumständen der einzelnen Steuerpflichtigen. — In Pennsylvanien besteht eine Steuer, welche die Bürger von ihrem gesamten beweglichen Vermögen zu entrichten haben. Der Betrag desselben wird von einem jeden einzelnen Steuerpflichtigen eidlich angegeben. Hat man Verdacht, daß die Angabe falsch sey, so stehen den Steuereinnehmern sehr strenge Mittel zu Gebote, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Und doch wird die Steuer ohne Murren getragen. Denn das Volk weiß, daß die Steuer nur zu seinem Vortheile erhoben werde. *)

406. Wenn aus irgend einem Grunde die Einkommensteuer nicht ausführbar oder zur Bestreitung des Staatsaufwandes

53) An sich ist die Vertheilung des Staatsaufwandes unter die einzelnen Steuerpflichtigen ein einfaches Rechnungsexempel, zu welchem die Regel *de Tri* genügt.

*) *Six Months in America. By Godfrey T. Vigne. Lond. II. Vol. 1832. 8.*

nicht ausreichend ist:⁵⁴⁾ so ist die nächstbeste Besteuerungsart — die Besteuerung des *Verzehres* oder der *Consumtion*, diese Worte in ihrer *weitesten* Bedeutung genommen.⁵⁵⁾ Denn da im Durchschnitte ein jeder so viel, oder doch nicht mehr ausgiebt, als er einnimmt: so nähert sich diese Besteuerungsart am meisten der an sich vollkommensten, d. i. der unmittelbaren Besteuerung des Einkommens. Auch das kann man den Consumtionssteuern zum Ruhme nachsagen, dafs sie es einem jeden freistellen, ob er viel oder wenig zur Bestreitung der Staatsausgaben beitragen will. (Freilich ein zweideutiges Lob!) Eben so haben die Consumtionssteuern sehr gewichtige Autoritäten für sich, indem fast alle europäischen Staaten einen grofsen, ja den gröfsten Theil ihres Aufwandes mittelst dieser Auflagen decken.⁵⁶⁾ — Dennoch sind die Consumtionssteuern in der Regel nur

54) In dem letzteren Falle würden die Consumtionssteuern mit der Einkommensteuer zu verbinden seyn.

55) Vgl. des Frhrn. von Malchus Handbuch der Finanzwiss. §. 66. (Auf dieses trefliche Werk verweise ich überhaupt, was den vorliegenden Abschnitt betrifft.)

56) Eine specielle aber nicht minder interessante Autorität für die Consumtionsabgaben findet man in folgendem Werke: Ueber Grundsteuer in Deutschland und vollständiger Abriss der westphälischen Finanzgeschichte und der Verwaltung des Staatsvermögens in dem ehemaligen Königreiche Westphalen. II. Thle. 1814. 8. (Ohne Angabe des Druckorts.) In Kurhessen, berichtet der Vf., war die Hauptaufgabe die Grundsteuer; in dem Fürstenthume Göttingen gab es keine Grundsteuer, sondern nur Consumtionsabgaben. Dort war der Bauer arm, hier wohlhabend, bey ungefähr gleicher Beschaffenheit des Bodens. Freilich war in Hessen der Bauer zugleich kantonpflichtig, im Hannöverischen wurde dagegen das Heer durch freiwillige Werbung ergänzt.

ein Nothbehelf. Sie haben alles das gegen sich, was gegen die indirecten Steuern überhaupt eingewendet werden kann.⁵⁷⁾ Es ist überdies sehr schwer, ja vielleicht unmöglich, alle Gegenstände des Verzehres zu besteuern oder die Gegenstände des Verzehres, welche man allein besteuert, so auszuwählen, daß die Steuer alle Staatsgenossen überhaupt, auch einen Jeden nach dem Verhältnisse seines Einkommens, trifft. (Daher verführen auch diese Steuern so leicht zu dem Versuche, Nebenzwecke durch sie zu erreichen.) — Nur unter ganz besonderen Umständen kann jene Regel eine Ausnahme leiden, kann die Besteuerung der Consumption der unmittelbaren Besteuerung des Einkommens vorzuziehn seyn. Es können sich nämlich in der Erfahrung die Verhältnisse so stellen, daß einerseits eine zur Bestreitung des gesamten Staatsaufwandes hinreichende und dennoch nur auf gewisse einzelne Gegenstände gelegte Consumtionssteuer ohne alle Plagereien erhoben werden kann, und daß andererseits bei dieser Steuer ein jeder Einwohner des Landes ziemlich genau nach dem Verhältnisse seines Einkommens getroffen wird. Dieser Fall tritt z. B. in Neuschotland und in einigen andern britischen Colonien ein, wo der gesamte öffentliche Aufwand mit dem Ertrage eines mäßigen auf die Einfuhr zur See gelegten Zolles bestritten wird. Der Capitän Moorsom erzählt in seinen Briefen aus Neuschotland⁵⁸⁾ folgende Anekdote: Ein Postbedienter (*a Mail-carrier*) äusserte

57) Eine vollständige Darstellung dieser Einwendungen enthält folgende Schrift: Ueber die Vorzüge und Mängel der indirecten Besteuerung. Von. G. Ch. Frhn. v. Ulmenstein. Düsseld. 1831. 8.

58) *Letters from Nova Scotia. By Capt. W. Moorsom. Lond. 1830. 8.*

sich gegen ihn so: »Vor 16 Jahren kam ich aus dem
 »alten Lande nach Ober-Canada. Bald glaubte
 »ich es in den Vereinigten Staaten besser zu fin-
 »den. Ich versuchte es in allen großen Städten
 »dieser Staaten. Sie mögen von ihrer Freiheit sagen,
 »was sie wollen; es war so schlecht, wie in England;
 »alles und jedes mußte ich versteuern. Gut! dachte
 »ich; ich will auch mit Neuschotland einen Versuch
 »machen; und hier hat es mir angestanden. Wir
 »zahlen keine Steuern.« — Ich machte ihm bemerk-
 lich, daß er denn doch in dem Preise seines Rocks etc.
 Steuern zahle. — »Es sey!« antwortete er, »wir
 »hören doch nichts von Steuern!«

407. Endlich, wenn es nicht in der Macht
 des Staatshaushaltes steht, die herkömm-
 liche Besteuerungsart nach Maßgabe der
 §. 400. u. 406. aufgestellten Grundsätze um-
 zugestalten: so bleiben ihm, zur Richt-
 schnur für sein Verfahren, nur folgende
 zwei Maximen übrig. — Erstens die Maxi-
 me, das Herkommen, wenn überhaupt, nur mit der
 größten Behutsamkeit und Schonung anzutasten.
 Denn alle Veränderungen, die er treffen kann, sind
 dann Versuche, den Weg im Finstern zu finden;
 die Erfahrung ist dann sein alleiniger Lehrer und
 Meister. — Zweitens die Maxime, wenn er ge-
 nöthiget ist, neue Steuern einzuführen oder die be-
 stehenden zu erhöhen, nicht solche Steuern zu wählen,
 welche offenbar nicht das Einkommen der zu Belasten-
 den, oder welche es doch nicht verhältnißmäfsig
 treffen. Ich will beispielsweise einige Steuern dieser
 Art nahmhaft machen.

408. Also — zu den in der angedeuteten Be-
 ziehung verwerflichen Steuern gehört zuvörderst die
 Grundsteuer. Obwohl unter allen Steuern viel-

leicht diejenige, von welcher der allgemeinste Gebrauch gemacht worden ist, und noch gemacht wird,⁵⁹⁾ obwohl nach der Meinung Vieler⁶⁰⁾ eine der besten, ja nach der Lehre der Physiokraten sogar die ausschließlich zu billigende Steuer, ist sie dennoch mit dem Grundsatz der verhältnismässigen Vertheilung der Abgaben schlechthin unvereinbar. Nicht das ist der Sinn dieser Behauptung, daß die Grundsteuer mit dem Ertrage der Grundstücke nicht in Verhältniß gesetzt werden könne oder doch häufig nicht in Verhältniß stehe; — nein, mag sie auch in dieser Beziehung — sowohl *in thesi* als *in hypothesis* — nichts zu wünschen übrig lassen, sie ist und bleibt dennoch eine höchst ungleiche Abgabe. Man denkt sich nämlich bei dieser Steuer die Sache offenbar so, daß der Grund und Boden der Gegenstand der Besteuerung seyn könne und solle; man geht also in der That, ohne sichs oft selbst zu gestehn, von den Ansichten der Physiokraten aus. Aber, weder diese noch irgend eine andere Erwerbsquelle oder Einnahme darf und soll, zufolge des §. 388. aufgestellten Grundsatzes, ein Gegenstand der Besteuerung seyn; sondern die Abgaben sollen das Einkommen, d. i. die Gesamtheit der Einnahmen der einzelnen Staatsgenossen treffen. Indem man nun den Grund und Boden (oder die Grundrente) besteuert, belastet man allerdings eine einzelne Einnahme und zwar

59) Sie besteht z. B. fast in allen europäischen Staaten. Jedoch macht England eine sehr bemerkenswerthe Ausnahme von dieser Regel. In England ist die aus der Vorzeit sich herschreibende Landtaxe für ablöslich erklärt und bereits grosentheils abgelöst worden.

60) Doch nicht die Meinung Aller. Es haben sich z. B. gegen die Grundsteuer erklärt: *Ganilh*, (in der Anm. 41. a. W.) u. *Raumer*. (In der Anm. 40. a. Sch.)

definitiv. Ich setze ferner voraus, daß man sie verhältnißmäßig belastet habe. Allein steht deswegen die Steuer mit dem Einkommen der Grundeigenthümer in Verhältniß? Ich will z. B. annehmen: A. besitzt 3 Morgen, B. 6 Morgen und C. 12 Morgen Ackerfeld. Alle diese Felder sind gleicher Güte, liegen gleich hoch in der Steuer. Alle Dreie, A. B. und C., leben allein von dem Ertrage ihrer Grundstücke. Ich frage nun, ob man, unter diesen Voraussetzungen, behaupten könne, daß das Einkommen des A., und das des B., und das des C. verhältnißmäßig besteuert sey? Bleibt denn dem A., nach Abzug der zu seinem Lebensunterhalte nothwendigen Ausgaben, so viel übrig, als dem B.? als dem C.? Was würde man von einer Kapitaliensteuer urtheilen, welche die kleinen Kapitalisten den großen, in Beziehung auf die abzugebenden Procente, gleichsetzte? — Ich habe absichtlich nicht der Schwierigkeiten gedacht, mit welchen die Vertheilung der Grundsteuer auf die einzelnen Grundstücke (oder die Katastrirung der Grundstücke) verbunden ist; ⁶¹⁾ nicht der Geldsummen, welche das ewige Geschäft kostet. Und doch sind diese Bedenken auch in so fern beachtungswerth, als, was schwer vollziehbar, selten theoretisch richtig ist. (Was wird wohl die Nachwelt über unsere heutige

61) Von diesen Schwierigkeiten kann man sich am besten unterrichten, wenn man die Schriften über den Kataster liest. Vgl. z. B. Thär über Werthschätzung des Bodens. Berlin 1811. 8. Ders. über große und kleine Wirthschaften und über Werthschätzung des Bodens. Ebend. 1813. 8. Harl's Handbuch der Steuerregulirung. II. Thle. Erl. 1814. 1816. 8. Benzenberg über den Kataster. II. Thle. Bonn. 1818. 8. (Fast hätte man den Boden, um dessen Werth zu bestimmen, einer chemischen Prüfung — etwa mittelst einer Steuerretorte — unterworfen.)

staatswirthschaftliche Weisheit urtheilen! Ich fürchte, nicht das Beste. *Quantum est in rebus humanis inane!*) — Der Zehnte, eine Art der Grundsteuer, könnte noch überdies nur unter der Voraussetzung gerechtfertigt werden, daß ein jeder Acker, und der eine wie der andere, fruchtbar, eine jede Aerndte, und die eine wie die andere, ergiebig wäre.

409. Ein anderes Beispiel! Wie oft und wie laut hat man die sogenannten Luxussteuern gepriesen! und auch jetzo noch stehen sie bei Vielen in großer Gunst! Aber, wenn auch der Reichere mehr steuern soll, als der Aermere, so ist es doch eine Ungerechtigkeit, ein *privilegium odiosum*, die Reichen vorzugsweise steuern zu lassen. Obnehin ist es nicht die Sache des Staatshaushalters, sondern die des Sittenrichters, eine Scheidelinie zwischen entbehrlichen und unentbehrlichen Bedürfnissen zu ziehn. Indem der Staatshaushalter die ihm entbehrlich scheinenden Bedürfnisse, (z. B. Zucker und Kaffee,) besteuert, verkümmert er den Menschen den Genuß des kurzen armen Lebens; vergiftet er, daß ein jedes Bedürfnis, und ein entbehrliches oft am meisten, einen Sporn zum Werben und Erwerben enthalte. In der That, man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß die Anpreisung der Luxussteuern einen tiefer liegenden Plan verrathe.

410. Noch ein Beispiel, — die Besoldungssteuer. Wenn die Besoldungen das sind, was sie seyn sollen, d. i. wenn sie so zugemessen sind, daß sie die Staatsdiener nur in den Stand setzen, die Ausgaben zu bestreiten, welche sie überhaupt und ihrer Stellung nach zu machen genöthiget sind, so ist die Besoldungssteuer eine Ungerechtigkeit. Denn die Besoldung ist dann kein Einkommen, d. i. sie wird durch den von dem Besoldeten nothwendig zu

machenden Aufwand erschöpft. Nur unter der Bedingung also läßt sich eine Besoldungssteuer vertheidigen, daß die Besoldungen größer sind, als sie zufolge jener Regel seyn sollten; z. B. weil das Geld bedeutend im Werthe gestiegen ist. Doch alsdann ist die Abgabe nicht eine Besoldungssteuer, sondern ein Abzug von den Besoldungen. Auch wird es alsdann allemal gerathen seyn, dem Abzuge nicht den Namen und die Gestalt einer Steuer zu geben, damit die Regierung nicht theils den Grund der Abgabe aus den Augen verliere, theils den Staatsdienst, den eine Besoldungssteuer den Gewerben gleichstellt, und mit dem Staatsdienste sich selbst herabwürdige. Diese letztere Rücksicht wird durch die Zeitumstände noch ganz besonders empfohlen.

411. Endlich, Durchgangszölle sind Raubzölle. (Und doch ist es in Deutschland fast dahin gekommen, daß man auf einen jeden Grenzpfahl setzen könnte: *Inhospitabilis Caucasus*.) Schiffbare Flüsse, welche ein Land von dem andern scheiden oder welche ihren Weg zum Meere durch mehrere Länder nehmen; Straßen, welche durch ein Land in ein anderes führen, sind oder sollten von Rechtswegen das Gemeingut aller bei der Benutzung dieser Flüsse und Straßen betheiligten Nationen seyn. Durfte sich irgend eine Nation einen Theil des Erdbodens so zueignen, daß sie den Verkehr unter den übrigen Nationen hemmte oder unterbräche? Waaren, die durch das Land geführt werden, sind deswegen nicht Bestandtheile des Nationalvermögens. — Die räuberische Natur dieser Zölle offenbart sich auch dadurch, daß es an einem Maßstabe für die Besteuerung der Durchfuhr gänzlich gebricht. Man nimmt, so viel man nehmen kann, ohne die Straßen zu veröden. Man nimmt zuweilen noch mehr, in der Hofnung, sich, durch den Absatz der inländi-

schen Producte im Auslande, zu entschädigen.⁶²⁾
 (Die Geschichte des deutschen Zollwesens, auch die
 neueste, enthält Thatsachen, welche, wie ich zu
 unserer Ehre hoffe, die Nachwelt nicht glauben wird.)

II. Von den heimlichen oder verschämten Auflagen, oder von den freiwilligen Abgaben.

A. Von den Auflagen, die als *Geschenke* erhoben werden.

412. Die Form, in welcher Auflagen vielleicht
 zuerst in der Geschichte der Staaten vorkommen, ist
 die der *Geschenke*. Man brachte dem Oberhaupte
 des Stammes oder der Nation zu gewissen Zeiten
 Geschenke dar, bald um ihm die Mühewaltung, die
 er als Richter hatte, zu vergüten, bald um ihm, bei
 feierlichen Gelegenheiten, Beweise von Anhänglich-
 keit oder Theilnahme zu geben. Nicht selten über-
 lebte das Herkommen die Verhältnisse, unter welchen
 es sich zuerst gebildet hatte;⁶³⁾ man nahte sich bei
 gewissen Gelegenheiten dem Fürsten, wie vormals,

62) Heil dem Wiener Congresse, daß er (Art. 103. ff.)
 die Schifffahrt auf den europäischen Strömen für frei er-
 klärte. Die Geschichte der Vollziehung dieses Grundsatzes
 erweckt freilich nicht die heitersten Gefühle.

63 So z. B. bey den Franken. Siehe *Hincmari epist.*
V. pro institutione Carolamanni regis et de ordine palatii
Cap. 30. (Recueil des historiens des Gaules et de la France.
Par Bouquet. T. IX. p. 363.)

nicht mit leerer Hand, obwohl schon andern Lasten und Leistungen unterworfen. Zuweilen geschah es auch, daß sich eine wenigstens scheinbar freie Gabe in eine förmliche Abgabe verwandelte.⁶⁴⁾

413. Abgaben, welche in das Gewand der Geschenke gehüllt sind, gehören zu den unleidlichsten; nur in der Zwingherrschaft sind sie an ihrer Stelle. Der Empfänger stellt es zwar scheinbar in das Ermessen des Gebers, wie viel das Geschenk betragen soll; aber er zürnt, gleich als wäre er an seiner Ehre gekränkt, wenn die Gabe hinter seiner Erwartung zurückbleibt. Dem Zorne folgt offene Gewalt oder geheime Rache.⁶⁵⁾ — In den heutigen europäischen Staaten kommen verhüllte Abgaben dieser Art nur etwa in der Gestalt »patriotischer Geschenke« vor. Selbst in dieser Gestalt aber haben sie nicht wenig gegen sich. Wenn es eine Ehrensache ist, ein Opfer zu bringen, wo ist da das Verdienst oder das Mafß?

B. Von den Staats-Lotterien und vom Staats-Lotto.⁶⁶⁾

414. Beide sind Wagspiele, in welchen der Staat Bank hält, mit der Gewifsheit, zu gewinnen. *Mundus vult decipi, ergo decipiatur.* Oder es giebt Einnahmen, welche mit Ausgaben verbunden sind, die den Betrag der Einnahmen bei weitem übersteigen.

64) Ein Beispiel ist die Fräulein- oder Prinzessinn-Steuer.

65) *Ferguson on the history of civil society. VI, 72.*

66) E. S. Unger's Abhandlungen über die wichtigsten Gegenstände der Arithmetik. Lpz. 1829. 8. (Z. B. über das Lotto; auch über Versicherungsanstalten, Sparkassen, Staatspapiere.)

Man kann Geld gewinnen und zugleich etwas, das mehr werth ist, als Geld, verlieren. Darum ist es ein Jammer, wenn sich der Staatshaushalter in das Gewand eines Spielers verummmt. — Doch erstreckt sich dieses Verdammungsurtheil nicht auf Staatsanlehne, die in der Form einer Lotterie gemacht werden. Bei diesen sind die Gewinne nur Prämien, nur Reizmittel.

G. Von den Abgaben gegen eine Anweisung auf überirdische Güter.

415. Eine Auflage dieser Art, der Ablass, kostete einst der römisch-katholischen Kirche einen grossen Theil ihres Gebiets. — Bis auf diesen Tag bezieht die königlich spanische Regierung nicht unbedeutende Einkünfte vermöge vier päpstlicher Bullen, welche die Geistlichkeit ermächtigen, gewisse Indulgenzen und Absolutionen für Geld auf Rechnung der Regierung zu ertheilen.⁶⁷⁾ (Die Regierung zieht einen Wechsel auf die Ewigkeit. Sollte der Wechsel nicht acceptirt werden, so kann der Remittent gleichwohl, und ungeachtet er *Valuta* baar bezahlt hat, seinen Rückgriff nicht gegen den Trassanten nehmen. Eine Ausnahme von dem gemeinen Wechselrechte!)

D. Von Staats-Anlehen.⁶⁸⁾

416. So wie eine Nation ihren Staatsaufwand auf eine directe Weise, entweder mit einem festen oder

67) Vgl. Versuch über die Staatsverfassung von Spanien. Hamb. u. Kiel. 1783. 8. Sechster Abschn. — Auch aus seinen Colonien bezieht Spanien diese Einnahme.

68) Die Lehre von den Staatsschulden ist besonders in Grossbritannien vielseitig und mit Erfolg bearbeitet worden.

mit einem umlaufenden Kapitale, bestreiten kann, eben so können die Staatsanlehne d. i. die An-

Es fehlte den Schriftstellern weder an Stoff noch an Veranlassung zu ihren Untersuchungen. Vgl. *An inquiry concerning the rise and progress, the redemption and present state and the management of the National Debt of Great Britain. By Rob. Hamilton. Edinb. 1814. 8. Compendium of Finance; containing an account of the origin, progress and present state of the public Debt, Revenue, Expenditure, national Bankes and Currencies of France, Russia, Prussia, the Netherlands, Austria, Naples, Spain, Portugal, Denmark, Norway, Hanover and other German States, U. St. of America, Buenos Ayres, Columbia and Chili; and shewing the nature of the different public securities, with the manner of making investments in them. Also an historical sketch of the national Debt of the British Empire. By Bern. Cohen. Lond. 1822. 8. The public debt, its influence and management considered in a different point of view from Sir H. Parnell in his work on financial reform. By M. B. Lond. 1831.* — Die Geschichte Frankreichs ist für diese Lehre besonders wegen der heroischen Mittel wichtig, deren man sich in Frankreich zur Tilgung der Staatsschulden bedient hat. Vgl. *G. Kosegarten comment. exhibens historiam criticam principiorum, quae I. Law Scotus et Philippus Dux Aurelian. in tractandis debitis publ. secuti sunt. Gott. 1815. 4.* — Deutsche Schriften: Ueber das öffentl. Schuldenwesen. Lpz. 1810. 8. Der öffentliche Credit. Von Nebenius. II. Aufl. 1. Thl. Karlsr. 1829. 8. (Der zweite Theil dieses reichhaltigen Werkes ist noch nicht erschienen.) Uebersicht sämtlicher europäischer Staatspapiere. Mit einer Einleitung in die Lehre von den Staatsschulden überhaupt. Von Jos. Vallon. Kaschau. 1831. 8. Die Staatsschulden und die Staatspapiere. Mit besonderer Rücksicht auf Großbritannien, Frankreich, Oestreich, Preussen und Rußland. Von Adolf Lex. Lpz. 1831. 8. Meine Abh. über das Schuldenwesen der europäischen Staaten. (Aus Pölitzens Jahrb. der Gesch. u. Staatsk. besonders abgedruckt.) Lpz. 1830. 8. Siehe gegen diese Abh. Was ist von Staatsschulden zu halten? Vom Prof. Chrph. Bernoulli. Bas. 1832. 8. Kurze Beleuchtung der Schrift: Ueber das Schuldenwesen etc. Von Joh. Bapt. Hisgen.

lehne, welche der Staat macht, von doppelter Art seyn. Es können nämlich die Staatsgläubiger wegen der Verzinsung und Rückzahlung ihrer Kapitalien entweder auf das feste Kapital des Staates, (z. B. auf die der Regierung als Sondereigenthum vorbehaltenen Liegenschaften,) oder aber auf das umlaufende Staatskapital, also auf die Abgaben angewiesen seyn. Die Staatsanleihe der ersteren Art kann man Privatanleihe der Regierung, die der letztern Art Staatsanleihe in der engeren Bedeutung oder schlechthin nennen. In dem folgenden wird nur von den Staatsanleihen der letzteren Art die Rede seyn.⁶⁹⁾ Die Privatanleihe der Regierung sind nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen, wie die Anleihe, welche von Privatpersonen aufgenommen werden. Denn indem sich eine Regierung einen Theil des Nationalvermögens als Sondergut vorbehält, stellt sie sich in dieser Beziehung ihren Unterthanen gleich. Bedürfte es übrigens noch eines Grundes für die Bestreitung der Staatsbedürfnisse durch Auflagen, so würde er in den Vortheilen liegen, welche diese Art der Staatshaushaltung der Regierung bei Anleihen darbietet. Wie kümmerlich stand es einst mit dem Schuldenwesen der deutschen Fürstenhäuser! Die königliche Kunst, Staatsschulden zu machen, die Kunst, welche in neueren Zeiten zu einem so hohen

Trier. 1832. 8. Siehe auch oben die Lehre vom Credite. — Ueber die Frage: Wie sind, wenn ein Land getheilt wird, die Schulden dieses Landes zu vertheilen? siehe die Schriftsteller über das Völkerrecht und: Ueber das Repartitions-Princip der Staatsschulden bei Länderzerstückelungen etc. Von Dr. Fr. I. Haas. Bonn 1831. 4.

69) Wenn also in dem folgenden das Wort: Staatsanleihe gebraucht wird, so ist es jederzeit von den Staatsanleihen der zweiten Art zu verstehn.

Grade von Vollkommenheit gebracht worden ist, war damals noch ein Geheimniss. ⁷⁰⁾

417. Rechtliche Natur der Staatsanleihe. — Darüber ist kein Streit und darüber kann kein Streit seyn, daß Staatsanleihe in Beziehung auf die Nation, d. i. in dem Sinne Auflagen sind, daß die Verzinsung und Rückzahlung dieser Anleihe durch Auflagen bestritten werden muß. Eben so gewiß ist es, daß, wenn der Staat ein Anlehn aufgenommen hat, die Schuld auf dem Nationalvermögen, als einem Ganzen, und nicht auf den Kapitalien der einzelnen Staatsgenossen hafte. (*Universitas debet, non singuli debent.*) Zwar kann das Vermögen der Nation oder das Nationalkapital in die Kapitalien der einzelnen Staatsgenossen, als in seine Bestandtheile aufgelöst werden; und eben so kann man die Staatsschuld zugleich als eine auf dem Vermögen eines jeden einzelnen Staatsgenossen — und insbesondere als eine auf dem Grundeigenthume ⁷¹⁾ haftende Last betrachten. Gleichwohl schuldet nur die Nation, d. i. die Staatsgläubiger treten nur in die Rechte des Staates, in so fern dieser die Nation im Ganzen, und nicht bloß die lebende Generation, sondern auch die zukünftigen Geschlechter zu besteuern befugt ist. ⁷²⁾ Daher würde

70) Als die Erfinder dieser Kunst kann man die Italiener betrachten. Vgl. *Say: Cours complet d'écon. pol. V. 3.* Ihre Ausbildung verdankt sie hauptsächlich den Briten.

71) Die Grundeigenthümer können der Besteuerung am wenigsten, oder nur, indem sie die schwersten Opfer darbringen, entgehn.

72) *Code civil des Français. Art. 1251. „La subrogation a lieu de plein droit: 3°. Au profit de celui qui étant tenu avec d'autres ou pour d'autres au paiement d'une dette,*

ihnen Unrecht geschehn, wenn sie wegen der Verzinsung oder Rückzahlung der dargeliehenen Kapitalien an einzelne Steuerpflichtige verweisen würden.⁷³⁾ — Desto streitiger ist die Frage: Auf welchem Rechtsgrunde beruht die Verbindlichkeit des Staates oder die der Nation, die Staatsgläubiger zu bezahlen?⁷⁴⁾ Man kann auf diese Frage zwei von einander wesentlich verschiedene Antworten geben. Nach der einen Meinung, (welche man die herrschende nennen kann,) beruht jene Verbindlichkeit auf demselben Rechtsgrunde, wie die eines Privatmannes, ein von einem andern Privatmanne aufgenommenes Darlehn zurückzuzahlen, also auf der verbindenden Kraft des Darlehnsvertrages. Dieser Vertrag ist seiner Form und seinem Inhalte nach von dem Staate mit denen abgeschlossen worden, welche das Geld dargeliehn haben; und der Staat war zu der Abschließung des Vertrages um so mehr ermächtigt, da mit dem angeliehenen Gelde ein Aufwand bestritten worden ist, welchen sonst die Nation zu bestreiten gehabt hätte. — Nach der anderen Meinung aber tritt zwischen den Gläubigern des Staates und denen eines Privatmannes der wesentliche Unterschied ein, daß jene, indem sie dem Staate Geld

«avait intérêt de l'acquitter.» — Staatsschulden stehen, ihrem Wesen und ihren Folgen nach, in dem genauesten Zusammenhange mit den Ideen der Einheit und der Ewigkeit des Staates.

73) *Ricardo's* (Chapt. XVII.) Vorschlag, die britische Staatsschuld durch deren Verwandlung in Privatschulden ab-zuzahlen, dürfte also keinen Beifall verdienen. — Eben so irrt man sich, wenn man sich über die Gröfse der Staatsschuld mit dem Reichthume einiger einzelnen Unterthanen tröstet.

74) Diese Frage ist der Hauptstreitpunkt zwischen den Herren Bernoulli und Hisgen und zwischen mir. Siehe Anm. 68.

darleihen, (sey es übrigens freiwillig oder gezwungen,) dennoch auch für ihre Person nur eine Auflage bezahlen; daß sie die Erstattung des dargeliehenen Geldes nur aus dem Grunde zu fordern berechtigt sind, weil eine jede öffentliche Last unter die Staatsgenossen verhältnißmäßig zu vertheilen ist, also nur aus demselben Grunde, aus welchem überhaupt einzelnen Unterthanen, die ihr Eigenthum, z. B. eine ihnen gehörende Liegenschaft, der Regierung abtreten mußten, deshalb Entschädigung gebührt; daß also Staatsanlehne, wenn auch ihrer Form nach Anlehne, dennoch ihrem Wesen nach Auflagen — eine Art indirecter Auflagen⁷⁵⁾ — sind, wogegen die Gläubiger eines Privatmannes auch der Sache nach einen Vertrag mit ihrem Schuldner abgeschlossen haben. Und der Grund dieser letzteren Meinung, (welche mir die richtigere zu seyn scheint,) ist der, daß das Darlehn in dem einen Falle guter Wille, in dem andern aber Erfüllung einer Rechtsverbindlichkeit ist. Indem die Kapitalisten dem Staate Geld vorstrecken, thun sie weiter nichts, als daß sie einer allen Unterthanen *in solidum* obliegende Verbindlichkeit, den Staataufwand zu bestreiten, für ihre Person Genüge leisten. Allerdings ist es nicht mehr als billig, die Darleiher wegen der Last, welche sie allein getragen haben, zu entschädigen. Aber diese Entschädigung haben sie nicht von dem Staate, sondern nur von ihren Mitschuldern, den übrigen Steuerpflichtigen, zu fordern, und nur unbeschadet der Rechte, welche dem

75) Die Auflage ist sowohl subjectiv als objectiv eine indirecte Auflage. — Ist das Geld dem Staate von Ausländern dargeliehen worden, so ist die Schlussfolge dennoch treffend. Denn die Ausländer haben sich dann den Inländern als Unterthanen gleichgestellt.

Staate aus andern Gründen gegen dieselben Samtschuldner zustehn können. Sey es auch, daß die Staatsgläubiger das Geld freiwillig vorgeschossen haben; ihr freier Wille bezog sich nur auf die Form des Geschäfts. Der Staat wäre eben sowohl berechtigt gewesen, von ihnen ein gezwungenes Darlehn zu fordern. Die königlich holländische Regierung eröffnete im Jahre 1831 ein Anlehn, mit der Erklärung, daß das Anlehn, wenn es nicht freiwillig zu Stande komme, in ein Zwangsanlehn verwandelt werden solle. Dasselbe oder ein ähnliches Schreckbild steht in dem Hintergrunde eines jeden Staatsanlehnes. — Der Geist und Zweck dieser letzteren Meinung ist nicht der, die Achtung für die Ansprüche der Staatsgläubiger (oder richtiger der Gläubiger der Nation) zu untergraben. Nur darauf ist es abgesehen, die diesen Ansprüchen gebührende Achtung auf ihre wahre Grundlage zurückzuführen. Der Staatsherrscher, bei allen seinen Handlungen durch Pflichten gebunden, kann eben deswegen nicht durch Verträge gebunden werden. — Uebrigens dürften beide Meinungen nicht eben so sehr den Resultaten wie den Grundsätzen nach von einander abweichen. Denn, sowohl aus der einen, als aus der andern Meinung kann die Folgerung gezogen werden, daß die laufenden Staatsbedürfnisse den Forderungen der Staatsgläubiger nöthigenfalls vorgehn müssen; daß also, wenn das Staatseinkommen nicht zur Befriedigung beider hinreicht, die Regierung berechtigt sey, die Zinsen der Nationalschuld herabzusetzen oder die Verzinsung einstweilen einzustellen, oder auch das Kapital selbst für getilgt zu erklären. Aus der ersteren Meinung, weil den Staatsgläubigern in Collisionsfällen die *exceptio rebus sic stantibus* entgegengesetzt werden kann. (Sie haben ein gewagtes Geschäft, ein

negotium aleae plenum, unternommen; sie können sich nicht beschweren, wenn sie ein Schicksal trifft, das sie vorausszusehen hatten. *Damnum, quod quis sua culpa sentit, non sentire videtur.*) Aus der letzteren Meinung; weil der Staat, indem er die laufenden Staatsbedürfnisse den Forderungen der Staatsgläubiger nothgedrungen vorzieht, weiter nichts thut, als dafs er die einem jeden Staatsgenossen obliegende Verbindlichkeit, sein Privatinteresse dem Gemeinwesen zum Opfer zu bringen, ins Werk setzt. (Der Staat befindet sich alsdann in dem Stande der Nothwehr. Er handelt nach der Maxime: Es ist besser, dafs ein Mensch umkomme, denn dafs das ganze Volk verderbe.)

418. Von der Bedingung, unter welcher der Staat Schulden machen kann, oder, von dem Staatscredite. — Ein Privatmann hat Credit, 1) wenn er zahlen kann, 2) wenn man annehmen darf, dafs er zahlen wolle, und 3) wenn Gewifsheit vorhanden ist, dafs er nöthigenfalls zahlen mufs. — Der dritten von diesen Bedingungen entbehrt der Staatscredit gänzlich; die seltenen Fälle ausgenommen, da ein völkerrechtlicher Vertrag für die Bezahlung einer Staatsschuld Gewähr leistet. — Desto höher steht der Staatscredit über dem Privatcredite in Beziehung auf die erste von diesen Bedingungen. Der Staat ist der grösste Kapitalist des Landes; denn ihm steht das gesamte Vermögen der Nation zu Gebote. Er ist ein unsterblicher Kapitalist; denn ihm droht nicht, wie dem Menschen, der Tod. Gleichwohl ist von diesem Uebergewichte des Staatscredits über den Privatcredit ein doppelter Abzug zu machen. Zuvörderst: Wer einem Privatmanne borgt, kann sich der Rückzahlung des Darlehens mittelst eines Pfand- oder Unterpfandrechts, das er sich bestellen läfst, vollkommen versichern. Die

Staatsgläubiger können von dieser Sicherheitsmaassregel nicht mit Erfolg Gebrauch machen. Zwar kann der Staat seinen Gläubigern den Ertrag gewisser Auflagen namentlich verpfänden. Aber dasselbe Wort, das die Sicherheit geschaffen hat, kann sie eben so wieder vernichten. Sodann: Die Zahlungsfähigkeit des Staates ist so manchen Wechselfällen ausgesetzt, welche die eines Privatmannes, entweder gar nicht, oder doch in einem weit geringeren Grade, zu fürchten hat; besonders in Kriegszeiten und in Zeiten innerer Unruhen. Uebrigens steht, was die vorliegende Bedingung betrifft, der Credit eines Staates nicht nothwendig in Verhältniß mit dem grösseren oder geringeren Betrage des Nationalvermögens. Es kommt auch darauf an, in welchem Grade die Regierung die Macht hat, über das Nationalvermögen zu gebieten; ferner auch darauf, ob der Staat zu den grösseren oder zu den kleineren gehöre.⁷⁶⁾ — Jedoch es stehe mit der Zahlungsfähigkeit des Staates auch noch so stattlich, allemal muß die zweite der obigen Bedingungen, d. i. das Zutraun zu dem guten Willen der Regierung, die Staatsschulden zu bezahlen, (also das Ausgleichungsgeschäft gewissenhaft zu besorgen,) hinzukommen, wenn der Credit des Staates die Höhe erreichen soll, die er nach der Zahlungsfähigkeit des Staates erreichen kann. Dieses Zutrauen aber hängt wiederum von drei Be-

76) Denn ein kleiner Staat braucht zur Bestreitung der laufenden Ausgaben verhältnissmässig mehr, als ein grosser. Nimmt man hiezu, das ein Krieg sogar das Daseyn eines kleinen Staates bedroht, und erwägt man ferner, das dermalen Staatsanlehen ein Haupthebel der Kriegsmacht sind, so kann man mit vieler Wahrscheinlichkeit behaupten, das ein neuer allgemeiner europäischer Krieg einem Theile der kleineren europäischen Staaten den Untergang bereiten würde.

dingungen ab. (Der Credit eines Staates steht am festesten, wenn er alle diese Grundlagen zugleich hat.) Erstens von dem erprobten Charakter der Nation und der Regierung. Die britischen Staatspapiere stehen auch um deswillen verhältnißmässig so hoch, weil die Regierung noch nie ihr Wort gebrochen hat; weil der Charakter eines britischen Kaufmannes von ganz Europa in Ehren gehalten wird. (Das ist das Band, welches den Staatscredit an den Privatercredit knüpft.) Zweitens von der Verfassung des Staates. Die absolute Monarchie ist für den Staatscredit eben so ungünstig, als die Repräsentativverfassung ihn begünstigt. (Welche Aussichten eröffnet dieser Unterschied zwischen der einen und der andern Verfassung auf Europas Zukunft!) Drittens von den Vortheilen, welche sich die Regierung von der Erfüllung des den Gläubigern gegebenen Wortes versprechen darf. In Europa ist diese Gewährleistung besonders standhaft. Die Regierungen müssen ihren Gläubigern Wort halten, weil sie mit Gewissheit voraussehn können, daß sie neue Anlehne zu machen genöthiget seyn werden.⁷⁷⁾ Diese Gewährleistung gewinnt sogar mit jedem neuen Anlehne an Trauwürdigkeit. Daher die sonderbare Erscheinung, daß die Staaten nicht selten, je mehr sie borgen, unter desto besseren Bedingungen Geld aufnehmen.

419. Wann soll der Staat Schulden machen? — Staatsschulden sind ein zweischneidiges Schwerdt. So groß auch die Vortheile sind oder seyn mögen, welche die europäischen Staaten

⁷⁷⁾ Auf der Londoner Börse ist es Gesetz, die Staatspapiere einer Regierung, welche ihr Wort gebrochen hat, nicht weiter zu notiren, d. i. sie ausser Cours zu setzen.

von dem Systeme, ihren Aufwand zum Theile durch Anlehne zu decken, gezogen haben und noch ziehn, (vgl. §. 421.) allemal giebt ein Staat, der Schulden macht, sein und des Volkes Schicksal der ungewissen Zukunft preis; allemal naht er sich, je mehr seine Schulden zunehmen, desto mehr dem verhängnissvollen Augenblicke, wo er genöthiget seyn wird, seine Zahlungen einzustellen. Allemal also ist die Mafsregel, die Nation mit einer Schuld zu belasten, als eine den Umständen nach nothwendige Mafsregel zu rechtfertigen. — Das Anlehn muß also zuvörderst seinem Zwecke nach nothwendig seyn, d. i. zur Bestreitung eines Aufwandes gemacht werden, welcher eben sowohl eine Besteuerung des Nationalvermögens rechtfertigen könnte. — Sodann aber ist das Anlehn, als das Mittel, den Aufwand zu bestreiten, durch einen Nothfall zu rechtfertigen. Am augenscheinlichsten ist ein solcher Nothfall vorhanden, wenn der Aufwand so grofs ist, dafs die Nation nicht im Stande seyn würde, ihn von ihrem Einkommen zu bestreiten. Denn es ist allemal besser, die Kapitalien einiger als die aller oder sehr vieler Steuerpflichtigen anzugreifen. Ein kaum minder dringender, obwohl ein Fall anderer Art, ist der, da die Regierung zu befürchten hat, dafs eine neue Auflage Murren im Volk erregen würde. Derselbe Grund ist ja schon oft für andere indirecte Auflagen angeführt worden. Endlich kann auch aus dem Geiste der Staatsverfassung die Nothwendigkeit hervorgehn, Auflagen in Anlehne einzukleiden. In den Einherrschaften, in welchen die Fürstengewalt durch eine landständische oder durch eine Repräsentativverfassung beschränkt ist, sind Staatsschulden eine Gewährleistung für die Fortdauer der Verfassung, welcher kaum irgend eine andere den Rang streitig machen kann. (Landstände, Volks-

abgeordnete haben sich billig der Sparsamkeit zu befleißigen, ausgenommen — im Schuldenmachen.) — Es giebt jedoch Staatsanlehne, welche ihre Rechtfertigung in sich selbst haben. Das sind diejenigen, mit welchen eine frühere Schuld auf eine vortheilhafte Weise getilgt, oder eine mit Sicherheit zu erwartende Einnahme nur in Voraus flüssig gemacht wird. Die Anlehne der einen und die der andern Art bezwecken nur die gehörige Verwaltung des Staatsvermögens. ⁷⁸⁾

420. Von der Kunst, Schulden zu machen und sie (mit Hoffnungen) zu bezahlen. — Der Staat borgt am besten da, wo Geld am leichtesten und wohlfeilsten zu haben ist, sey es übrigens im Inlande oder im Auslande. ⁷⁹⁾ — Unter den verschiedenen Arten, wie der Staat Geld aufnehmen kann, ist die vollkommenste oder vielmehr die allein zu billigende die, daß er das Geld gegen eine immerwährende Rente borgt, d. i. daß er sich ausschließlich das Recht vorbehält, das übrigens verzinsliche Kapital aufzukündigen. (Die Rentenscheine lauten am besten auf den Briefsinnhaber.) Dann läßt der Staat die Rückzahlung des Kapitals unausgesetzt hoffen oder fürchten, ohne gleichwohl gebunden zu seyn, die Verheissung oder die Hoffnung in Erfüllung zu setzen. — Gedenkt der Staat das Kapital demnächst

78). Wenn oder in wie fern die Regierung den Staatsaufwand mit ihrem Sondergute bestreitet, so können noch andere Fälle eintreten, in welchen sie ein Anlehn, das sie macht, rechtfertigen kann.

79 Hiedurch wird jedoch nicht behauptet, daß es schlechthin gleichgültig sey, ob der Staat Inländer oder Ausländer zu seinen Gläubigern habe. Z. E. Wenn ein Staat seine Zahlungen einstellt, so wird es vortheilhaft für ihn seyn, wenn seine Gläubiger Ausländer sind.

zurückzuzahlen: so thut er wohl, die Zinsen hoch, das Kapital aber niedrig zu stellen; in dem entgegengesetzten Falle, hat er den entgegengesetzten Weg einzuschlagen. — Es versteht sich von selbst, daß der Staat, was die Bezahlung und Erhebung der Zinsen von seinen Schulden betrifft, das Interesse der Gläubiger auf alle Art und Weise zu Rathe zu ziehen habe.⁸⁰⁾ — Sogar die Launen der Gläubiger sind nicht unberücksichtigt zu lassen.⁸¹⁾ Jedoch alles dieses wird nicht hinreichen, den Stand der Staatspapiere und mit diesem den Staatscredit zu der Höhe zu erheben, welche er erreichen kann, wenn der Staat nicht den Handel mit seinen Schuldscheinen vollkommen frei läßt.⁸²⁾ Staatspapiere fallen nicht, weil auf ihr Fallen speculirt wird; sie würden noch tiefer fallen, wenn auf ihr Fallen nicht speculirt würde. — Die Frage: Soll der Staat seine Schulden zu tilgen suchen? ist, vorausgesetzt, daß die Staatsschulden Rentenschulden sind, nicht eine Rechtsfrage, sondern nur eine Frage der Klugheit. Zur Beantwortung derselben läßt sich im Allgemeinen (*in thesi*) vielleicht nur so viel sagen, daß es auf jeden Fall rathsam sey, für die Tilgung der Staats-

80) Selbst eine gewisse Liberalität ist hierbei an ihrer Stelle, z. B. was die Zahlung verjährter Zinsen betrifft.

81) Jedoch sind sie nicht in dem Grade zu berücksichtigen, daß deshalb die Einheit der Staatshaushaltung zu stören wäre. Es ist daher nicht der Ertrag gewisser bestimmter Auflagen der Staatsschuldentilgungskasse anzuweisen.

82) Vgl. *A brief treatise on the law relative to Stock-Jobbing. By J. J. Burn. Lond, 1803, 8.* — Der Verkehr mit Staatspapieren im In- und Auslande. Von a. H. Bender. II. Aufl. Gött. 1830. 8. — Die Mittel, durch welche die Regierung den Curs der Staatspapiere künstlich heben kann, sind denn doch nur Palliative.

schulden Etwas zu thun, und zwar aus dem Grunde, weil man, nicht ohne Nachtheil für den Staatscredit, das Geheimniß ausplaudern kann, daß an eine Tilgung der Staatsschulden nicht zu denken sey. In den Friedensjahren, welche in Europa seit dem Jahre 1815 verflossen sind, haben die europäischen Staaten, wenigstens die größeren, ihre Schuldenlast eher vergrößert, als vermindert. Und dennoch haben sie insgesamt, damit die Hoffnung nicht erstürbe, einen mehr oder weniger glänzenden Tilgungsplan angenommen und befolgt. — Welcher Plan ist bei der Tilgung der Staatsschulden zu befolgen? Der einfachste Plan dürfte der beste seyn. So viel, bei mäßigen Abgaben, von dem Staatseinkommen nach Abzug der laufenden Ausgaben jährlich übrig bleibt, werde zur Abtragung der Staatsschulden verwendet. Aus dem lachenden Traume, welchen der Engländer *Price* zuerst träumte, und welchen *Pitt* verwirklicht zu haben glaubte, — daß eine Schuld sich selbst bezahlen könne, wenn man zur Abtragung derselben einen Theil des angeliehenen Kapitals bestimme und die Zinsen von diesem Theile fortdauernd zu dem verzinslichen Kapitale schlage, — ist man längst, auch in England, erwacht. — Naht endlich der Tag, da der Staat seine Zahlungen einstellen muß, (*stat sua cuique dies et ineluctabile fatum Dardaniae!*) so ist zu wünschen, daß er nicht plötzlich und nicht über die Unvorbereiteten hereinbreche.

421. Etwas über den verschuldeten Zustand der europäischen Staaten. — Der verschuldete Zustand der europäischen Staaten ist eine in ihrer Art einzige Erscheinung in der Geschichte; eine Erscheinung, welche noch viel zu neu ist, als daß man über die Folgen, welche dieser Zustand in Zukunft haben dürfte oder auch bereits

gehabt hat, ein nur einigermaßen genügendes Urtheil fällen könnte. Es hat dem Schuldenwesen der europäischen Staaten weder an Anklägern noch an Vertheidigern, sogar nicht an Lobrednern gefehlt. Während Jene den Druck der Abgaben, unter welchen die europäischen Nationen seufzen, die heimliche oder offene Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, welche fast in allen europäischen Staaten herrscht, die Revolutionen, von welchen diese Staaten heimgesucht worden sind, den asiatischen Character des neuesten europäischen Kriegssystemes und andere Uebel dem Mißbrauche, welchen die europäischen Regierungen von ihrem Credite gemacht haben, ganz oder größtentheils zuschreiben: erblicken Diese in dem verschuldeten Zustande der europäischen Staaten eine mächtige Gewährleistung für die Erhaltung des Friedens in Europa, ein Band, welches die Nationen Europa's durch das Interesse des Eigennutzes zusammenhält, eine Hauptursache der Verbesserungen, welche in der Staatshaushaltung und in der Staatsverwaltung überhaupt getroffen worden sind, eine Quelle des Ansehns der öffentlichen Meinung, einen Freund und Begünstiger des demokratischen Principis. Die Streitfrage gehört keinesweges zu den müßigen Fragen. Zwar, wenn ein europäischer Staat Schulden macht, müssen über kurz oder über lang alle europäischen Staaten dem Beispiele folgen. Aber das Mehr oder Weniger — der Versuch, die aufgenommenen Summen zurückzuzahlen, ist dennoch ein Gegenstand der Wahl. Vielleicht irrt man sich am wenigsten, wenn man die Abhängigkeit, in welche sich die europäischen Regierungen durch ihre Anleihen von der Geldmacht versetzt haben, mit der Abhängigkeit vergleicht, in welcher diese Regierungen einst von der geistlichen Gewalt standen. Die europäische

Menschheit entzog sich dieser Abhängigkeit, als sie derselben zur Beförderung ihrer Cultur und Civilisation nicht weiter bedurfte. Wird auch jener Zustand dereinst nur eine Periode in der Geschichte der Cultur und Civilisation der europäischen Menschheit bezeichnen? Ja! Das Gerüst wird fallen, der Bau stehen bleiben.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von der Verwaltung des Staatsvermögens. ⁸³⁾

422. Wenn und in wie fern der Staat sein Einkommen von den Abgaben der Unterthanen bezieht, beschränkt sich die Verwaltung des Staatsvermögens auf das Einnehmen und Ausgeben und auf das Buchhalten über die Einnahme und die Ausgabe. Man kann unter dieser Voraussetzung den Staatshaushalter, in Beziehung auf die Verwaltung des Staatsvermögens, als den Kassierer und Rechnungsführer eines Minderjährigen oder eines Abwesenden betrachten. Er hat in so fern dieselben Pflichten, wie dieser, auf sich; er hat also z. B. dafür zu sorgen, daß die Einnahmen richtig und zielhaltig eingehn; daß die ihm untergeordneten Einnehmer ihrem Geschäfte treu und

83) Nach dem Plane des vorliegenden Werkes wird dieser Gegenstand, so reichhaltig er ist, nur in der Kürze abgefertigt werden.

redlich vorstehn; dafs man den Stand der Kasse von Zeit zu Zeit vollkommen übersehn könne; dafs das Staatsrechnungswesen überhaupt möglichst geregelt und geordnet sey; dafs das Geschäft des Einnehmens und des Ausgebens so wenig als möglich Kosten verursache.⁸⁴⁾ Allerdings ist die Verrechnung des Staatseinkommens mit besondern Schwierigkeiten verbunden. Denn es gleicht dieses Einkommen einem Strome, welcher von einer Menge kleiner Quellen gebildet wird und dann wieder in eine Menge kleiner Kanäle zu leiten ist. Auf der andern Seite aber stehen dem Staate einige besondere Gewährleistungen zu Gebote, mittelst welcher er sich der gehörigen Verrechnung seines Einkommens versichern kann. Die vornehmste unter diesen Gewährleistungen ist die Publicität der Rechnungen. Fast in allen europäischen Staaten wird das Staatsvermögen jetzo weit besser, als ehemals, verwaltet, weil in den einen die Repräsentativverfassung, in andern das Mißtrauen der Staatsgläubiger die Regierungen genöthiget hat, aus der Staatshaushaltung das Geheimniß zu verbannen.

423. Jedoch darin unterscheidet sich der Verrechner des Staatseinkommens von dem Verrechner des Einkommens eines Privatmannes, dafs er eben so wohl das Interesse der Schuldner, d. i. das der Steuerpflichtigen, als das Interesse des Gläubigers, d. i. das des Staates, zu beachten hat. — Es ist daher der Staatshaushalter z. B. verpflichtet, die Ausgaben, wo möglich, so zu vertheilen, dafs das Einkommen des Staates in die Quellen, aus welchen es geschöpft

84) Ein jedes Ersparniß an diesen Kosten ist ein doppelter Gewinn. Die Kunst, Ersparnisse dieser Art zu bewerkstelligen, hat schon große Fortschritte gemacht, und kann noch immer neue Fortschritte machen.

worden ist, wieder zurückfließe. Eben so kann eine gewisse Art, die Steuern zu erheben, obwohl an sich die vortheilhaftere, dennoch in dem Interesse der Steuerpflichtigen zu verwerfen seyn. Z. B. die Verpachtung der Abgaben hat in dem Interesse der Staatskasse nicht wenig für sich. Sie war bei den Römern, sie war ehemals in Spanien und in Frankreich in Gebrauch. Dennoch ist diese Erhebungsart so drückend für die Unterthanen, daß dieser Nachtheil einen jeden Vortheil überwiegt.

424. Hat sich der Staat zur Bestreitung seines Aufwandes einen Theil des Nationalvermögens als Sondergut vorbehalten: so hat der Staatshaushalter bei der Verwaltung dieses Sondergutes diejenigen Regeln zu beobachten, welche ein Privatmann als Eigenthümer desselben Sondergutes zu beobachten haben würde. (Dasselbe gilt von dem festen Staatskapitale überhaupt.) Z. B. eine Regierung, welche vermöge des Postregals das Gewerbe eines Fuhrmanns treibt, hat dieses Geschäft eben so zu betreiben, wie es ein jeder andere Fuhrmann zu betreiben hat, damit er wohl fahre. — Jedoch, auch unter dieser Voraussetzung, soll sich die Haushaltung des Staates von der eines Privatmannes, und zwar in einer doppelten Beziehung, unterscheiden. Erstens: Der Staatshaushalter hat bei der Verwaltung des Sondergutes der Regierung das Geldinteresse der einzelnen Unterthanen möglichst zu schonen, z. B. ein regalisirtes Gewerbe nicht in ein Monopol zu verwandeln. Zweitens: Auch bei der Verwaltung dieses Sondergutes ist das Absehn darauf zu richten, daß sich der Staatshaushalter auf das Einnehmen und Ausgeben beschränken könne. Z. B. der Staat soll die Landgüter, die ihm gehören, nicht selbst bewirthschaften, sondern sie verpachten. Er soll seine Bergwerke oder Salzwerke nicht selbst

betreiben, sondern den Betrieb Andern gegen irgend eine Vergütung überlassen.⁸⁵⁾ Er soll Brücken und Strafsen nicht selbst bauen, sondern den Bau verdingen.

85) Kann er keine Abnehmer finden, nun so verschenke er sie. Die Einnahme von dem Salzregale ist überall eine Steuer und nichts als eine Steuer. Ja! von dieser Steuer ist noch der (allemaal bedeutende) Mehrbetrag der Kosten abzuziehen, welche die Fabrication des Salzes verursacht, wenn diese die Sache der Regierung und nicht eine Privatunternehmung ist. Oeffentliche Verschwendungen der Staatsgelder sind in den europäischen Staaten selten, die geheimen desto häufiger.

N A C H W O R T:

Ich begann dieses Werk — die vierzig Bücher vom Staate, — mit dem Satze, daß, wie alles Seyn und Leben auf einem Kampfe zwischen einander entgegengesetzten Kräften beruhe, derselbe Kampf sich auch in der Staatenwelt wiederhole. Ueberall und in einem jeden gesellschaftlichen Verhältnisse strebt der Mensch nach Freiheit, nach Unabhängigkeit von der Willkühr Anderer. Aber eben so liegt in dem Menschen der Trieb, Andere von sich abhängig zu machen, sie zu beherrschen, sie, wenn es in seiner Macht steht, einer physischen Nothwendigkeit zu unterwerfen. Sowohl in der Staatswissenschaft als im Leben begegnen sich unaufhörlich diese beiden Richtungen der Thatkraft des Menschen.

Es würde den Blick nur zerstreut haben, hätte ich in einer jeden Abtheilung des vorliegenden Werkes auf diese Grundansicht zurückkommen, und, wie sich der Kampf zwischen dem Streben nach Freiheit und dem Streben nach Herrschaft in seinen verschiedenen Beziehungen und Auftritten stelle und gestalte, jedesmal nachweisen wollen.

Aber jetzo, am Schlusse, sey es mir erlaubt, jene Grundansicht noch einmal zu verfolgen, insbesondere in so fern, als mit ihr die Verschiedenheit der Theorien, welche man in den einzelnen Theilen der Staatswissenschaft aufgestellt hat, in Zusammenhang steht.

In der Lehre von der Verfassung der Staaten bekämpfen sich das demokratische und das aristokratische Princip; jenes bestimmt, dem Streben nach Freiheit, dieses bestimmt, dem Streben nach Herrschaft theils eine allgemeingeltende Grundlage zu geben, theils den Weg zu zeigen, welcher zum Ziele führt. Die verschiedenen möglichen Modificationen und Anwendungen des einen und des andern Principis sind die verschiedenen Gestalten und Abstufungen, in welchen die Staatsverfassung beziehungsweise dem Interesse der Freiheit oder dem der Herrschaft entsprechen kann.

Gesetze sind allemal, wenigstens in einem gewissen Grade oder Sinne, Bürgschaften für die Freiheit der Einzelnen. Wenn aber sowohl das geschriebene als das Gewohnheits-Recht seine Vertheidiger hat: so möchten die Vertheidiger des ersteren das Interesse der Freiheit, die des letzteren das Interesse der Herrschaft vertreten. Allerdings läßt sich auf das Gewohnheitsrecht eine Lobrede halten; (z. B. daß es aus der Nation selbst hervorgehe;) doch schwerlich mit Beifall der Geschichte. Wenigstens haben es die Deutschen theuer bezahlt, daß sie kein geschriebenes Recht hatten.

Soll, in bürgerlichen Rechtssachen, der Richter zugleich der Sachwalter der Partheien

seyn? oder das Gesetz den Partheien nur die Freiheit zusichern, ihre Rechte auf das vollständigste zu vertheidigen? Verdient, in Strafsachen, das Untersuchungs- oder das Anklageverfahren den Vorzug? — Diese und ähnliche den Rechtsgang betreffende Streitfragen gelten der Macht des Richters und mit dieser der Allgewalt des Staates.

Derselbe Streit wiederholt sich in der Lehre von der vollziehenden Gewalt und in der Lehre vom Schutzrechte. Indem man die vollziehende Gewalt verstärkt, Ruhe und Ordnung im Innern stiftet, kann leicht die Freiheit Gefahr laufen.

In dem bürgerlichen Rechte ist der einen Parthei bürgerliche Freiheit das höchste Gut. Die andere Parthei unterwirft das bürgerliche Recht bald der Herrschaft des Verfassungsrechts, bald dem Interesse der öffentlichen Macht.

In dem Strafrechte ist den Einen die Schuldhaftigkeit des Verbrechens, den Andern die Gefährlichkeit der That der Mafsstab der Strafen. Jene verlangen, dafs der Staat nur das Strafurtheil vollziehe, welches dem Verbrecher das eigene Gewissen spricht; diese, dafs die Strafe schrecke.

Eben so stehen in dem Völkerrechte zwei Theorien einander gegenüber; die eine, deren Grundsatz die Selbstständigkeit der Völker ist; die andere, welche von den Völkern fordert, sich zu einem Völkerstaate zu vereinigen. Und angenommen, dafs irgendwo ein Völkerstaat oder ein (demselben allemal verwandter) Völkerbund bestehe, so kann das Recht dieses Staates oder Bundes wieder entweder so bestimmt werden, dafs der Verein, oder so, dafs die Selbstständig-

keit der einzelnen Mitglieder desselben das Uebergewicht hat.

Dem Weltbürgerrechte entgegengesetzt sind die Nationalrechte, die Rechte, welche in den angestammten Verschiedenheiten und Eigenthümlichkeiten der Nationen ihren Ursprung haben und auf die Erhaltung der Nationalität berechnet sind. Der Endzweck eines jeden Rechtes dieser Art ist die Verstärkung der Macht der Nation.

Endlich, auch über die Art, wie die Regierung theils für das persönliche Wohl, theils für den Wohlstand des Volkes Sorge zu tragen habe, giebt es zwei einander entgegengesetzte Theorien. Die eine fordert von der Regierung weiter nichts, als daß diese, unter ihrem Schutze, das Volk selbst gewähren lasse; sie fordert also nur Freiheit des Unterrichts, Freiheit der Gedankenmittheilung, Gewissens- und Religionsfreiheit, Freiheit des Eigenthumes, Erwerbsfreiheit, Handelsfreiheit. Die andere Theorie aber stellt das Volk in allen diesen Beziehungen unter die Vormundschaft der Regierung.

In allen diesen Fällen ist der Streit, seinem letzten Grunde nach, immer und ewig derselbe, wird er eben so wohl im Leben als in der Wissenschaft geführt, hat das Uebergewicht, welches die eine oder die andere Parthei in einer einzelnen Beziehung oder nach einer einzelnen Richtung hin erhält, auf die gegenseitige Stellung der Partheien überhaupt Einfluß.

Das Höchste, was die Menschen in diesem Kampfe erreichen können, ist ein Vergleich, ein Friedensschluß auf billige Bedingungen. Trägt

die eine oder die andere Parthei entschieden den Sieg davon: so ist die Ruhe des Grabes oder die Auflösung des Staates die Folge. Aber auch dem Frieden traue Niemand; er ist nur ein Waffenstillstand.

O! des armen Menschengeschlechts, wäre ihm nicht ein Blick in ein anderes Leben vergönnt! Fast in allen Religionen ist in dem Bilde des zukünftigen Lebens der Character der Ruhe vorherrschend.

INHALTSANZEIGE.

DIE STAATSWIRTSCHAFTSLEHRE IN FÜNF BÜCHERN.

(Von den vierzig Büchern vom Staate das 36ste bis
40ste Buch.)

Erste Abtheilung dieses Bandes.

	Seite
Einleitung - - - - -	1—31
Begriff der Wirthschaftslehre - - - - -	1
Eintheilung der Wirthschaftslehre - - - - -	6
Zweck der Wirthschaftslehre - - - - -	9
Verhältniß der Wirthschaftslehre zur Rechtslehre	10
Zur Geschichte der Wirthschaftslehre - - - - -	13

Die allgemeine Wirthschaftslehre.

ERSTES BUCH.

Von dem objectiven Erwerbe.

Erstes Hauptstück. Von dem Gebrauchswerthe der Sachen - - - - -	35
Zweites Hauptstück. Von der Erde, als der Urquelle aller Brauchlichkeiten - - - - -	44
Drittes Hauptstück. Von den Bedingungen der physischen Möglichkeit des Erwerbes - - - - -	51
Viertes Hauptstück. Von dem ursprünglichen objectiven Erwerbe, oder von dem objectiven Erwerbe mittelst der Arbeit.	
Erster Abschnitt. Von der Art, wie Sachen zu Brauchlichkeiten gemacht wer- den, oder von der Arbeit im Allgemeinen	55

Zweiter Abschnitt. Von den verschiedenen Arten des ursprünglichen objectiven Erwerbes, oder von den verschiedenen Arten der productiven Arbeit - - - - -	61
Dritter Abschnitt. Von dem Arbeitslohne	67
Vierter Abschnitt. Was steigert den Arbeitsfleiß des Menschen und den einer Nation? - - - - -	81
Fünfter Abschnitt. Wie kann die Productivkraft der Arbeit gesteigert werden? -	85
I. Durch die Art, wie die Arbeit verrichtet wird - - - - -	86
II. Durch die Verbindung der Arbeit der Natur mit der des Menschen - - -	88
III. Durch Werkzeuge und Maschinen -	92
Fünftes Hauptstück. Von dem abgeleiteten objectiven Erwerbe, oder von dem objectiven Erwerbe mittelst eines Kapitals - - - - -	96
Sechstes Hauptstück. Von dem Untergange der Brauchlichkeiten - - - - -	106
Siebentes Hauptstück. Von dem Vermögen -	115

ZWEITES BUCH.

*Von dem unmittelbaren oder ursprünglichen subjectiven Erwerbe,
oder
von dem Tauschverkehre.*

Einleitung - - - - -	123
Erstes Hauptstück. Von dem Tauschwerthe oder dem Tauschpreise im Allgemeinen - - - - -	126
Zweites Hauptstück. Von dem Verhältnisse, in welchem der subjective Erwerb, (der Tauschverkehr,) zum objectiven Erwerbe, (zur Production,) steht - - - - -	130
Drittes Hauptstück. Von den Bedingungen der Möglichkeit des subjectiven Erwerbes, als eines wechselseitigen Erwerbes - - - - -	133
Viertes Hauptstück. Von den einzelnen Arten des subjectiven Erwerbes.	
Erster Abschnitt. Von dem Lohne des Arbeiters - - - - -	146

	Seite
Zweiter Abschnitt. Von der Grundrente	159
Dritter Abschnitt. Von der Geistesrente	177
Vierter Abschnitt. Von dem Kapitalzinse	180
Fünfter Abschnitt. Von der Creditrente	191
Sechster Abschnitt. Von dem Tausche in der engsten Bedeutung, oder von dem Waarentausche - - - - -	194
Fünftes Hauptstück. Von den Bedingungen des Verkehres unter den Menschen überhaupt, diese Bedingungen als Bedingungen des Tauschverkeh- res und als Mittel, den Tauschverkehr zu beför- dern, betrachtet - - - - -	204
I. Von den Land- und Wasserstraßen - -	205
II. Von der Sprache und der Schrift - -	207
III. Von dem Credite - - - - -	209
IV. Von dem Schutze, dessen der Tauschver- kehr bedarf - - - - -	216
Sechstes Hauptstück. Von den den Tauschver- kehr vermittelnden Zwischenleuten, insbesondere von den Kaufleuten - - - - -	217
Siebentes Hauptstück. Von den Verlusten im Tauschverkehre - - - - -	227
Achtes Hauptstück. Von dem Vermögen, dieses in Beziehung auf den Tauschverkehr betrachtet -	229

DRITTES BUCH.

*Vom Gelde, oder von dem Tauschverkehre,
in wie fern er
durch Geld vermittelt wird.*

Einleitung - - - - -	235
----------------------	-----

Erste Abtheilung.

Von dem reellen oder wirklichen Gelde,
insbesondere
vom Metallgelde.

Erstes Hauptstück. Von dem Wesen des Metall- geldes - - - - -	240
--	-----

Zweites Hauptstück. Von der dem Gelde zu gebenden Gestalt und Beschaffenheit, oder von dem Münzwesen - - - - -	251
Drittes Hauptstück. Von dem Einflusse des Geldes auf den Tauschverkehr - - - - -	262

Zweite Abtheilung.

Von dem nominellen oder dem Scheingelde,
insbesondere
von dem Papiergelde.

Erstes Hauptstück. Von dem Wesen des Papiergeldes - - - - -	272
Zweites Hauptstück. Von den verschiedenen Arten des Papiergeldes - - - - -	280
Drittes Hauptstück. Von dem Einflusse des Papiergeldes auf den Handelsverkehr - - - - -	284

Zweite Abtheilung dieses Bandes.

Die Staatswirthschaftslehre.

ERSTES BUCH.

Die National- oder Volkswirthschaftslehre.

Erstes Hauptstück. Von dem Begriffe des National-Vermögens und von dem Zusammenhange, in welchem der Staat mittelst dieses Begriffs mit dem Erwerbe der Menschen steht - - - - -	293
Zweites Hauptstück. Von dem Erwerbe einer Nation - - - - -	304
I. Von dem Erwerbe einer Nation, diese vereinzelt betrachtet - - - - -	305
II. Von dem Erwerbe der Nationen mittelst des wechselseitigen Tausch- und Handelsverkehrs - - - - -	309

Drittes Hauptstück. Darstellung der Systeme der Nationalwirthschaft.

I. Das System der Erwerbsgemeinschaft	- -	314
II. Das System der Erwerbsfreiheit	- - - -	317
III. Das System der Erwerbsvormundschaft	- -	334
A. Von der Bevormundung des Erwerbes in dem Interesse der Staatsverfassung	- - - - -	337
B. Von der Bevormundung des Erwerbes in dem Privatinteresse der Regierung	- - - - -	340
C. Von der Bevormundung des Erwerbes in dem auswärtigen Interesse der Nation	- - - - -	342

Viertes Hauptstück. Zur Beurtheilung der Systeme der Nationalwirthschaft - - - - 346

Fünftes Hauptstück. Von der Verminderung des Nationalvermögens - - - - - 362

ZWEITES BUCH.

Staatshaushaltungslehre.

Erstes Hauptstück. Begriff des Staatsvermögens 366

Zweites Hauptstück. Von dem Staatsaufwande - 372

Drittes Hauptstück. Von den Mitteln zur Bestreitung des Staatsaufwandes - - - - 383

Erste Abtheilung. Von den Mitteln zur Bestreitung des Staatsaufwandes im Allgemeinen.

Erster Abschnitt. Von der Verschiedenheit der Kapitalien, welche eine Nation zur Bestreitung des Staatsaufwandes bestimmen kann - - - - 383

Zweiter Abschnitt. Von den einzelnen Quellen des Staatsvermögens, oder von den verschiedenen Arten, wie der Staat ein Vermögen erwerben kann - - 390

Zweite Abtheilung. Von der Bestreitung des Staatsaufwandes durch Auflagen.

Erster Abschnitt. Von den Auflagen im Allgemeinen.

	Seite
I. Begriff - - - - -	400
II. Eintheilung der Auflagen und Abgaben -	401
III. Grundsätze, nach welchen das Besteuerungsrecht auszuüben ist - - - -	402
A. Was ist zu besteuern? - - -	407
B. Wie ist die Steuer unter die einzelnen Steuerpflichtigen zu vertheilen - - - - -	409
C. Wie ist die Steuerlast umzulegen	412
IV. Von den bei der Besteuerung zu beobachtenden Nebenrücksichten, insbesondere von dem Verhältnisse der Besteuerung zur Nationalwirthschaft - - - -	414
Zweiter Abschnitt Von den einzelnen Arten der Auflagen.	
I. Von den offenen Auflagen oder den gezwungenen Abgaben - - - -	423
H. Von den heimlichen oder verschämten Auflagen, oder von den freiwilligen Abgaben	
A. Von den Auflagen, die als Geschenke erhoben werden - -	441
B. Von den Staatslotterien und vom Staatslotto - - - - -	442
C. Von den Abgaben gegen eine Anweisung auf überirdische Güter	443
D. Von Staatsanleihen - - - -	443
Viertes Hauptstück. Von der Verwaltung des Staatsvermögens - - - - -	458
Nachwort - - - - -	462

Empfehlungswerthe Schriften neueren Verlags.

C. E. Morstadt's
kritisch-pragmatischer Commentar
 über
 Mittermaier's Grundsätze
 des
deutschen Privatrechts.

Erstes Heft.

gr. 8. geh. 18 agr sächs. 1 fl. 12 fr. rhein.

Auch unter dem Titel:

C. E. Morstadt's
kritisch-pragmatischer Commentar
 über
 Mittermaier's Theorie
 von
**Verlagscontract, Schrifteigenthum,
 Nachdruck und Collegienheften.**

Begriff's

Begriffs = Bestimmungen
aus dem Gebiete
des
C i v i l r e c h t s,
von

J. W. Johansen,
Doctor beider Rechte, Privatdocenten an der Universität
zu Heidelberg.

Erstes Heft:
Ueber possessio, possessio civilis und
possessio naturalis.

8. 12 ggr. sächs. 1 fl. 12 fr. rhein.

Forschungen
in dem Gebiete
der
H ö h e r n A n a l y s i s
mit den
Resultaten und ihrer Anwendung
von

L. O E T T I N G E R,
Professor in Heidelberg

gr. 4. 2 Thl. 16 ggr. sächs. 4 fl. 30 fr. rhein.

Der Herr Verfasser, welcher seinen Beruf zu höhern Leistungen in der Mathematik schon durch manche literarische Arbeiten und neuerlich durch sein Werk „Differenzial und Differenzen-Calcul“ bewährte, hat in den vorliegenden Forschungen seinen seltenen Fleiß Problemen gewidmet, welche vorzüglich in neuern Zeiten die größten Meister in der Mathematik beschäftigt haben, und deren Lösung fortwährend dringend gewünschter Gegenstand für Theorie und Praxis geblieben war. Er liefert dieselbe auf einem Wege, welcher nicht allein durch die Neuheit der aufgefundenen Mittel dem Studium aufs höchste förderlich sein muß, sondern auch die unmittelbare Anwendung von einem so wichtigen Theile der Mathematik, der jedoch nach Maßgabe seiner

seiner Schwierigkeit bisher manchem Praktiker unzugänglich geblieben, ungemein erleichtert und somit denselben gewissermaßen erst ins Leben einführt; und mit ihm die wichtigen und bedeutungsreichen Folgen, welche aus dieser Anwendung unfehlbar sich verbreiten müssen auf alle Zweige menschlichen Wissens und Wirkens, so in der Stern- und Schifffahrtskunde, als in der Staats- und Kriegswissenschaft, in der Naturkunde und Mechanik und endlich in jedem Gewerbe. In einer ausführlichen Vorrede hat der Herr Verfasser selbst über die von ihm entdeckten und eingeschlagenen Wege, ihre Quellen und glücklichen Ergebnisse — Rechenschaft gegeben, und wir dürfen daher zu Begründung des Gesagten vertrauensvoll auf dieses Vorwort verweisen.

Grundriß
der
medizinischen Botanik
als Leitfaden
bei Vorlesungen, so wie zum Selbststudium, und
besonders zur repetitorischen Uebersicht
für
Studirende
auch zum
Gebrauch für Aerzte und Pharmaceuten.

Nach den
natürlichen Familien des Gewächereiches, mit Angabe der
Linne'ischen Klassifikation
bearbeitet
von

(**Dr. Gottlieb Wilhelm Bischoff.**)

Zwei Theile.

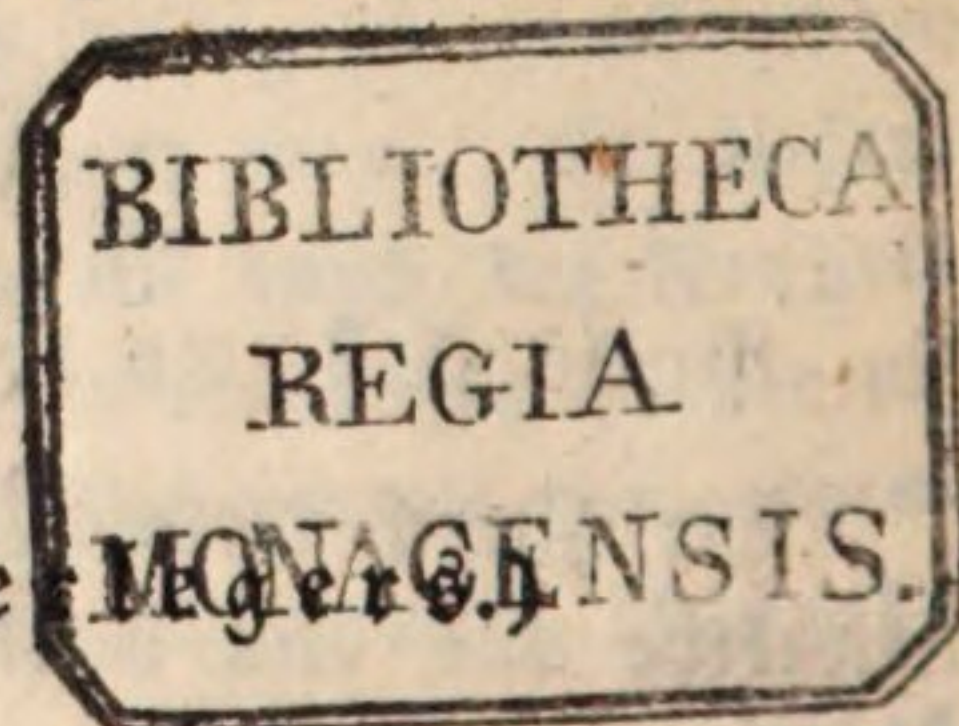
Preis 5 fl. 36 kr. rhein. 3 Thlr. 6 ggr. sächsf.

Der Zweck dieses Werkes ist, das Nothwendige und Wissenswerthe aus dem Gebiete der medizinischen Botanik nach den
neuesten

neuesten Erfahrungen, vollständig, aber in möglichst gedrängter Kürze darzulegen, um namentlich dem studirenden oder zum Staatsexamen sich vorbereitenden Ärzte und Pharmaceuten einen leichtern Ueberblick dieses für ihn so wichtigen Zweiges der Pflanzenkunde und Arzneimittellehre zu geben, eines Zweiges, der in den gewöhnlichen Hand- und Lehrbüchern meist sehr weitläufig behandelt ist, und oft durch die Aufnahme vieler an sich weniger wichtigen Gegenstände eine kostbare Ueberladung, durch Weglassung anderer aber eine nachtheilige Einseitigkeit erhält. Es wird sich daher das Buch, welches eine Sonderung dessen enthält, was dem Arzte und Pharmaceuten zu wissen unentbehrlich, von dem, was jetzt veraltet, oder nur noch etwa von historischem Interesse ist, bei dem ohnedies so vieler Hülfswissenschaften bedürftenden Studium der Heilkunde des Beifalls und der Theilnahme nicht bloß des Lehrers, sondern auch des Studirenden und selbst des praktischen Arztes und Pharmaceuten ferner und um so gewisser erfreuen; als durch seine Vollendung eine wesentliche Lücke ausgefüllt, und seine Anschaffung durch den ungemein billigen Preis so sehr erleichtert ist.

Wenn die Bezeichnung von Gegenstand und Inhalt des Buches schon hinreicht, um die volle Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen, so muß der Name des geehrten, fleißigen und berühmten Herrn Verfassers, der durch sein Handbuch der botanischen Terminologie und dessen große und mit so ausgezeichnete Anerkennung verbundene Verbreitung nur wenigen Naturforschern, Ärzten und Pharmaceuten unbekannt seyn kann, so wie er von den meisten höchst gefeiert ist; einen gesteigerten Betrieb zur Erwerbung eines Werkes geben, welches sowohl bei Excursionen und im Hörsaal, als im Studierzimmer und der Officin ein gleich unentbehrliches und zuverlässiges Hülfsmittel ist; dessen großer Nutzen und Brauchbarkeit noch durch eine Uebersicht der Pflanzenfamilien und Gattungen nach dem natürlichen Systeme von De Candolle, mit beigefügtem Schema dieses Systems; eine Uebersicht der Pflanzengattungen nach Linne's Sexualsystem, und das vollständige Register erhöht wurde, welches beizufügen der verdiente Herr Verfasser die große Mühe nicht scheute.

(Eigenthum des Be









Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Vierzig Bücher vom Staate

Bd.: 5,2

Stuttgart [u.a.] 1832

Pol.g. 1003 s-5,1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10928961-2